

BEIGEWUM / Attac / Armutskonferenz

Mythen des Reichtums

Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet

Mit einem Nachwort von Elfriede Jelinek



BEIGEWUM/Attac/Armutskonferenz
Mythen des Reichtums

Die HerausgeberInnen

Der *Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)* ist ein Verein von SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, der das Ziel verfolgt, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen.

www.beigewum.at

Attac ist eine internationale Bewegung, die sich für die demokratische und soziale Gestaltung der Wirtschaft einsetzt.

www.attac.at

Die *Armutskonferenz* ist als Netzwerk sozialer Organisationen sowie von Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv und thematisiert gemeinsam mit Armutsbetroffenen Hintergründe, Ursachen und Maßnahmen gegen Armut & soziale Ausgrenzung.

www.armutskonferenz.at

Mythen des Reichtums

Warum Ungleichheit unsere Gesellschaft gefährdet

Herausgegeben vom
Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und
umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM),
Attac Österreich
und der Armutskonferenz

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Dieses Buch erscheint mit Unterstützung des Netzwerks
Wissenschaft der Arbeiterkammer Wien.



Kontaktadresse:

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und
umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM)
Postfach 162, A-1015 Wien
beigewum@beigewum.at

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto: willma/photocase.de
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-618-3

Inhalt

Vorbemerkung	7
---------------------------	---

Reichtum – was ist das?	9
--------------------------------------	---

Mythen übers Reichwerden und Reichsein

1. Wer hart arbeitet, wird reich	19
2. Alle können alles erreichen	29
3. Reich werden kann jede, genauso wie jeder	40
4. Wir sind alle Teil der Mittelschicht	51
5. Das soziale Netz reduziert die Ungleichheit stark	60

Mythen über Reichtum und seine Folgen

6. Von vielen Reichen profitiert die ganze Gesellschaft	69
7. Reiche schaffen viele Arbeitsplätze	79
8. Niemand ist so wohl­tätig wie die Reichen	89
9. Reiche können besser mit Geld umgehen als der Staat	99
10. Reiche zahlen die meisten Steuern	109

Mythen über Reichtum und Macht

11. Reiche will der Staat ausspionieren, Arme überhäuft er mit Sozialleistungen	119
12. Die Reichen haben in der Krise viel verloren	131
13. Dank Fleiß und Überlegenheit ist Europas Norden reicher als der Süden	139
14. Demokratie ist nicht käuflich	149

Warum eine aktive Verteilungspolitik notwendig ist	159
---	-----

Nachwort: Unglaublich, aber unwahr.

von Elfriede Jelinek	169
----------------------------	-----

Mehr zum Thema Reichtum & Ungleichheit	173
--	-----

Vorbemerkung

In Deutschland und Österreich ist die ungleiche Verteilung von Vermögen zu einem umkämpften politischen Thema geworden. Um die in den Diskussionen aufkommenden Fragen tiefergehend zu beleuchten, organisierte eine breite Allianz aus NGOs aus dem Sozialbereich, der Entwicklungszusammenarbeit und dem Umweltschutz sowie aus kirchlichen Organisationen, Interessenvertretungen und Gewerkschaften die Reichtumskonferenz »Wer das Gold hat, macht die Regeln«, die 2013 in Wien stattfand. Nachzulesen & nachzusehen unter: www.armutskonferenz.at/reichtumskonferenz.

Im Anschluss an die Konferenz einigten sich die VeranstalterInnen darauf, keinen Tagungsband im klassischen Sinne herauszugeben, sondern Mythen, Halb- und Unwahrheiten des hegemonialen öffentlichen Diskurses zum Thema Reichtum zu sammeln und in der »Mythen-Reihe«, einer Kooperation des BEIGEWUM und des VSA: Verlags, zu entkräften. In dieser Reihe erschienen bislang »Mythen der Ökonomie« (2005), »Mythen der Krise« (2010) und »Mythen des Sparens« (2013). Begleitende Informationen und Grafiken zum vorliegenden Buch finden sich auf www.reichtumsmymthen.at, aufbereitet durch das Jahoda-Bauer Institut.

Den einzelnen Mythen sind Gedichte und literarische Textpassagen verschiedener AutorInnen zum Thema Reichtum gegenübergestellt. Im Nachwort ist ein von Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek eigens für die Reichtumskonferenz verfasster Text erstabgedruckt.

Das Buch entstand in zahlreichen Diskussionstreffen, an denen mitgewirkt haben: Alyssa Schneebaum, Anita Roitner, Atila Kilic, Christa Schlager, Georg Hubmann, Julia Hofmann, Karin Fischer, Katharina Mader, Katharina Meichenitsch, Manuel Melzer, Martin Schenk, Martina Kargl, Markus Marterbauer, Mathias Moser, Matthias Schnetzer, Michaela Neumayr, Miriam Rehm, Petra Sauer, Stefan Hinsch, Stefan Huemer, Stephan Pühringer, Tina Fadler und Valentin Schwarz. Wir danken allen, die geholfen haben, dass die Konferenz sowie dieses Buch zustande kamen. Vielen Dank für Euer Engagement!

Reichtum – was ist das?

Armut ist sichtbar, Reichtum lässt sich gut verstecken. Armut kann bis zum Verhungern führen, Reichtum hingegen immer mehr werden. Reichtum bleibt stets relativ, Armut gibt es auch absolut. Reichtum, einer der beiden Pole sozialer Ungleichheit, hat in der sozialwissenschaftlichen Literatur bislang deutlich weniger Aufmerksamkeit erhalten als Armut. Der Ökonom John Kenneth Galbraith schrieb 1977: »Of all classes the rich are the most noticed and the least studied. So it was and so it largely remains.«¹ Wer aber über Armut spricht, darf über Reichtum nicht schweigen.

Doch was ist Reichtum überhaupt? Wo beginnt er, wie lässt er sich definieren? Der Vermögensforscher Thomas von Druyen (2007) schreibt: »Reichtum suggeriert die Erfüllung aller Wünsche. Die Hoffnung, reich zu werden, hat sich dementsprechend in unserem Alltagsverstand eingenistet.« Diese Annäherung ist in mehrerer Hinsicht vage und unbefriedigend: Was soll dieser *Alltagsverstand* sein? Was hat Reichtum mit nicht käuflichen Wünschen, etwa Liebe und Freundschaft, zu tun? Und ist all das nicht eine unzulässige Verallgemeinerung? Manche Menschen streben keinen Reichtum an. Laotse etwa wusste, »Reich ist, wer genug hat«.

Vermögen ist relevanter als Einkommen

Die Begriffe *Vermögen* und *Reichtum* werden manchmal synonym verstanden. Doch die Aussage »Person S. hat ein Vermögen« und das bei einem Menschen statistisch erfasste Vermögen *auf dem Konto und auf dem Sparbuch* haben wenig miteinander zu tun. Letzteres kann ganz niedrig sein. Statistisch zählen zehn Euro auf dem Konto ebenso als Vermögen wie milliardenschwere Unternehmensbeteiligungen. Ab welcher Höhe ist ein Vermögen also Reichtum? Es gibt viele Versuche, diese Frage zu beantworten:

1. »Wer weiß, wie viel er hat, ist nicht wirklich reich« – so formuliert es Gloria von Thurn und Taxis, selbst mehrere Milliarden besitzend.

¹ Sinngemäß: Unter allen Klassen ist jene der Reichen die am meisten wahrgenommene und am wenigsten erforschte. So war es bisher, so ist es weitgehend auch heute. Das Zitat stammt aus »The Age of Uncertainty«, Boston 1977, Kapitel 2.



2. Die Ungleichheits-ForscherInnen Karen Rowlingson und Stephen McKay (2012) unterteilen die Wohlhabenden einfach in »reich, reicher, am reichsten« und vermeiden so jedwede inhaltliche Debatte.
3. Reich ist, wer so viel an Vermögen hat, dass sie oder er davon gut leben kann. Doch ab welcher Summe, welchem Lebensstandard beginnt dieses *gut leben*? Dafür konkrete, objektivierbare Zahlen zu finden, ist unmöglich.
4. Reich ist, wer aus seinem oder ihrem Vermögen ein höheres Einkommen erhält, als das Median-Arbeitseinkommen beträgt.² Das leuchtet intuitiv ein: Reiche müssen nicht arbeiten und leben doch besser als die Hälfte der Arbeitenden. Doch diese Definition berücksichtigt nur Einkommen und lässt Vermögen außer Acht, die bekanntlich besonders ungleich verteilt sind.
5. Reich ist, wessen Einkommen über 140% des Medianeinkommens liegt – analog zur Armutsgrenze, die mit 60% des Medianeinkommens festgelegt ist. Gemäß dieser Definition, die Reichtum erneut am Einkommen zu messen versucht, wären große Teile der Bevölkerung reich, was offenkundig nicht der Realität entspricht.

Es zeigt sich: Reichtum ist vor allem eine Frage von Vermögen und nicht von Einkommen. Fast alle Menschen beziehen ein Einkommen, aber nicht alle besitzen Vermögen. Rund die Hälfte der Haushalte in Österreich hat kein Immobilienvermögen und ein beträchtlicher Teil besitzt nur ein geringes Finanzvermögen oder ist verschuldet. Die Vermögensungleichheit ist daher generell höher als die Einkommensungleichheit und insbesondere die Vermögenskonzentration bei einigen Wenigen erreicht enorme Ausmaße. Doch gerade Vermögensreichtum ist statistisch nur schwer zu erfassen. Länder ohne Vermögenssteuer – wie Österreich – verfügen über keine Steuerregisterdaten, die als Datenquelle verwendet werden könnten. Doch auch wenn solche Daten vorhanden wären, würden Umgehungs- bzw. Hinterziehungsmöglichkeiten ihre Qualität schmälern. Selbst das Errechnen eines Durchschnitts ist wenig aussagekräftig, da dieser von einigen wenigen Vermögenden stark

² Das Medianeinkommen ist jener Betrag, bei dem die Anzahl der Personen mit einem höheren Einkommen als dem Median gleich groß ist wie die Anzahl der Personen mit einem niedrigeren Einkommen.

nach oben verzerrt wird. So liegt das Durchschnittsvermögen der Haushalte in Österreich bei 265.000 Euro, doch mehr als drei Viertel aller Haushalte liegen unter diesem Wert.

Die verfügbaren makroökonomischen Daten, etwa aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, geben Aufschluss über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Sektoren, also auch der Privathaushalte in Summe. Sie verraten aber nichts über die Verteilung des Vermögens innerhalb des Haushaltssektors. Die derzeit einzigen Daten, die darüber Auskunft geben können, stammen aus dem *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) der Europäischen Zentralbank. Diese 2010 erstmals unter Haushalten in allen Staaten der Eurozone durchgeführte Studie liefert die historisch beste Datenqualität zur Vermögensverteilung, hat aber auch ihre Mängel: So ist etwa bekannt, dass gerade Superreiche, die über einen großen Teil des Gesamtvermögens verfügen, die Teilnahme an Umfragen dieser Art meist verweigern. Die HFCS-Daten unterschätzen die Ungleichheit der Vermögen also. Berechnungen, die diese Verzerrungen zu korrigieren versuchen, wie beispielsweise an der Universität Linz durchgeführt (Kapeller u.a. 2014), ergeben folgendes Bild: Die reichsten 10% der Haushalte besitzen 69% des Vermögens.

Statistische Grenzen sind wenig sinnvoll

Doch selbst wenn perfekte Daten existieren würden, blieben statistische Werte, die angeben, wo Reichtum beginnt, beliebig und wenig aussagekräftig. Für Reiche spielt die absolute Höhe ihres Vermögens zu einem bestimmten Zeitpunkt ohnehin nur eine geringe Rolle. Wenn etwa einige ihrer Aktien Kursverluste erleiden, ist die Frage, um wie viel geringer das Finanzvermögen nun zu bewerten ist, nicht entscheidend. Reiche verfügen in der Regel über ein gestreutes Portfolio an Wertpapieren und sind nicht darauf angewiesen, die abgestürzten Aktien sofort zu Geld zu machen.

Entscheidender als die statistischen Werte ist die gesellschaftliche Perspektive: *Vermögen vermag es, Dinge zu erreichen*, ist also ein Indikator von gesellschaftlicher Macht und Ohnmacht. Vermögensreiche haben nicht nur mehr Ressourcen, sondern auch mehr Lebenschancen. Vermögen sind auch die vielen Möglichkeiten, die sich erst auf der Basis von Eigentum eröffnen: Berufe können sorgloser gewählt und gewechselt werden. Die Risikobereitschaft, etwa



zu unternehmerischen Aktivitäten, steigt. Kredite sind leichter verfügbar, Weiterbildungsmöglichkeiten können leichter in Anspruch genommen werden. Im Zentrum dieses Vermögensverständnisses steht die Potenzialität, also der Möglichkeitsraum auf Basis von materiellen Ressourcen. Selbst wenn das Vermögen aktuell keinen Ertrag abwirft, erhöht es die Möglichkeiten seiner BesitzerInnen.

Wie Armut als Mangel an Verwirklichungschancen verstanden werden kann (Amartya Sen 2000), ist Reichtum nicht nur eine Vielzahl, sondern ein Übermaß an Verwirklichungschancen. Das bedeutet auch: Eine hohe Konzentration der Vermögen bringt eine hohe Konzentration von Macht mit sich – und damit die Möglichkeit, demokratische Institutionen inhaltlich auszuhöhlen. Armut erschwert die soziale Teilhabe und politische Mitgestaltung. Reichtum hingegen bedeutet nicht nur eine höhere Teilhabe und größere Mitgestaltungsmöglichkeiten, sondern eine Privilegierung und damit übermäßigen politischen Einfluss. Reichtum ist also ein Machtfaktor und Ungleichheit eine Bedrohung für die Demokratie.

Ohne Staat kein privater Reichtum

Die ungleiche Verteilung von Vermögen und Macht wird oft mit der ausgleichenden Rolle des Staates legitimiert. Von seinen Leistungen profitieren, so heißt es, ärmere Schichten überproportional: Das öffentliche Bildungswesen ist für sie wichtig, während Reiche sich auch private Alternativen leisten können. Auch in Sozialwohnungen oder Gemeindebauten zu wohnen, ist für Vermögende keine erstrebenswerte Option.

Dennoch trägt der Eindruck, dass der Staat stärker für die Armen als für die Reichen da sei. Tatsächlich schafft die Politik erst die Rahmenbedingungen für deren Vermögensaufbau: Ihre Unternehmen profitieren von öffentlichen Subventionen. Ihre ArbeitnehmerInnen werden an öffentlichen Schulen und Universitäten ausgebildet. Die öffentlich finanzierte Polizei schützt ihren Besitz. Privater Reichtum könnte ohne den unterstützenden Staat nicht entstehen. Davon ist jedoch selten die Rede. Auch Leistungsmissbrauch wird ausschließlich Armen zugeordnet, etwa bei Sozialtransfers, die sie zu Unrecht beziehen. In Ländern wie den USA, in denen öffentliche Einrichtungen, etwa für Bildung, Gesundheit oder Pensionen, in weit geringerem Ausmaß vorhanden sind als in Kontinentaleuropa, ist der Wert des privaten Vermögens im

Durchschnitt höher. Das bedeutet nicht, dass die Menschen dort auch reicher sind. Um den allgemeinen Wohlstand vergleichen zu können, wäre eine gemeinsame Betrachtung von privatem und öffentlichem Vermögen notwendig. Dafür existiert bislang kein konzeptueller Rahmen. Diesseits und jenseits des Atlantiks ist aber eine gemeinsame, weitreichende Tendenz erkennbar: Seit den 1980er Jahren verlagert sich die Bedeutung von öffentlichem zu privatem Vermögen. Durch Privatisierung, Deregulierung und Finanzglobalisierung stieg privates Vermögen an, während das öffentliche Vermögen zurückging. Demnach sinkt der Spielraum für die Unterstützung der Armen. Der Möglichkeitsraum vergrößert sich bei den Reichen und verkleinert sich für die Armen.

Dennoch fällt die Leistungsfähigkeit der Reichen seltsam schief aus. Droht eine Besteuerung ihrer Vermögen, werden aus den LeistungsträgerInnen, wie sie sich selbst gern bezeichnen, flüchtige und scheue Rehe. Dabei hätte eine Erhöhung oder Verringerung ihres Vermögens nach ökonomischer Lesart keine Auswirkung auf ihre Zufriedenheit, da Reiche ihre Vermögen anlegen, statt sie für den Konsum zu verwenden. So müssten sie auch bei einer Besteuerung keine Einschränkungen in ihrem Lebensstandard hinnehmen.

Leistung ist nicht die Wurzel von Reichtum

In jeder Gesellschaft muss sich Reichtum, vor allem wenn ihm große Armut gegenübersteht, rechtfertigen. Diese Legitimation fällt in jeder Epoche anders aus und macht anschaulich, was Reichtum in der jeweiligen Gesellschaft bedeutet. In der Antike legitimierten sich Reiche durch Investitionen in öffentliche Güter. Der Zusammenhang zwischen Polis und Reichtum war eng. Im Mittelalter hingegen wurde Reichtum über barmherzige Gaben gerechtfertigt. Im Jenseits, so die damalige Vorstellung, würden die SpenderInnen für ihre Wohltätigkeit belohnt werden. Seit Adam Smith können es die Reichen legitimatorisch einfacher haben. Als tugendhaft gilt nun, das kapitalistische Eigeninteresse zu verfolgen (für eine Übersicht von historischen Legitimationsmustern siehe Priddat 2012).

Heute wird Reichtum am häufigsten mit Leistung begründet. Doch die gewaltige Kluft, die gegenwärtig zwischen Arm und Reich besteht, ist zu groß, als dass sie damit erklärt werden könnte, dass die einen arbeiten, sparen, innovativer und risikofreudiger sind,



während die anderen prassen, faulenzten, einfalllos und feige sind. Zudem sind viele der wesentlichen Arten des Vermögenserwerbs leistungsfern, etwa Kursgewinne, Erbschaften und Schenkungen.

In der »Physik der Sitten und des Rechts« argumentierte Emile Durkheim im 19. Jahrhundert, dass die Institution des Erbrechts bedeute, »dass es von Geburt aus Reiche und Arme gibt« (Durkheim 1999: 295). Daraus folgerte er, dass »das System in einer Weise [funktioniert], die keine Gerechtigkeit zulässt«. »Nach dem gegenwärtigen Zustand erfolgt die grundlegende Verteilung des Eigentums durch die Geburt [...] Diese grundlegende Ungerechtigkeit des Eigentumsrechts kann nur in dem Maße verschwinden, wie die ökonomische Ungleichheit zwischen den Menschen allein auf die Ungleichheit ihrer Dienste zurückgeht.« (ebd.: 297).

Wer Reichtum bewerten will, muss Armut – und die Mitte – mitdenken

Die Vermögenskonzentration kann also nicht über Leistungsunterschiede, sondern nur über Machtunterschiede erklärt werden. Doch Leistung ist tief im gesellschaftlichen Wertemuster verankert. Menschen aller Gesellschaftsschichten sind von einem positiven Leistungsverständnis geprägt, wollen für ihre persönliche Leistung Anerkennung. Daher akzeptieren sie diese Legitimation von Ungleichheit, auch wenn sie begrifflich vage und inhaltlich nicht haltbar ist. Während niemand dafür argumentiert, arme Menschen verhungern zu lassen, wird es viele geben, die der Reichtum einiger weniger nicht stört. Damit ist ein entscheidender Punkt angesprochen: Die Verteilung des Reichtums in einer Gesellschaft kann nur beurteilen, wer ihre Einheiten nicht isoliert betrachtet. Die Abstände der Gruppen zueinander und die soziale Durchlässigkeit sind entscheidend, um bewerten zu können, wie gerecht eine Gesellschaft ist. So muss die »Mitte« in Relation zu »Reich« bzw. zu »Arm« analysiert werden. Allein »die Reichen« zu betrachten, wie es zahlreiche VermögensforscherInnen tun, ist aus einer Verteilungsperspektive verkürzt.

Viele Hindernisse für die nötige Debatte

Was wäre also gerecht? Diese gesellschaftspolitisch fundamentale Frage ist schwer zu beantworten. Aussagen über Veränderungen im Zeitverlauf wie »Reiche werden reicher« oder »Die Mitte brö-

ckelt« helfen ebenso wenig weiter wie Gini-Koeffizienten oder die Anteile, die die Reichen am Gesamtvermögen halten. Um diese Aussagen und Daten zu bewerten, ist eine Vorstellung von einer angemessenen Verteilung nötig, eine normative Beurteilung von Reichtum, die skizziert, wie eine gerechte Gesellschaft aussehen würde. All das kann nur über eine breite, öffentliche Debatte erreicht werden, die Armut und Reichtum in Beziehung zueinander setzt. Doch während Platon etwa noch eine enge Vermögensspanne von eins zu vier für die Gesellschaft im Auge hatte, sind solche Debatten heute selten – und haben zudem mit mehreren Hindernissen zu kämpfen.

Erstes Hindernis einer Reichtumsdebatte ist die bereits angesprochene schlechte Datenlage. Die ruinösen Folgen der Vermögenskonzentration für die Gesellschaft sind kaum sichtbar. Das Wissen um das Vermögen der Reichen bleibt nebulös. Weitere Hindernisse sind die zahlreichen Mythen, Lügen und Ideologien, die die Debatte prägen.

Mythos hat als seinen Gegenbegriff Aufklärung. Wer von Mythen spricht, nimmt für sich in Anspruch, eine aufklärerische Position zu vertreten. Das tut auch dieses Buch, allerdings ohne zu behaupten, alle anderen wären schlicht befangen oder verblendet. Dem ist nicht so: Das Verständnis von zentralen Fakten des Reichtums ist in der Gesellschaft vorhanden, etwa, dass einige wenige sehr viel haben. Unklarer wird das Bild erst bei der angesprochenen Frage nach der Bewertung: Wann ist viel zu viel?

Bei *Lügen* hingegen wird bewusst etwas Falsches behauptet: »In Österreich ist Vermögen ohnehin relativ gleich verteilt« wäre eine solche Lüge. Robert Reich, der frühere US-Arbeitsminister, bevorzugt den Begriff *Lügen* über Ungleichheit. *Mythen* klingen dagegen versöhnlicher und weniger aggressiv. In welche Kategorie eine bestimmte Aussage fällt, wissen nur die SprecherInnen selbst.

Bullshitting ist eine begriffsnahe Alternative zu Mythen. Menschen werden zu BullshitterInnen, wenn sie über Dinge reden (müssen), von denen sie nichts verstehen. BullshitterInnen sind größere FeindInnen der Wahrheit als LügnerInnen, wie Harry Frankfurt argumentiert. Sie plaudern über Reichtum und Gerechtigkeit und kümmern sich nicht um die Wirklichkeit, weder um Daten, noch Fakten. Sie interessieren die Wahrheit nicht, sondern sie wollen nur mit ihren Behauptungen durchkommen. Dazu zählen anekdoti-



sche Evidenz zur Wohltätigkeit von Reichen, das Raunen vom belasteten »Mittelstand«, der über dreistellige Millionenbeträge an Vermögen verfügt, das Bild fliehender Reicher, wenn vom Immobilienvermögen die Rede ist, oder die sprachliche Gleichsetzung von Reichen mit LeistungsträgerInnen.

Zuletzt gilt es noch *Ideologien* zu beachten. Die so genannte Vermögensforschung etwa ist ideologisch eingeeengt. Sie betrachtet die Vermögenden als willkürlich abgegrenzte Untersuchungseinheit isoliert vom Rest der Bevölkerung. Die Vermögensforschung beschränkt sich auf gesellschaftlich akzeptierte Verwendungsformen von Reichtum, also Mäzenatentum oder gemeinnützige Stiftungen, und blendet gleichzeitig die Missbrauchsmöglichkeiten des Überflusses systematisch aus (etwa Druyen u.a. 2009). Damit geht die gesellschaftliche Einbettung des Reichtums verloren. Einer anderen Ideologie folgt hingegen die hier im Buch vertretene relationale Sichtweise: Sie zeigt, dass sowohl Armut als auch Reichtum eine Gesellschaft in ihrem Zusammenhalt gefährden. Das Gemeinsame beider sozialer Randpositionen der Verteilung ist, dass sie aus einer politischen Gleichheitsperspektive negativ zu beurteilen sind. Die Ungerechtigkeit angesichts von Armut und gleichzeitigem Überfluss ist evident.

Dieses Buch will einen Beitrag dazu leisten, Mythen, Märchen und Lügen des vorherrschenden Reichtumsdiskurses zu benennen und zu widerlegen. Es geht um materiellen Reichtum, seine immateriellen Konsequenzen und seine intellektuelle Legitimation. Der Blick soll fokussieren auf die wesentliche Aussage von Kate Pickett und Richard Wilkinson (2009) zur Gestaltung unserer Gesellschaft: Gleichheit bedeutet Glück!

Auf einen Blick

- Reichtum kann am Einkommen oder am Vermögen gemessen werden. Letzteres ist gesellschaftlich und politisch relevanter, da große Vermögen mehr Macht mit sich bringen als hohe Einkommen und zudem dauerhafter sind.
- Reichtum ist der Gegenpol zu Armut – und damit immer Ausdruck einer Ungleichverteilung. Ohne Arme gibt es keine Reichen. Es können daher niemals alle reich sein. »Wohlstand« hingegen betrifft die gesamte Gesellschaft.

- Eine exakte Vermögensgrenze in Euro, ab wann Reichtum beginnt, ist nicht sinnvoll.
- Um bewerten zu können, wo die Grenzen privaten Reichtums und der Vermögensungleichheit liegen, braucht es eine breite Debatte darüber, welche Verteilung gerecht ist. Der Reichtum einzelner muss immer im Verhältnis zur Armut anderer betrachtet werden. Die schlechte Datenlage zu Vermögen, aber auch zahlreiche Mythen, Lügen und Ideologien erschweren das.

Literatur

- Druyen, Thomas von (2007): Goldkinder. Die Welt des Vermögens, Hamburg.
- Druyen, Thomas von/Lauterbach, Wolfgang/Grundmann, Matthias (Hrsg.) (2009): Reichtum und Vermögen. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung, Wiesbaden.
- Durkheim, Emile (1999; Original: 1900): Physik der Sitten und des Rechts. Vorlesungen zur Soziologie der Moral, Frankfurt a.M.
- Frankfurt, Harry G. (2005): On Bullshit. Princeton.
- Galbraith, John Kenneth (1977): The age of uncertainty, Boston.
- Kapeller, Jakob/Eckerstorfer, Paul/Halak, Johannes/Schütz, Bernhard/Springholz, Florian/Wildauer, Rafael (2014): Die Vermögensverteilung in Österreich und das Aufkommenspotenzial einer Vermögenssteuer. In: Wirtschaft und Gesellschaft 40 (1), 63-81.
- Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2009): Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München (Le Capital au XXIe siècle. Paris 2013; Capital in the Twenty-First Century. Cambridge 2014)
- Priddat, Birger (2012): Wozu reich sein? In: Lettre International 98, 111-116.
- Rowlingson, Karen/McKay, Stephen (2012): Wealth and the Wealthy: Exploring and tackling inequalities between rich and poor, Bristol.
- Sen, Amartya (2000): Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, München/Wien.

Arbeite

von Georg Weerth

Du Mann im schlechten blauen Kittel,
Arbeite! Schaffe Salz und Brot!
Arbeite! Arbeit ist ein Mittel,
Probat für Pestilenz und Not.

Arbeite! Rühre deine Arme!
Arbeite sechzehn Stunden so!
Arbeite! Nachts ja lacht das warme,
Das Lager dir von faulem Stroh.

Arbeite! Hast ja straffe Sehnen.
Arbeite! Denk, mit schwangerem Leib
Harrt in der Hütte dein mit Tränen
Ein schönes leichenbleiches Weib.

Arbeite! Gleich der Stirn der Rinder
Ist ja die deine breit und dick.
Arbeite! Deine nackten Kinder,
Die küssen dich, kehrst du zurück.

Arbeite bis die Adern klopfen!
Arbeite bis die Rippe kracht!
Arbeite bis die Schläfen tropfen –
Du bist zur Arbeit ja gemacht!

Arbeite bis die Sinne schwinden!
Arbeite bis die Kraft versiegt!
Arbeite! – Wirst ja Ruhe finden,
Wenn dein Gebein im Grabe liegt.

Georg Weerth (1822-1856): *Arbeite*, in: Jürgen-Wolfgang Goette/
Jost Hermand (Hrsg.) (1975): *Georg Weerth. Vergessene Texte.*
Werkauswahl in zwei Bänden, Köln.

1. Wer hart arbeitet, wird reich



Durch Fleiß und Leistung wird man reich. Die eigene Anstrengung entscheidet darüber, ob Vermögen angehäuft werden kann oder nicht. Schließlich haben alle Personen dieselben Möglichkeiten, durch Arbeit Reichtum zu erlangen.

Tatsache ist:

Die Einkommen sind so ungleich verteilt, dass der Großteil der Bevölkerung keine Chance hat, Vermögen anzusparen.

Eugène de Rastignac, talentiert, aber nahezu mittellos, träumt vom Aufstieg in die feine Pariser Gesellschaft durch Studium, Talent und Fleiß. Sein zwielichtiger Mitbewohner Vautrin weist den ehrgeizigen Studenten allerdings zurecht, dass Zugang zu Reichtum nicht durch harte Arbeit, sondern einzig und allein durch geschickte Heiratspolitik möglich sei. Die beiden Figuren aus Honoré de Balzacs Roman »Vater Goriot« zeichnen ein eindrucksvolles Bild der französischen Gesellschaft des frühen 19. Jahrhunderts. Auch die klassischen Werke von Jane Austen, Alexis de Tocqueville oder Nikolaj Gogol sind Zeugnisse einer einzementierten Gesellschaftsordnung zu jener Zeit: Reich wird man nicht durch Arbeit, sondern durch Heirat, Intrige oder Erbschaft.

Ähnliche Ratschläge wie jener von Vautrin an Rastignac stoßen heutzutage eher auf Belustigung. Dabei weisen begüterte Familiendynastien oft eine jahrhundertelange Geschichte von Reichtum auf. Anhand seltener Nachnamen von reichen Familien können Studien die Stammbäume über Jahrhunderte hinweg rekonstruieren, und die Ergebnisse zeigen, dass Vermögen, Bildung, sozialer Status und politische Macht über viele Generationen weitervererbt werden. Der britische Ökonom Gregory Clark (2014) untersucht englische Familien von der Mitte des 19. bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts und stellt fest, dass die Nachfahren von Familien, die anno 1850 sehr reich waren, in der heutigen Generation immer noch rund vier Mal so große Vermögen wie die durchschnittliche britische Familie besitzen. In eine reiche Familie einzuheiraten, ist also auch im 21. Jahrhundert lukrativ – weshalb im Internet zahlreiche Ratgeber mit dem Titel »Wie angle ich mir eine/n Millionärin?« angeboten werden.



Während in der Ära von F. Scott Fitzgeralds »großem Gatsby« die Reichen noch überwiegend in Reichtum geboren wurden, hat sich das Bild heute etwas verändert. In die internationalen Reichenlisten schafft es auch eine gewisse Anzahl von Vermögenden, die es allem Anschein nach aus eigener Anstrengung zu Geld gebracht haben. Sind der mexikanische Telekom-Milliardär Carlos Slim, der IT-Mäzen Bill Gates oder die Austro-Milliardäre Didi Mateschitz und Frank Stronach nicht Belege dafür, dass Fleiß, Leistung und Kreativität im 21. Jahrhundert wichtiger sind als Erbschaften der Familiendynastie? Die Zählung der Schweizer Großbank UBS zeigt jedenfalls, dass von den weltweit 2.170 Dollar-MilliardärInnen im Jahr 2013 rund 60% selbst ernannte Selfmade-MilliardärInnen und lediglich 40% ErbInnen sind.

Hat jede/r die gleichen Chancen, reich zu werden?

Als Symbol für das Sprichwort »Arbeit macht reich« stand lange der »amerikanische Traum«, der behauptet, dass jede/r – sofern er oder sie nur fleißig genug ist – es durch Arbeit zu Wohlstand bringt. Diese Idee, auch bekannt als *from rags to riches* (frei: *Vom Tellerwäscher zum Millionär*), galt lange Zeit als Sinnbild für das Amerika des 20. Jahrhunderts. Es umfasst nicht nur die Möglichkeit der Schaffung von materiellem Wohlstand durch Arbeitsleistung, sondern impliziert damit auch dessen Legitimität: In *hart erarbeitetes* Eigentum dürfe nicht eingegriffen werden, etwa durch Vermögenssteuern. Dies stelle lediglich eine Doppelbesteuerung von bereits versteuertem Arbeitseinkommen dar.

Um diese Aussagen bewerten zu können, müssen zuvor jedoch verschiedene Fragen gestellt werden: Wird man durch Arbeit reich? Haben alle arbeitenden Personen dieselben Möglichkeiten, durch Arbeit zu Reichtum zu gelangen? Von welchen Faktoren hängt das ab?

Die Möglichkeit, Vermögen durch Arbeit anzuhäufen, hängt in erster Linie von dem laufenden Einkommen und der Sparquote ab. Letztere bestimmt dabei den Anteil des verfügbaren Einkommens, den eine Person oder ein Haushalt »auf die Seite legen«, also zur Kapitalbildung verwenden kann. Betrachtet man die Entwicklung dieser beiden Faktoren in Summe, so wird schnell ersichtlich, dass sowohl das reale Einkommen (bereinigt um die Inflation) als auch die Sparquote in Österreich kaum zunehmen, sondern im Ge-

genteil stagnieren und bisweilen sogar rückläufig sind. Die Netto-sparquote österreichischer Haushalte fiel so zuletzt auf unter 7% (2012). Ebenso zeigt sich, dass bei Lohnerhöhungen kaum die Inflationsrate ausgeglichen wurde und sich somit keine Spielräume für höhere Kapitalpolster ergeben haben.

Ein weiterer Aspekt dieses Puzzles ist die Verteilung der Löhne. Diese bestimmt, wer überhaupt in der Lage ist zu sparen und somit Vermögen zu akkumulieren. Für Österreich zeigt sich hier eine deutliche Schieflage: Ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung hat ein Einkommen von weniger als 10.000 Euro im Jahr, und knapp 40% verdienen weniger als 20.000 Euro. Diesen Personen gegenüber steht eine kleine Gruppe von EinkommensbezieherInnen, die mehr als 50.000 Euro erhält (14%), und nur 2,5 Promille der Erwerbstätigen verdienen mehr als 200.000 Euro im Jahr.

Diese Spreizung der Einkommen verdeutlicht, dass nicht nur die Einkommen sehr ungleich verteilt sind, sondern analog auch die Möglichkeiten zu sparen, um so Vermögen aufzubauen. Ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung besitzt folglich kaum das laufende Einkommen, um überhaupt einen nennenswerten Teil davon ansparen zu können, was sich auch in der niedrigen und sinkenden Sparquote ausdrückt.

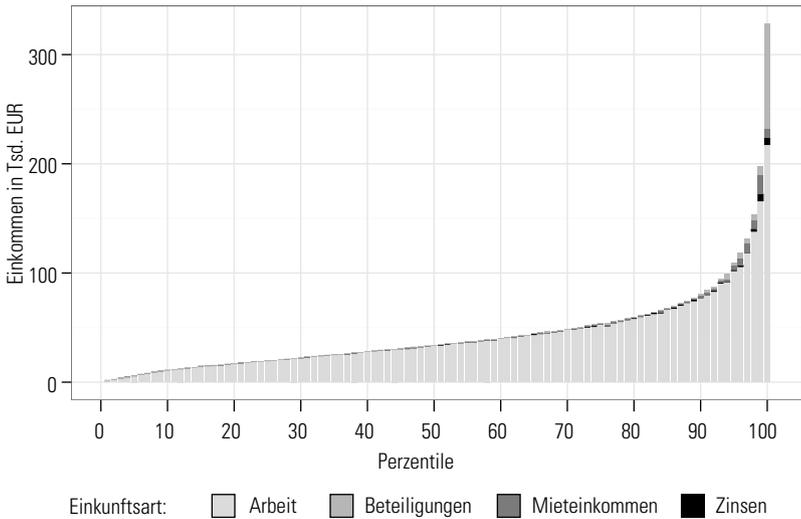
Wie ist es jedoch um den vielbesungenen *Mittelstand* bestellt? Sofern dieser nennenswertes Kapital durch Erwerbsarbeit aufbauen kann, müsste sich dies in dessen Kapitalrenditen und damit in den zu zahlenden Steuern auf Kapitaleinkünfte widerspiegeln. Anders gesagt: Jemand mit einem mittelständischen Einkommen müsste sich durch sein Erspartes zumindest ein kleines Zusatzeinkommen aus Zinsen und Dividenden erwirtschaften können.

Einkommen aus Vermögen sind ungleich verteilt

Eine Analyse der Kapitaleinkommen von Erwerbstätigen zeigt jedoch ein drastisch anderes Bild. Kaum eine Gruppe von EinkommensbezieherInnen kann signifikante Kapitaleinkünfte vorweisen (siehe Abbildung 1.1), im Speziellen nicht die bereits angesprochenen ärmeren 40%. Vielmehr zeigt sich, dass sogar Haushalte mit Einkommen von an die 100.000 Euro pro Jahr keine relevanten Erträge aus Vermögen beziehen. Lediglich die obersten 5% konnten so viel Vermögen akkumulieren, dass dessen Rendite einen nennenswerten Beitrag zum Haushaltseinkommen leistet. Doch auch



Abb. 1.1: Lediglich die reichsten 5% aller Erwerbstätigen in Österreich haben nennenswerte Einkünfte aus Mieten, Zinsen oder Beteiligungen



Quelle: Humer u.a. (2013); die Abbildung zeigt die Primäreinkommen der Erwerbstätigen

innerhalb dieser obersten 5% geht die Schere noch deutlich auseinander. Während der Einkommenszuwachs aus Kapitaleinkommen beim obersten Prozent fast ein Drittel ausmacht, ist es bei dem Perzentil darunter schon weniger als ein Sechstel. Auch für diesen elitären Teil der Gesellschaft ist noch nicht klar, ob er seinen Wohlstand aus Arbeit geschaffen hat, oder ob nicht andere Faktoren wie zum Beispiel Erbschaften dieses Bild verfälschen können.

Bei diesen höchsten Einkommen führen hohe Kapitaleinkommen jedenfalls zu einer weiteren Erhöhung des Kapitalstocks. Alle darunter liegenden Einkommen können von zusätzlichem Nicht-Arbeitseinkommen kaum profitieren und so auch ihre Vermögensposition nicht verbessern. Dies führt zu so genannten Multiplikatoreffekten und damit gleichzeitig zu einer Zunahme der Konzentration von Vermögen.

Ähnliche Befunde wie für Österreich können auch für andere Länder festgestellt werden. Speziell für die USA hat sich gezeigt,

dass der *American Dream für alle* nicht (mehr) den Tatsachen am Arbeitsmarkt entspricht: Nur wenige schaffen es – durch Fleiß oder Glück – von der TellerwäscherIn zur MillionärIn. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Einkommens- und Vermögenspersistenz, also die fehlende Möglichkeit des sozialen Auf- oder Abstieges, zugenommen hat. Kaum 5% der AmerikanerInnen schaffen den Weg aus dem untersten Einkommensquintil in das oberste.

Dennoch gibt es sie vereinzelt, die arbeitenden Reichen. Und sie dienen als plakative Beispiele dafür, dass mit einer ordentlichen Portion Fleiß, Anstrengung und Mut ähnliche Lebensläufe für alle möglich sind. So zeigen regelmäßig durchgeführte Wertestudien, dass auch in Österreich ein breiter gesellschaftlicher Konsens existiert, wonach sozialer Aufstieg für jede hart arbeitende Person möglich ist. Diese Auffassung wird weiter einzementiert, indem die Reichen ihre eigene Leistung hartnäckig in den Mittelpunkt der Reichtumslegitimation rücken. Der deutsche Soziologe Max Weber schrieb: »Der Glückliche begnügt sich selten mit der Tatsache des Besitzes seines Glückes. Er hat darüber hinaus das Bedürfnis, auch noch ein Recht darauf zu haben. Er will überzeugt sein, dass er es auch verdiene; vor allem im Vergleich mit anderen verdiene.« Nur äußerst selten werden andere Gründe als Leistung für das schnelle Geld genannt, und wenn, dann nur in Nebensätzen. Ein anschauliches Beispiel lieferte der Hedgefonds-Milliardär Leon Cooperman in einem offenen Brief an US-Präsident Obama: »Um eines deutlich zu machen: Ich wurde zwar für ein Leben harter Arbeit (und sehr viel Glück) reich belohnt, aber ich stamme nicht aus privilegiertem Hause.«

TellerwäscherIn wird MillionärIn – das gibt es nur in Hollywood

Der Begriff *Selfmade-MilliardärInnen* suggeriert, dass Reichtum aus eigener Kraft erarbeitet wurde. Oft sind eine gute Idee und Geschäftssinn das Fundament für die rasche Vermögensvermehrung dieser aufstrebenden Schicht, aber letztlich profitieren die Neureichen meist von politischen Rahmenbedingungen. So beispielsweise die russischen OligarchInnen, die massiv NutznießerInnen der politischen Entwicklungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren. Auch der reichste Mann der Welt, Carlos Slim, benutzte seine Familienkontakte in die mexikanische Politik, die den Weg für sein Telekom-Monopol und damit seinen gigantischen



Reichtum ebneten. Wenn also der Eindruck entsteht, die Reichen hätten ihren Wohlstand lediglich aus eigener Leistung erzielt, ist das schlichtweg nur ein Bruchteil der Realität. Denn unter *selfmade* kann nicht jene Art von Arbeit verstanden werden, welche Hollywood erfolgreich als TellerwäscherInnenkarrieren vermarktet hat. Das Wirtschaftsmagazin Forbes veröffentlicht seit 1987 jährlich die Liste »The World's Billionaires«, die weltweit alle Personen mit privaten Vermögen über einer Milliarde US-Dollar auflistet. Zudem werden die 400 reichsten US-AmerikanerInnen als »Forbes 400« separat ausgewiesen. Forschungsergebnisse zum Familienhintergrund der Reichsten belegen, dass es kaum jemand aus finanziell nicht privilegierten Verhältnissen in diese Listen schafft. Für die Forbes 400 zeigt sich, dass die reichsten US-AmerikanerInnen meist aus vermögenden Familien und der Oberschicht stammen.

Es sind also nicht überdurchschnittlich fleißige ArbeiterInnen aus der Mittelschicht, die es in den Geldadel geschafft haben und heute zur reichen Elite zählen. Das bestätigt auch der deutsche Elitenforscher Michael Hartmann (2013), der sich mit der sozialen Zusammensetzung von Eliten beschäftigt. Hartmann betont hierbei die feine Trennlinie zwischen den Reichen und der Elite, denn nicht alle VertreterInnen der Elite sind reich, aber die Reichen sind in der Regel Teil der Elite. In der Sozialforschung wird unter dem Begriff »Elite« die Möglichkeit verstanden, gesellschaftliche Entwicklungen maßgeblich beeinflussen zu können, wobei finanzielle Potenz eine wichtige Rolle spielt. Den Forschungsergebnissen Hartmanns zufolge stammt der Löwenanteil der deutschen politischen und wirtschaftlichen Eliten aus dem (Groß-)BürgerInnen-tum und nicht aus der einfachen ArbeiterInnenschaft (mit Ausnahme der Gewerkschaften). Dementsprechend finden auch die gesellschaftlichen und ökonomischen Interessen der erstgenannten sozialen Schicht stärkeren Widerhall in politischen Entscheidungsprozessen: Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen der sozialen Zusammensetzung der Elite und der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Soziale Schichtungen als zusätzliche Ausschlusskriterien

Aber ein Konto mit wenig Geld ist nicht die einzige Barriere für den sozialen Aufstieg von Kindern aus ArbeiterInnenfamilien. Spezifische Rekrutierungsmechanismen gelten als Eintrittskarte in die

Wirtschaftselite und wirken als Ausschlusskriterium für bestimmte soziale Schichten. Zwar kann ein Platz in der Forbes-Liste direkt vererbt werden, es gibt darüber hinaus aber ungeschriebene Regeln für die Aufnahme in die exklusive Gemeinschaft der oberen Zehntausend. Laut Michael Hartmann sind eine enge Vertrautheit mit dem Verhaltenskodex der Elite, die intime Kenntnis der klassischen bürgerlichen Hochkultur sowie eine Reihe persönlicher Eigenschaften wie Mut zum Risiko oder eine gehörige Portion Selbstvertrauen unerlässlich. Es verläuft anhand dieser Kriterien eine unsichtbare, aber spürbare Trennlinie zwischen den sozialen AufsteigerInnen und der geborenen Oberschicht, die der Soziologe Pierre Bourdieu mit seinem Habituskonzept untersucht hat.

Auch wenn Glück und begünstigende Rahmenbedingungen einer Handvoll Menschen aus einfachen Verhältnissen großen materiellen Reichtum bescheren, kann die gläserne Decke für den Aufstieg in die Kreise der mächtigen Elite kaum durchbrochen werden. Amüsante Beispiele liefern Medienberichte aus der Millionärshochburg Monaco, wo sich das reiche Establishment hinter vorgehaltener Hand über die Neureichen von der Wall Street und die Oligarchen aus Russland echauffiert. Unweit der Villen an der Mittelmeerküste ankern sie ihre riesigen Yachten, feiern bei lauter Musik wilde Partys und entsprechen damit so gar nicht der vornehmen Tradition der feinen Gesellschaft. Doch die starke Präsenz der Neureichen in der Medienberichterstattung darf nicht über die Faktenlage hinwegtäuschen: Arbeit und Fleiß allein ermöglichen den sozialen Aufstieg bis in den Geldadel nicht.

Auf einen Blick

- Aufgrund der ungleichen Einkommensverteilung können nur wenige Haushalte so viel Vermögen aufbauen, dass sie von dessen Ertrag leben können.
- Die wenigen, die es tatsächlich schaffen, durch Arbeit reich zu werden, neigen dazu, das fälschlich nur mit der eigenen Leistung zu begründen. Andere Faktoren wie günstige politische Rahmenbedingungen oder schlicht Glück blenden »Selfmade-Reiche« meist aus. Gläserne Decken hindern wenig privilegierte Gesellschaftsschichten am sozialen Aufstieg.



Literatur

- Clark, Gregory (2014): *The son also rises. Surnames and the history of social mobility*, Princeton.
- Bengali, Leila/Daly, Mary (2013): *U.S. Economic Mobility: The Dream and the Data*. FRBSF Economic Letter, 2013-06.
- Freeland, Chrystia (2013): *Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldelite*, Frankfurt a.M.
- Hartmann, Michael (2013): *Soziale Ungleichheit – Kein Thema für die Eliten?*, Frankfurt a.M.
- Humer, Stefan/Moser, Mathias/Schnetzler, Matthias/Ertl, Michael/Kilic, Atila (2013): *Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs*. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39 (4), 571-586.
- Kaplan, Steven/Rauh, Joshua (2013): *It's the Market: The Broad-Based Rise in the Return to Top Talent*. In: *Journal of Economic Perspectives* 27 (3), 35-56.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München.
- Statistik Austria (2013): *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1980-2012*, Wien.
- Statistik Austria (2013): *Lohnsteuerstatistik 2012*, Wien.
- Weber, Max (1986): *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Band 1, Tübingen.

Kinder reicher Leute

von Mascha Kaléko

Sie wissen nichts von Schmutz und Wohnungsnot,
Von Stempelngeln und Armeleuteküchen.
Sie ahnen nichts von Hinterhausgerüchen,
Von Hungerslöhnen und von Trockenbrot.

Sie wohnen meist im herrschaftlichen Haus,
Zuweilen auch in eleganten Villen.
Sie kommen nie in Kneipen und Destillen,
Und gehen stets nur mit dem Fräulein aus.

Sie rechnen sich jetzt schon zur Hautevolée
Und zählen Armut zu den größten Sünden.
– Nicht mal ein Auto ...? Nein, wie sie das finden!
Ihr Hochmut wächst mit Pappis Portemonnaie.

Sie kommen meist mit Abitur zur Welt,
– Zumindest aber schon mit Referenzen –
Und ziehn daraus die letzten Konsequenzen:
Wir sind die Herren, denn unser ist das Geld.

Mit vierzehn finden sie, der Armen Los
Sei zwar nicht gut. Doch werde
übertrieben –.
Mit vierzehn schon! – Wenn sie doch
vierzehn blieben.
Jedoch die Kinder werden einmal groß ...

2. Alle können alles erreichen



Es ist egal, wo jemand herkommt – entscheidend ist, was er oder sie aus sich macht. Mit der richtigen Portion Fleiß und Durchsetzungsgabe kann jede und jeder alles erreichen.

Tatsache ist:

Die meisten Menschen werden entweder arm oder reich geboren – und bleiben es ein Leben lang.

Reichtum ergibt sich in den seltensten Fällen aus den Einkommen, die innerhalb eines Lebenszyklus angespart werden können. Vielmehr handelt es sich um Kapital, welches über Generationen hinweg angesammelt und weitergegeben wird. Dies gilt zuallererst natürlich für ökonomisches Kapital, also das Vererben von Vermögen. Nun steht dieser Vermögenstransfer nie alleine, sondern ist vielmehr der Abschluss einer mit der Geburt startenden Summe an Übertragungen monetärer und nicht-monetärer Art. Die Vermögensforscher Fessler und Schürz (2010) bringen dies auf den Punkt:

»Eher zur Abrundung des materiellen Komforts – und keinesfalls als Starthilfe – trudelt um die Übergangszeit zur Pensionierung dann eine Erbschaft ein. Die Erbschaft ist nicht der Kulminationspunkt einer durch die Eltern betriebenen familiären Absicherung der sozialen Privilegierung, sondern nur ihr sichtbarer materieller Ausdruck. Die Zementierung sozialer Ungleichheit über die Generationen erfolgt auf zahllosen Wegen, und die besseren Möglichkeiten der Kinder von reichen Eltern sind vielfältig.«

Vererbung von Vermögen – Ökonomisches Kapital

Die Diskussion über die rein materielle Übertragung erworbenen Wohlstands wird oftmals sehr schnell auf eine emotionale Ebene gehoben. Das hat zum einen mit dem erlittenen persönlichen Verlust eines Angehörigen zu tun, der mit jeder Erbschaft unweigerlich verbunden ist, zum anderen spielen aber auch kulturelle Eigenheiten eine maßgebliche Rolle. Einkommen und Vermögen zählen im deutschsprachigen Raum zu den höchst privaten Dingen. Am besten gar nicht darüber sprechen, gar nicht zum Thema werden lassen. Wird diese Hegemonie kurzzeitig durchbrochen, beispiels-



weise indem Forderungen nach einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer laut werden, wird sie auch in Windeseile durch einen Sturm der Entrüstung wiederhergestellt. Denn davon wären doch alle betroffen, und ganz generell gehen die von der Oma nach harter Entbehrung zusammengetragenen Ersparnisse niemanden etwas an, schon gar nicht das Finanzamt. Darüber hinaus sind die Reichen immer *die Anderen*, die es sich sowieso einrichten werden und die Felle ihrer scheuen Rehe am Fiskus vorbei ins Trockene bringen. Die Zeche zahlt dann doch wieder die Allgemeinheit, der Mittelstand, zu dem dann irgendwie alle dazugehören.

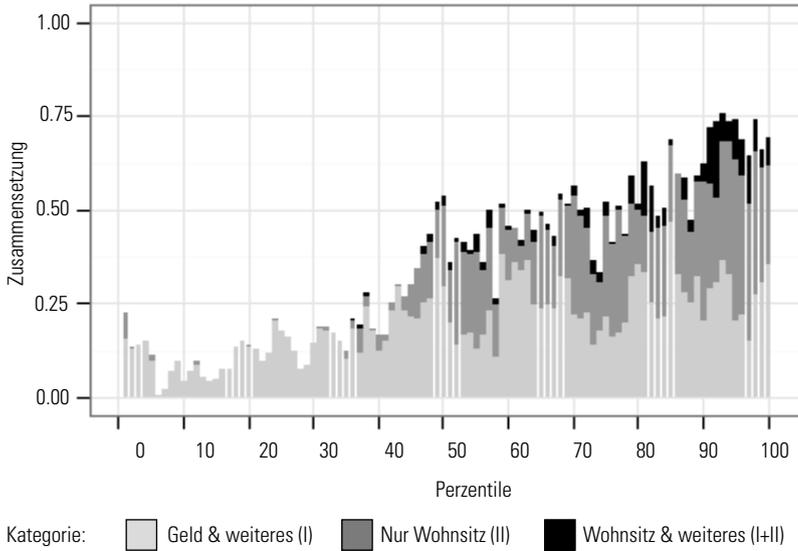
Doch ist dies wirklich der Fall? Erben alle, oder falls das so pauschal nicht behauptet werden kann, erben alle mit der gleichen *A-priori*-Wahrscheinlichkeit? Und falls geerbt wird, sind alle gleich, weil jede und jeder gleich viel erbt? Der Mantel des Schweigens hat etwa in Österreich lange Zeit verhindert, sich mit diesen Fragen abseits der landläufig festgefahrenen Vorurteile zu beschäftigen, doch seit kurzem hat sich das ein wenig geändert. Sorgfältig erhobene Daten erlauben einen näheren Blick auf diese Thematik.

Erben wirklich alle?

Hier sprechen die Daten eine deutliche Sprache – nicht alle, sondern nur ein Drittel der privaten Haushalte in Österreich hat zum Zeitpunkt der Befragung Vermögen in Form einer Schenkung oder Erbschaft erhalten. Darüber hinaus teilen sich diese 35% nicht gleichmäßig über die Bevölkerung auf. Abbildung 2.1 zeigt für jedes einzelne Perzentil der Nettovermögensverteilung den Anteil der Haushalte, die eine Erbschaft erhalten haben. Dabei wird ein klarer Zusammenhang deutlich: Haushalte am unteren Ende der Vermögensverteilung erben mit einer signifikant niedrigeren Wahrscheinlichkeit als Haushalte der oberen Vermögenshälfte, wobei der Anteil der ErbInnen bis zur Spitze der Vermögensverteilung stetig zunimmt. Während unter den ärmeren 40% der Haushalte nur knapp über 10% der Haushalte eine Erbschaft erhielten, erbte ab der Mitte im Schnitt jeder zweite und im reichsten Dezil in etwa 75% der Haushalte. Die Erbschaft trifft also nicht die Armen.

Doch mit steigendem eigenem Vermögen nimmt nicht nur die Wahrscheinlichkeit zu, Vermögen von einer vorhergehenden Generation übernehmen zu dürfen – auch die Art des Erbes scheint gewissen Mustern zu folgen. Von den ärmeren 40% erbt jede/r

Abb. 2.1: Nur etwa 10% der ärmeren Haushalte, aber 75% der reichsten Haushalte in Österreich erhalten eine Erbschaft



Quelle: HFCS 2010, eigene Darstellung. Die drei Farbkategorien zeigen, ob dem Haushalt nur Geld bzw. andere Vermögensgegenstände (z.B. Schmuck), ausschließlich der Hauptwohnsitz oder eine Kombination der beiden Kategorien übertragen wurde.

Zehnte fast ausschließlich Geld und andere vergleichsweise wenig werthaltige Vermögensgegenstände. Auch in der reicheren Hälfte findet sich eine substantielle Gruppe von Haushalten mit Erbschaften dieser Form. Doch gleichzeitig steigt auch der Anteil jener, die ihren jetzigen Wohnsitz im Rahmen einer Erbschaft erworben haben. Nur im reichen und reichsten Bereich findet man Haushalte, die neben dem Hauptwohnsitz auch noch Geld und anderes vererbt bekommen haben. Dies drückt sich auch recht eindrucksvoll im durchschnittlichen Wert der gesamten Erbschaft aus. Am unteren Ende nimmt sie einen Betrag von 14.000 Euro an, was ungefähr drei Viertel des Jahreseinkommens dieser Haushalte entspricht. Unter den vermögendsten 20% der Haushalte beträgt die mittlere Erbschaft dagegen in etwa 240.000 Euro, das Vierfache ihres gesamten Jahreseinkommens. Sieht man sich diese Zahlen ein wenig näher an, findet man eine weitere Bestätigung für zwei *stylized*

facts im Sinne von Mustern der Einkommens- und Vermögensverteilung, die sich in vielen empirischen Untersuchungen zeigen: Erstens, dass Einkommen gleicher unter der Bevölkerung verteilt sind als Vermögen, und zweitens, dass Erbschaften noch stärker konzentriert sind als Vermögen per se.

Wie auch Piketty (2014) in seinem aktuellen Bestseller »Das Kapital im 21. Jahrhundert« besonders herausstreicht: In einer Welt gebremsten wirtschaftlichen Wachstums und von Vermögensbeständen, die ein Vielfaches der jährlichen gesamtgesellschaftlichen Einkommen ausmachen, wird die Bedeutung der Vermögensweitergabe sowohl für die gesamte Gesellschaft als auch für den individuellen Vermögensaufbau noch deutlich zunehmen. Zum einen hat dies mit der dem kapitalistischen Wirtschaftssystem innewohnenden Systematik zur weiteren Vermögenskonzentration zu tun, zum anderen aber auch mit speziellen Gegebenheiten am Beginn des 21. Jahrhunderts. In den kommenden Jahren wird der Anteil der vererbenden Personen, deren Vermögensaufbau kaum mehr durch die Folgen des Zweiten Weltkriegs behindert wurde, rasant steigen und damit auch die durchschnittliche Höhe des übertragenen Vermögens. Neben dem Wert wird infolge der demografischen Struktur aber auch die Anzahl an Erbschaften dynamisch steigen. In der Summe lässt dies alleine in Österreich eine Verdoppelung des übertragenen Vermögensvolumens auf über 20 Milliarden Euro jährlich über die nächsten Jahre erwarten.

Vererbung von Bildung – Kulturelles Kapital

Von der frühen Kindheit an erfolgt die Prägung durch das soziale Umfeld. Der sozio-ökonomische Status der Familie bestimmt in erheblichem Ausmaß, welche Schule wie lange besucht wird. Je höher Einkommen und Vermögen der Eltern, desto mehr Geld können sie in die Bildung ihrer Kinder investieren. Das gilt sowohl für die Zeit, die es benötigt, um einen hohen Bildungsabschluss zu erreichen, als auch für die Qualität der Bildungsinstitution. Außerdem beeinflusst der sozioökonomische Status den Wert, den Bildung innerhalb der Familie genießt, und den schichtspezifischen Habitus, also den gesamten Lebensstil, wie er sich in Auftreten, Sprache und dem Zugang zu außerschulischem Bildungsmaterial (z.B. Bücher, Theater- und Museumsbesuche, Musikunterricht) manifestiert. Dieses kulturelle Kapital wird in Form des formalen Schul-

abschlusses institutionalisiert und damit sichtbar gemacht. Das Bildungsniveau bestimmt wiederum die Höhe der Einkommen, die am Arbeitsmarkt erzielt, gespart und über den Lebenszyklus hinweg akkumuliert werden können.

Aufschluss über die Bedeutung bildungsbezogener Übertragungen zwischen Generationen gibt die Korrelation zwischen dem formalen Bildungsniveau der Eltern und der Bildung der Kinder. Ein Wert von Eins zeigt das maximale Niveau der Persistenz, also die Reproduktion des elterlichen Bildungsniveaus an. Jedes Kind in einer Gesellschaft würde über exakt den gleichen Bildungsstatus verfügen wie die Eltern. Das Gegenteil – also vollkommene Mobilität – ist bei einem Wert von Null der Fall. In der Europäischen Union liegt diese intergenerationale Bildungskorrelation zwischen 0,4 und 0,5. In Österreich kann mit einem Wert von 0,49 die Bildung der Kinder beinahe zur Hälfte durch die Bildung der Eltern vorausgesagt werden. Dies ist sogar ein etwas höheres Ausmaß an Persistenz als in Großbritannien, einem angelsächsischen Land, welches typischerweise mit höherer Ungleichheit und Undurchlässigkeit in Verbindung gebracht wird. In Dänemark, einem egalitären nordischen Land, liegt die intergenerationale Korrelation hingegen bei 0,41. Aktuelle Studien weisen allerdings darauf hin, dass die tatsächliche Persistenz noch viel stärker ausfällt, wenn mehrere Generationen betrachtet und auch nicht-formale Aspekte von Bildung mit einbezogen werden.

Es ist einleuchtend, dass das Ausmaß, in dem Bildung vererbt wird, die Verfestigung von sozialen Ungleichheiten in Gesellschaften bedingt. Wenn das Bildungsniveau vorwiegend die Einkommenshöhe determiniert und Arbeitseinkommen nicht die primäre Quelle von Reichtum sind, welche Rolle spielt kulturelles Kapital nun für Aufbau und Erhalt von Reichtum? Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus zwei Dimensionen: Zum einen besteht ein Zusammenhang zwischen formalen Bildungsabschlüssen und der Vermögensverteilung, welcher zum anderen verstärkt wird durch die schichtspezifischen nicht-formalen Aspekte des kulturellen Kapitals.

Die Vermögensverteilung nach Bildungsabschlüssen zeigt erstens, dass das Nettovermögen mit dem Bildungsniveau zunimmt. Zweitens liegt der Anteil an Universitäts- oder Fachhochschulabschlüssen innerhalb jener 20% der österreichischen Haushalte mit



den höchsten Vermögen bei über 20%. Innerhalb der 50% mit den niedrigsten Vermögen ist der entsprechende Anteil hingegen nur halb so hoch. Die bedeutendste Kategorie in der »unteren Hälfte« der Vermögensverteilung ist jene der Lehrabschlüsse, unter den oberen 20% sind es die Abschlüsse der oberen Sekundarstufe (AHS oder BHS Matura³ bzw. Abitur). Dies lässt doch einen beträchtlichen Anteil der Vererbung von Bildung an der Persistenz von Vermögensstrukturen und Reichtum vermuten. Sind die vermögendsten Haushalte nicht nur an der (Aus-)Bildung ihrer Kinder interessiert, so werden sie ihre Kinder nicht an irgendeine Schule schicken, sondern eher in die sorgfältig ausgewählte Privatschule und an die Eliteuniversität. Dort können ihre Nachkommen nicht nur klassenspezifisches kulturelles Kapital akkumulieren und später höhere Renten (aufgrund des Titels von einer privilegierten Bildungsinstitution) abschöpfen, sondern auch soziales Kapital ansammeln.

Vererbung von Netzwerken – Soziales Kapital

Unter sozialem Kapital versteht man die Ressourcen, die sich aus der Zugehörigkeit zu einem sozialen Netzwerk – beruflicher und privater Art – ergeben. Es braucht sowohl Zeit als auch kulturelles und ökonomisches Kapital, um es zu pflegen und zu erweitern. Institutionalisiert wird das soziale Kapital z.B. in der Form der Übernahme von Familien- oder Adelstiteln. Im schwedischen *Names Adoption Act* wurde 1901 noch ein Verbot für die Allgemeinheit ausgesprochen, die Nachnamen der Riddarhuset Aristokratie, einer formalen Zunft adeliger Familien, anzunehmen. Diese Familien machen einen zwar kleinen, aber heute immer noch bestehenden Teil der schwedischen Elite aus. In Österreich und in Deutschland wurden Adelstitel nach dem Ersten Weltkrieg schrittweise abgeschafft. Wenn sie auch keine namensrechtliche Relevanz mehr besitzen, so haben historische Adelstitel im gesellschaftlichen Leben Deutschlands immer noch Bedeutung. In Österreich liegt die Verleihung von Berufstiteln wie Hofrat oder Kommerzialrat wohl an der Schnittstelle zwischen der Institutionalisierung von kulturellem

³ Dem deutschen Abitur entspricht im österreichischen Bildungssystem die Matura. Allgemeinbildende höhere Schulen (AHS) schließen im 12. Schuljahr ab, Berufsbildende höhere Schulen (BHS) im 13. Schuljahr.

und sozialem Kapital. Auch wenn die öffentliche Sichtbarkeit der Gruppenzugehörigkeit im letzten Jahrhundert abgenommen hat, ist sie von nicht minderer Relevanz. So sorgen beispielsweise Alumni Clubs der Universitäten für einen Rahmen, in dem die im Laufe des Studiums geknüpften sozialen Netzwerke gepflegt werden können. Je größer, aber auch je einflussreicher das Netzwerk, welches das soziale Kapital ausmacht, desto größer ist der Ertrag, der daraus erzielt werden kann. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es ein Anliegen von Reichen ist, neben der Übertragung des Vermögens sowohl in das kulturelle Kapital der Nachfahren zu investieren, als auch der Vererbung des sozialen Kapitals den Weg zu ebnen.

Intergenerationale Transfers sind somit multidimensional; sie beinhalten neben ökonomischem Kapital Bildung im weiteren Sinne als kulturelles sowie Netzwerke und Gruppenzugehörigkeit als soziales Kapital. Letztere sind mehr oder weniger einfach in ökonomisches Kapital umwandelbar. Keine dieser Dimensionen steht für sich alleine, sie verstärken sich vielmehr gegenseitig. So sind in den höheren Bildungskategorien Haushalte mit Vermögenserbe tendenziell überrepräsentiert. Innerhalb der Haushalte mit Universitäts- oder Fachhochschulabschluss finden sich um 15% mehr ErbInnen als in der gesamten österreichischen Bevölkerung (circa 34%). Innerhalb der Haushalte mit AHS- oder BHS-Abschluss sind es um 3% mehr, während es unter den Haushalten mit Lehrabschluss oder maximal Pflichtschulabschluss um 3 bzw. 7% weniger Haushalte mit Erbe gibt. Dass die Berücksichtigung der Stammbäume vermögender Familiendynastien über viele Generationen in den letzten 800 Jahren in einer erheblich stärkeren Persistenz des sozio-ökonomischen Status resultiert, als er sich aus einem Zwei-Generationen-Vergleich auf Basis des Bildungsniveaus ergeben würde, liegt wohl genau an diesen schwer erfassbaren sozialen und kulturellen Aspekten.

Es bleibt also festzuhalten, dass Kapital in verschiedener Form an die nächste Generation weitergegeben wird, wobei jedes für sich von Bedeutung ist und eine wesentliche Rolle für die Position und den innewohnenden Status, den ein Mensch in der Gesellschaft einnehmen wird, spielt. Darüber hinaus tritt eine Kapitalform selten alleine auf, sondern viel häufiger als Kombination materiellen, kulturellen und sozialen Kapitals. Wer hat, dem wird gegeben –



ein altes Zitat, das sich hier bewahrheitet. Sicherlich keine gänzlich neue Entwicklung, trotzdem oder gerade deswegen wäre es wünschenswert, über umfangreicheres Datenmaterial mehr Licht ins Dunkel dieser Debatte zu bringen.

Auf einen Blick

- Reichtum wird meist nicht selbst erarbeitet, sondern entsteht aus der Akkumulation von Kapital über Generationen hinweg.
- Kapital wird in verschiedenen Formen an die nächste Generation weitergegeben: als Geld, aber auch in Form von sozialen und kulturellen Privilegien.
- Die Verteilung von Vermögen, Bildung und sozialen Netzwerken folgt dem gleichen Muster: Wer hat, dem wird gegeben.

Literatur

- Anreasch, Michael/Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Fakten zur Vermögensverteilung. Sozialbericht 2011-2012, Wien.
- Bourdieu, Pierre (1997): Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik & Kultur 1, Hamburg.
- Clark, Gregory (2014): The son also rises. Surnames and the history of social mobility, Princeton.
- Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2010): Reich bleiben in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39(3), 343-360.
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München.
- Schneebaum, Alyssa/Rumplmaier, Bernhard/Altzinger, Wilfried (2014): Intergenerational Educational Persistence in Europe. In: *WU Working Paper No. 174*.
- Schürz, Martin (2007): Erbschaften und Vermögensungleichheit in Österreich. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 33 (2), 231-254.

Die Leistung der Frau in der Kultur

von Mascha Kaléko

Auf eine Rundfrage

Zu deutsch: »Die klägliche Leistung der Frau«.

Meine Herren, wir sind im Bilde.

Nun, Wagner hatte seine Cosima

Und Heine seine Mathilde.

Die Herren vom Fach haben allemal

Einen vorwiegend weiblichen Schatz.

Was uns Frauen fehlt, ist »Des Künstlers Frau«

Oder gleichwertiger Ersatz.

Mag sie auch keine Venus sein

Mit lieblichem Rosenmund,

So tippt sie die Manuskripte doch fein

Und kocht im Hintergrund.

Und gleicht sie auch nicht Rautendelein

Im wallenden Lockenhaar,

So macht sie doch täglich die Zimmer rein

Und kassiert das Honorar.

Wenn William Shakespeare fleißig schrieb

An seinen Königsdramen,

Ward er fast niemals heimgesucht

Vom »Bund Belesner Damen«.

Wenn Siegfried seine Lanze zog,

Don Carlos seinen Degen,

Erging nur selten an ihn der Ruf,

Den Säugling trocken zulegen.

Petrarcas Seele, weltentrückt,

Ging ans Sonette-Stutzen

Ganz unbeschwert von Pflichten, wie

Etwa Gemüseputzen.

Doch schlug es Mittag, kam auch er,

Um seinen Kohl zu essen,

Beziehungsweise das Äquivalent

In römischen Delikatessen.



Gern schriebe ich weiter
In dieser Manier,
Doch muß ich, wie stets,
Unterbrechen.
Mich ruft mein Gemahl.
Er wünscht, mit mir
Sein nächstes Konzert
Zu besprechen.

3. Reich werden kann jede, genauso wie jeder



Die Einkommen von Männern und Frauen mögen auseinanderklaffen. Das heißt aber noch lange nicht, dass es auch bei Vermögen eine solche Schere gibt. Frauen leben länger und erben daher mehr. Alle haben also die gleichen Chancen, Vermögen zu erlangen, unabhängig vom Geschlecht.

Tatsache ist:

Auch bei Reichtum und Vermögensaufbau gibt es einen Gender Gap.

Die Unterschiede in den Einkommen zwischen Männern und Frauen sind inzwischen weitgehend bekannt und durch zahlreiche Studien belegt. Darauf weist auch der Aktionstag Equal Pay Day hin, der den Zeitraum markiert, in dem Frauen quasi ohne Bezahlung arbeiten, weil sie – bei gleichem Arbeitsvolumen – weniger verdienen als Männer. Völlig ausgeblendet wurden bisher dagegen die Vermögensunterschiede zwischen den Geschlechtern. Aktuelle Untersuchungen belegen, dass Frauen weitaus häufiger für alltägliche Ausgaben und Ausgaben für Kinder zuständig sind, während Männer vorrangig die finanziellen Entscheidungen im Haushalt treffen. Außerdem sind Männer stärker in Führungspositionen vertreten und risikofreudiger. Daher muss auch beim Vermögen von einer weit auseinander klaffenden Schere ausgegangen werden. Hinsichtlich einer umfassenden Gleichstellungspolitik ist also das Aufzeigen dieser Unterschiede unerlässlich. Wenn Frauen ein geringeres Vermögen besitzen als Männer, dann bedeutet das auch, dass Männer von einer Vermögenssteuer stärker betroffen wären. Und umgekehrt, dass eine geringe Besteuerung von Vermögen Männern durchaus weitere Vorteile verschafft.

Vermögensverteilung zwischen den Geschlechtern – nur näherungsweise erfassbar

Mit dem *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) stehen erstmals umfassende und vergleichbare Daten zur Vermögensverteilung in der Euro-Zone zur Verfügung, die es erlauben, Ver-

mögensunterschiede genauer zu betrachten. Allerdings wurde nur das gesamte Vermögen innerhalb eines Haushalts erfasst, weshalb die Datengrundlage für einen Vergleich zwischen Männern und Frauen nach wie vor relativ schwierig ist. Denn Studien aus Ländern mit Individualdaten (wie z.B. Deutschland) bestätigen, dass es signifikante Unterschiede im Vermögensbesitz zwischen Männern und Frauen gibt – auch zwischen Männern und Frauen im gleichen Haushalt. Zudem kann bei Haushaltsvermögen nicht davon ausgegangen werden, dass beide PartnerInnen automatisch die gleichen Zugriffsrechte auf Vermögen haben.

Vermögensunterschiede zwischen Geschlechtern können daher momentan nur näherungsweise untersucht werden, und zwar durch den Vergleich von weiblichen und männlichen Single-Haushalten. *Single-Haushalte* sind Haushalte, in denen die Person, die den Fragebogen beantwortete, ohne PartnerIn wohnt. Sowohl bei Frauen als auch bei Männern stellen Ein-Personen-Haushalte oder AlleinerzieherInnen-Haushalte die große Mehrheit der Single-Haushalte dar.

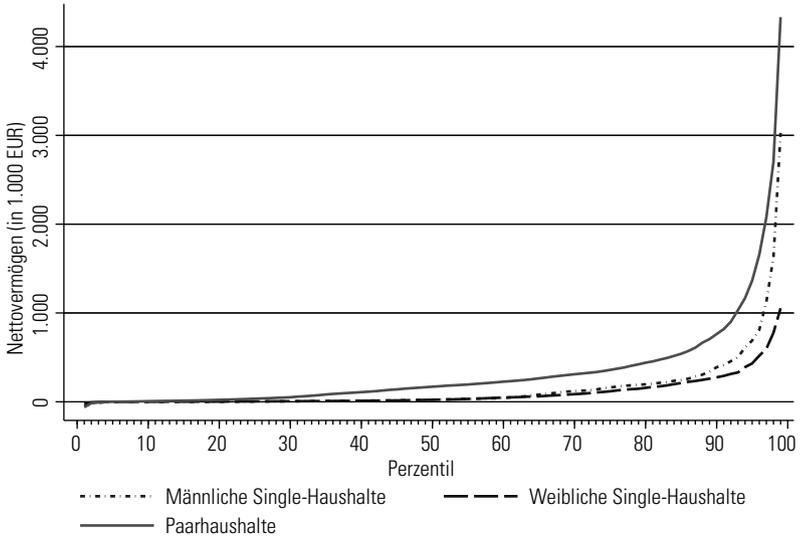
Frauen besitzen durchschnittlich 40% weniger Vermögen als Männer

Grundsätzlich bestätigen die HFCS-Daten die Ergebnisse der internationalen Literatur auch für Österreich: Das durchschnittliche Vermögen von weiblichen Single-Haushalten ist deutlich geringer als das in männlichen Single-Haushalten. In absoluten Werten haben weibliche Single-Haushalte im Durchschnitt mit etwa 110.000 Euro ein deutlich niedrigeres Vermögen als männliche mit etwa 194.000 Euro. Paarhaushalte besitzen im Vergleich dazu das höchste Vermögen (im Durchschnitt etwa 380.000 Euro). Während männliche Single-Haushalte also etwas mehr als einen halben Paarhaushalt ausmachen, liegen weibliche Single-Haushalte deutlich darunter.

Diese Unterschiede bestehen vor allem an den äußeren Rändern der Vermögensverteilung. Die reichsten 5% der männlichen Single-Haushalte verfügen über mehr als doppelt so viel Vermögen wie die weiblichen (siehe Abbildung 3.1). Damit zeigt sich auch eine große Ungleichverteilung der Vermögen innerhalb der jeweiligen Kategorie, vor allem aber unter den männlichen Single-Haushalten. Andererseits sind bei den ärmeren Single-Haushalten jene der Männer deutlich höher verschuldet als jene der Frauen (siehe Ab-



Abb. 3.1: Im reichsten Perzentil haben männliche Single-Haushalte in Österreich mehr als doppelt so viel Nettovermögen wie weibliche Single-Haushalte

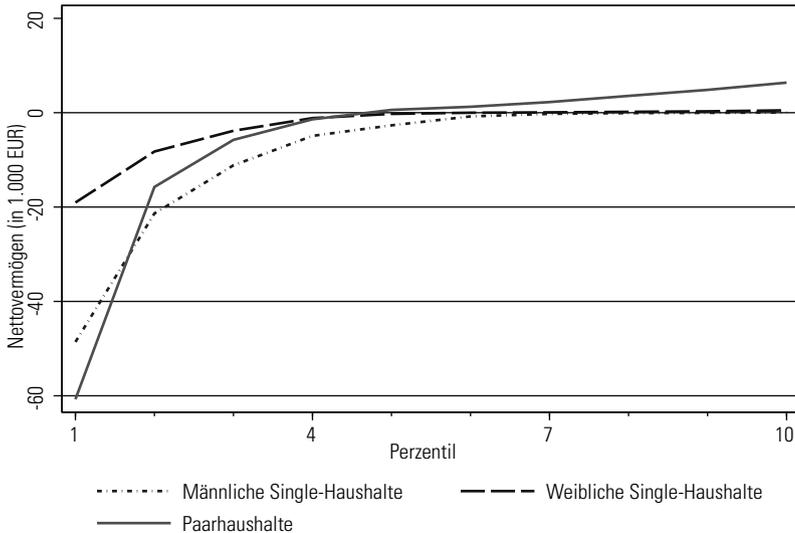


Quellen: HFCS, Mader u.a. 2014

bildung 3.2). Das hängt aller Wahrscheinlichkeit nach mit einem höheren Immobilienbesitz zusammen. Denn hohe Verschuldung kann fast nur durch Hypothekarkredite auf Wohnung oder Haus zustande kommen. Nicht besicherte Kredite wie z.B. Kreditkartenschulden oder Kontoüberziehungen erreichen selten so große Höhen. Allerdings ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei den ärmeren Single-Haushalten deutlich geringer als bei den Single-Haushalten mit hohem Vermögen. Insgesamt besitzen männliche Single-Haushalte ein deutlich höheres Vermögen als weibliche.

Es besteht also eine große Lücke zwischen den Geschlechtern, die sich vor allem bei den Reichsten zeigt. Das könnte als *gläserne Vermögensdecke* bezeichnet werden, denn wenn es um die größten Vermögen geht, können Frauen offenbar nicht mehr mithalten.

Abb. 3.2: Männliche Single-Haushalte sind deutlich höher verschuldet als weibliche Single-Haushalte



Quellen: HFCS, Mader u.a. 2014

Woher kommen diese Unterschiede beim Vermögen?

Vermögen kann einerseits durch Ersparnisse aus Erwerbs- und Kapitaleinkommen und andererseits durch Vermögenstransfers bei Erbschaften, Schenkungen, aber auch bei Scheidungen aufgebaut werden.

Eine Ursache für die niedrigen Vermögen von Frauen liegt im niedrigeren Arbeitseinkommen. Im Laufe der Zeit können niedrigere Einkommen zu einem deutlichen Unterschied im Vermögensbestand führen, weil damit weniger angespart werden kann. Dabei spielen familiäre und gesellschaftliche Normen sowie die Organisation des Arbeitsmarktes eine zentrale Rolle. So leisten immer noch vorwiegend Frauen unbezahlte Betreuungs- und Hausarbeit, vor allem, sobald Kinder im Haushalt sind. Die damit einhergehenden Einkommensverluste (bei Erwerbs- und Kapitaleinkommen) können im Normalfall nur schwer wieder aufgeholt werden und führen zu einem niedrigeren Vermögensaufbau. Die



ökonomischen Nachteile für Frauen, die durch unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit entstehen, spiegeln sich also auch in der Vermögensaufteilung zwischen Frauen und Männern wider. Denn in den Daten zeigt sich, dass Frauen weniger Vermögen besitzen als Männer, vor allem, weil sie nicht in die vermögendsten Sphären vorstoßen können.

Allerdings sollte die Bedeutung von Arbeitseinkommen für den Vermögensaufbau nicht überschätzt werden. Große Vermögen, bei denen sich der Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Single-Haushalten besonders deutlich zeigt, können kaum durch Arbeit angehäuft werden (siehe Mythos 1). Es ist daher zu vermuten, dass die Übertragung von Vermögen durch Erben, Schenken oder den Zuspruch bei Scheidungen eine zentrale Rolle spielt.

Frauen erben weniger als Männer

Da Frauen eine höhere Lebenserwartung haben als Männer, könnte man annehmen, dass sie häufiger und höhere Beträge erben. Empirisch stimmt das nicht ganz. Weibliche Single-Haushalte erben zwar tatsächlich etwas häufiger als männliche Single-Haushalte, dafür erben sie jedoch geringere Vermögen. Die Unterschiede bei Erbschaften und Schenkungen tragen somit faktisch zu einer Ungleichverteilung von Vermögen zwischen weiblichen und männlichen Single-Haushalten bei.

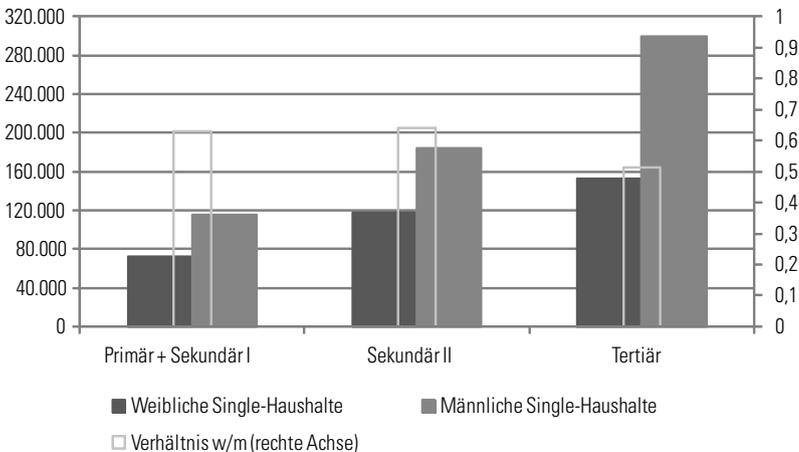
Während Arbeitseinkommen für den Aufbau von geringen Vermögen wichtig sind, spielen Erbschaften und Schenkungen für hohe Vermögen eine größere Rolle. Das lässt sich aus dem Zusammenhang von Einkommen und Vermögen ableiten. Hier besteht eine Lücke im Durchschnittsnettovermögen zwischen männlichen und weiblichen Single-Haushalten über die gesamte Einkommensverteilung hinweg. Auch gut verdienende Frauen bauen also nie so hohe Vermögen auf wie Männer mit ebenso hohen Einkommen. Darüber hinaus steigt bei weiblichen Single-Haushalten das Durchschnittsnettovermögen mit dem Einkommen kontinuierlich an, während weder bei männlichen Single-Haushalten noch bei Paarhaushalten ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Einkommen und Vermögen besteht. Kurz gesagt: Frauen müssen sich ihr geringes Vermögen erarbeiten, bei Männern und Paaren scheint eine andere Dynamik am Werk zu sein.

Ist Diskriminierung der Grund?

Frauen haben somit sowohl bei Einkommen als auch bei Erbschaften geringere Einkünfte und somit eine verminderte Möglichkeit, Vermögen aufzubauen. Ob es sich bei diesen unterschiedlichen Vermögensbeständen nun um Diskriminierung handelt, kann mithilfe sozioökonomischer Charakteristika untersucht werden. Bei den Einkommen zeigt die bisherige ökonomische Forschung eindeutig, dass Frauen bei identischen sozioökonomischen Merkmalen geringere Einkommen beziehen.

Bei Vermögen kann die gleiche Vorgehensweise gewählt werden: Es werden Haushalte verglichen, die gleich gebildet, gleich alt und gleich zusammengesetzt sind. Hier zeigt sich grundsätzlich ein positiver Zusammenhang von Durchschnittsvermögen und Ausbildung. Der Vermögensbesitz nimmt mit höherer Bildung sowohl für weibliche als auch für männliche Single-Haushalte zu. Allerdings können weibliche Single-Haushalte durch Bildung nicht den Rückstand auf männliche Single-Haushalte aufholen. Die Vermögensschere zwischen Frauen und Männern klafft mit steigendem Ausbildungsniveau weiter auseinander (siehe Abbildung 3.3). Auch hier

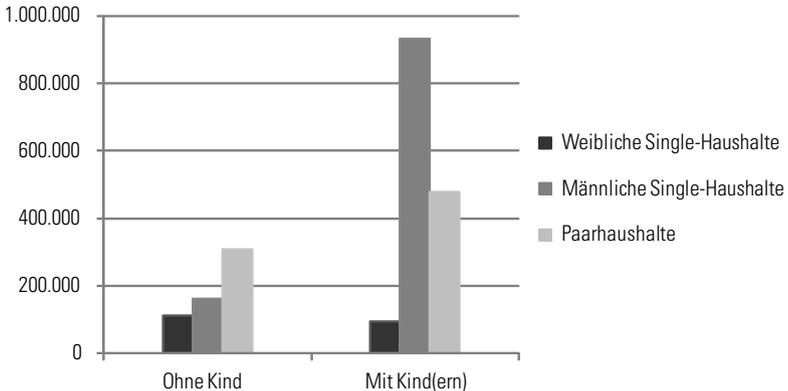
Abb. 3.3: Die Unterschiede im Nettovermögen zwischen Männern und Frauen in Österreich nehmen mit steigender Bildung zu



Quellen: HFCS, Mader u.a. 2014



Abb. 3.4: Kinder im Haushalt verringern das Nettovermögen von weiblichen, erhöhen aber das Nettovermögen von männlichen Single-Haushalten in Österreich



Quellen: HFCS, Mader u.a. 2014

wird die Vermögenslücke insbesondere bei jenen mit den größten Vermögen sichtbar. Weibliche Single-Haushalte müssen einen um eine Kategorie höheren Bildungsabschluss vorweisen, um im Durchschnitt ein vergleichbares Vermögensniveau wie männliche Single-Haushalte zu erreichen. Weibliche Single-Haushalte mit einem Hochschulabschluss haben somit immer noch ein niedrigeres Durchschnittsvermögen als männliche Single-Haushalte mit Lehrlingsabschluss oder Matura.

Noch extremer ist die Relevanz der Haushaltsstruktur für das Vermögen. Leben Kinder im Haushalt, so ist das Vermögen bei männlichen Single-Haushalten und bei Paarhaushalten deutlich höher als in kinderlosen Haushalten. Weibliche Single-Haushalte hingegen verlieren noch stärker, wenn Kinder im Haushalt leben (siehe Abbildung 3.4). Die Präsenz von Kindern hängt somit bei weiblichen Single-Haushalten stark mit einem geringen Vermögen zusammen.

Die politische Relevanz ungleicher Vermögenspositionen

Insgesamt zeichnen die Daten somit ein Bild der Benachteiligung weiblicher Single-Haushalte beim Vermögensbesitz in Österreich, vor allem bei hohem Vermögen. Die Vermögensschere zwischen weiblichen und männlichen Single-Haushalten ist weit geöffnet, und weibliche Single-Haushalte stoßen an eine *gläserne Vermögensdecke*. Eine wichtige Rolle spielt dabei eine bekannte Dynamik: Wer hat, dem wird gegeben. Die Diskriminierung von Frauen in der Erwerbsarbeit – Stichworte unbezahlte Arbeit, Teilzeitarbeit und gläserne Decke – macht sich auch in der Vermögenssphäre bemerkbar und wird verstärkt durch die Benachteiligung von Frauen bei der Höhe der Erbschaften und Schenkungen. Und das, obwohl sich im österreichischen Erbschaftsrecht keine expliziten geschlechtsspezifischen Benachteiligungen finden. Diskriminierung ist damit schwer festzumachen; sie zeigt sich aber – wie bei den Einkommen – in den empirischen Ergebnissen.

Während also theoretisch jeder und jede reich werden könnte, so funktioniert das in der Praxis bei weitem nicht für alle. Die Diskriminierung von Frauen ist auch im Bereich von Vermögen allgegenwärtig. Hier muss die Politik ansetzen – auch in dem Bewusstsein, dass eine gerechtere Vermögensverteilung der Benachteiligung von Frauen entgegenwirkt. Die Diskussion um die Besteuerung von Vermögen beinhaltet somit einen wichtigen Genderaspekt.

Auf einen Blick

- Vermögensunterschiede zwischen Geschlechtern wurden bisher weitgehend ausgeblendet.
- Weibliche Single-Haushalte erben zwar etwas häufiger, aber deutlich geringere Summen als männliche Single-Haushalte. Sie häufen daher niedrigere Nettovermögen an.
- Ungleiche Vermögenspositionen sind Ausdruck von ungleichen gesellschaftlichen Rollen, Normen und Strukturen ebenso wie von Diskriminierung.
- Der Genderaspekt muss bei einer Diskussion um die Besteuerung von Vermögen beachtet werden.

**Literatur**

Mader, Katharina/Schneebaum, Alyssa (2013): Zur geschlechtsspezifischen Intrahaushaltsverteilung von Entscheidungsmacht in Europa. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39 (3), 361-403.

Mader, Katharina/Schneebaum, Alyssa/Hollan, Katarina/Klopf, Patricia (2014): Vermögensunterschiede nach Geschlecht: Erste Ergebnisse für Österreich. Materialien zu *Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 129. Herausgegeben von der Arbeiterkammer Wien.

Draußen tobt die Dunkelziffer

von Kathrin Röggla (Auszug)

A: wir tragen da eine mittelstandsleiche mit uns herum, die sich von unseren körpern nicht wegbewegen lässt.

B: diese mittelstandsleiche hat noch nie spaß gemacht, obwohl man das so leichtfertig sagt. Aber sie muss in bewegung gehalten werden. immer in bewegung gehalten.

C: und wann landen wir im millionengrab, wo man sich nicht um-zudrehen hat, weil so wenig platz dafür da ist?

Wir zittern mit. Wir zittern, ob sie es schafft. Jetzt, wo sie so ängstlich geworden ist. Wir wissen nicht, wie das gehen soll, aber sie hat sich verhakt, so in ihrer lebenssituation. sie hat so angst, dass sie es nicht schafft. dass sie bald gar nichts mehr hat. Sie ist so ängstlich, sie hat den verdacht, mit ihr geht es nur noch bergab. sie sagt, sie gibt jetzt gar nichts mehr aus, weil sie sonst noch tiefer in die bredouille kommt. Sie knispert und knuspert an den kleinen summen rum, die sie vor sich herschiebt. Und wir knuspern mit. Zum beispiel: braucht sie wirklich noch ein zweites obst, wo sie ein erstes obst schon hat. Braucht sie den tee, wo ihr der andere zur verfügung steht. Sie sagt: das hat man ja bei heiner gesehen, wie schnell das geht. Wir sagen: das hat man bei heiner gesehen. Sie hat immer beispiele zur hand. Und wir machen sie mit.

4. Wir sind alle Teil der Mittelschicht



Alles und jedeR ist Mitte. Wir haben uns in eine »nivellierte Mittelschicht« verwandelt, die großen sozialen Verwerfungen von früher sind überwunden. Jetzt unterscheiden sich die Menschen im Wesentlichen durch verschiedene Lifestyles und Kulturen. Einzig die Unterschicht will hierbei nicht mitmachen.

Tatsache ist:

Die Behauptung, es gebe im Wesentlichen nur noch eine große Mittelschicht, dient der Verschleierung sozialer Ungleichheiten.

Eine Linie. An einem Ende stehen die ärmeren der Gesellschaft, am anderen die Reichen. Wenn man nun fragt, auf welcher (sozialen) Position dieser Linie sich die Reicheren einschätzen würden, dann zeigen diese auf die Mitte. Fragt man die Ärmeren, wo sie sich selbst sehen, ordnen sie sich ebenfalls Richtung Mitte ein. Diese teils gewollte, teils ungewollte falsche Selbsteinschätzung ist der Grund, warum sich die Figur der Mitte so gut eignet, die wahren Macht- und Ungleichheitsverhältnisse zu verschleiern.

Reiche untertreiben ihren Reichtum...

Der britische Premierminister David Cameron stufte sich in einer Rede in Manchester als »middle class« ein, obwohl er ein geschätztes Vermögen von 30 Millionen Pfund sein Eigen nennt, das noble Elite-Internat Eton besuchte und in Oxford studiert hat. Fürstin Gloria von Thurn und Taxis und ihre Familie mit einem Vermögen von weit über einer halben Milliarde Euro sagen: »Wir sind absoluter Mittelstand.« Der ehemalige österreichische Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, vermögend und Besitzer einiger Pharmafirmen, sieht sich selbstverständlich auch als Teil der »Mittelschicht«.

Je reicher und privilegierter der eigene Status, desto stärker wird er unterschätzt. Der Prozentsatz der Haushalte, die sich in das Nettovermögensdezil einordnen, in dem sie sich tatsächlich befinden, sinkt stark mit zunehmendem Nettovermögen. So ordnen sich 29% der Befragten, die in einem Haushalt im untersten Nettovermögensdezil leben, auch in diesem untersten Dezil ein. Bei den obersten vier Dezilen der vermögendsten Haushalte sind dies hingegen



jeweils nur weniger als 10%, im 9. und 10. Dezil sind es sogar weniger als 1%. Dies ergeben die Vermögensdaten, die im Rahmen des *Household Finance and Consumption Survey* (HFCS) durch die Österreichische Nationalbank erhoben wurden. Das heißt: 99% der Reichsten schätzen ihren eigenen Status völlig falsch ein und zählen sich zur gesellschaftlichen Mitte.

Auf die Frage, ob man im eigenen Land aufsteigen könne, also ob unsere Gesellschaft sozial durchlässig ist, antworten laut dem Allensbacher Institut in Deutschland 85% der Eliten, jedeR könne aufsteigen (Köcher 2008). Der oder die deutsche DurchschnittsbürgerIn ist mit 63% etwas skeptischer eingestellt. Häufig sind es also gerade diejenigen, die aufgrund des Zufalls der Geburt ihren Reichtum erworben haben, die den Herkunftsfaktor kleinreden.

Wer oder was die Mitte ist, ist gesellschaftlich umstritten – auch weisen die unterschiedlichen Verwendungen des »Mitte«-Begriffes auf unterschiedliche soziale Lagen hin: So meinen etwa die Begriffe »Mittelstand« und »Mittelschicht« nicht dieselbe soziale Gruppe: Mittelständische Unternehmen können sich nach den Kriterien der EU-Kommission in Österreich nur die obersten 3% aller Unternehmen nennen. Wenn mehr als 95% der Unternehmen also nicht-mittelständische Unternehmen, sondern weit kleinere Betriebe sind, hat der Begriff »Mittelstand« mit der gesellschaftlichen Mitte nichts mehr zu tun.

Während der »Mittelstand« historisch die kleine Gruppe des BürgerInnentums zwischen der Elite und der breiten Masse aus den unteren Ständen bezeichnete, wird der Begriff heute fast beliebig verwendet. In Österreich besitzt von den unteren 80% der Haushalte nur ein kleiner Teil Vermögenswerte in Unternehmensbeteiligungen. Dieser Anteil steigt bei den vermögendsten 15% stark an und erreicht über zwei Drittel bei den reichsten 5%. Wenn vom »Mittelstand« gesprochen wird, so sind damit also die reichsten 5% der Haushalte gemeint.

... während Masseneinkommen überschätzt werden

Die »Mittelschicht« wird demgegenüber meist durch ihre Position in der Mitte der Einkommens- und der Vermögensverteilung definiert. Die konkrete Abgrenzung der Mittelschicht ist jedoch häufig eine Sache von politischen Einstellungen. So ist die Mittelschicht meist dort, wo die Meinungseliten sie haben wollen. Am liebsten

bei einem Monatseinkommen von 4.000 Euro. Das ist das in Parlamentsreden und in ChefredakteurInnen-Kommentaren am häufigsten genannte Durchschnittseinkommen. Ein Blick auf die österreichische Lohnsteuerstatistik zeigt, dass die Mittelschicht von den Meinungseliten jedoch tendenziell zu hoch geschätzt wird: Der Medianlohn von Angestellten beträgt 1.848 Euro und der von ArbeiterInnen 1.644 Euro brutto. Nimmt man das Haushaltseinkommen, dann befindet sich der Median bei 1.781 Euro netto.

Der Median ist eine gute Maßzahl für die tatsächliche Mitte: Die Anzahl der Personen mit einem höheren Einkommen als dem Medianeinkommen ist beim Median gleich groß wie die Anzahl der Menschen mit einem niedrigeren Einkommen. Wenn KommentatorInnen also von der Mittelschicht mit 3.500 oder 4.000 Euro Einkommen schreiben, dann sprechen sie von weniger als 10% aller EinkommensbezieherInnen.

Das soll die Mittelschicht sein? Nimmt man die Verteilung von Vermögen hinzu, dann löst sich diese so genannte Mittelschicht überhaupt in Luft auf. Die Konzentration ganz oben ist so hoch, dass die Mitte davon fast nichts mehr hat. Fast das gesamte Vermögen ist, laut den Daten der österreichischen Nationalbank, in den Händen der obersten 10%.

Mittlere und untere Einkommen wurden in den letzten Jahrzehnten immer stärker durch Massensteuern und die Besteuerung des Arbeitseinkommens belastet, während die obersten 10% entlastet wurden. Immer wiederkehrende Sparpakete streichen soziale Leistungen, die gerade untere Einkommen, aber auch die Mitte unterstützen. Von der ökonomischen Entwicklung haben im letzten Jahrzehnt besonders die obersten 10% profitiert, die untersten Einkommen haben verloren. Die Mitte wurde unter Abwärtsdruck gesetzt.

Zahlreiche Studien, etwa von der OECD (2014), haben die Verringerung des Wohlstands der untersten Haushalte und die Zunahme von Einkommen und Vermögen ganz oben in Deutschland wie Österreich empirisch nachgewiesen. In Österreich geschah diese Entwicklung vor allem in den 2000er Jahren bei guten wirtschaftlichen Wachstumsraten, und nicht etwa zu Zeiten einer Krise.

Die Verwendung des Begriffs der »Mitte« verschleiert also häufig die tatsächliche Vermögensverteilung und hilft dabei, eine Mehrheit für Steuergesetze zu gewinnen, die die Oberschicht ein-



seitig privilegieren. Die Reichsten rechnen sich arm, während die Armen reichgerechnet werden. Gleichzeitig entwickelt sich darüber hinaus ein Diskurs, der viel Energie in die Verachtung der Unterschicht steckt.

Ein Witz: Sitzen ein Banker, ein Boulevardzeitungsleser und eine Sozialhilfe-Empfängerin an einem Tisch. In der Mitte liegen zehn Kekse. Der Banker nimmt neun davon und sagt zum Zeitungsleser: Pass auf! Sie nimmt Dir Deinen Keks weg!

Blockbildung mit Vermögenden – Spaltung nach unten

Eine zentrale Kategorie in diesem Zusammenhang bildet der Begriff der »Unterschicht«. Dieser Begriff ist einerseits zwar hilfreich, weil er klarstellt, dass es ein Oben und Unten, dass es Macht und Ohnmacht und dass es ein Mehr und ein Weniger gibt. In den 1980er und 90er Jahren wollten uns ja viele glauben machen, dass es nur mehr Lebensstile gibt und sich Gesellschaftsmitglieder bloß dadurch unterscheiden, ob sie Volksmusik oder Underground hören, Lodenmantel oder Jackett tragen, Schweinebraten oder Bio-produkte essen. Empirisch hat diese Einschätzung jedoch nie gestimmt, stets waren sozialer Status, Einkommen, Bildung oder berufliche Position entscheidend für Chancen und Möglichkeiten in einer Gesellschaft.

Gerne wurde und wird die Mittelschicht als eine Art »Tugend-sphäre«, in der Werte wie Fleiß und Höflichkeit, Verantwortung, selbstbestimmtes Handeln, Bildung, Familie und emotionale Kontrolle gelten, beschrieben. Die Mitte geht eher in die Oper als in den Vergnügungspark und liest ein Buch, statt Fernsehen zu schauen. Diese Zuschreibungen haben selbst großen ideologischen Gehalt. Sie sollen zeigen, wer man ist, und noch viel mehr, wer die anderen sind. Die hier inszenierte Gruppe ist eine Mischung aus liberalem Wirtschafts- und akademischen BildungsbürgerInnentum. Von ihrem sozioökonomischen Status ist sie im Verhältnis jedoch nicht so groß, wie sie sich selbst macht. In Wirklichkeit kann man höchstens ein Fünftel der Bevölkerung einem solchen Begriff des BürgerInnentums zuordnen (Hradil/Schmidt 2007).

Jedenfalls stellt die Feststellung einer »Unterschicht« gesellschaftliche Realitäten richtig. Andererseits aber ist der Begriff der »Unterschicht« kein unschuldiger Begriff. Im Gegenteil: Er hat eine lange, diskriminierende Geschichte. Gunnar Myrdal sprach 1962

4. Wir sind alle Teil der Mittelschicht

zum ersten Mal von einer »underclass«. Er sah die gekündigten Arbeiter aussterbender Industrien in den USA an den sozialen Rand gedrängt. »Underclass« war bei Myrdal eine soziologische Kategorie – ohne moralisierende Beiklänge, ohne rassistische Untertöne und kulturelle Zuschreibungen. In den späten 1960er Jahren erfuhr der Begriff jedoch eine stigmatisierende Umdeutung. Er wurde zum einen von politischen und ökonomischen Eliten moralisch aufgeladen, um soziale Unterstützung für die untersten Einkommensschichten zu denunzieren und zu kürzen. Zum anderen griffen ihn Interessengruppen auf, um die schwarze BürgerInnenrechtsbewegung, die immer stärker (soziale) Rechte einforderte, zu delegitimieren. Am Schluss blieb vom soziologischen Begriff der »underclass« die Karikatur des »faulen Negers« übrig. SozialwissenschaftlerInnen versuchten eine empirische und realistische Beschreibung von der »underclass« zu retten und sprachen von »ghetto poor« oder von den »new urban poor«, aber die Sache war längst gelaufen.

Die Geschichte der Armutsdiskurse besteht seither in einem sich stets wiederholenden Prozess, bei dem die jeweilige soziale VerliererInnengruppe für ihre verschlechterte soziale Lage selbst verantwortlich gemacht, beschimpft und herabgewürdigt wird. In Deutschland tauchte der Begriff der »Unterschicht« nicht zufällig wieder während der Vorbereitung der Hartz-Reformen auf.

Soziale Ungleichheit als natürliche Ordnung

In diesem Zusammenhang ist ein Revival sozialdarwinistischer Argumentation in modernisierter Form zu beobachten. Wie in Fauna und Flora herrsche ein permanenter »Kampf ums Dasein«, in dem sich nur die Lebenstüchtigsten durchsetzen können. Die evolutionären Thesen Darwins werden im Sozialdarwinismus gesellschaftstheoretisch angepasst. Auch die menschliche Gesellschaft sei eine Arena, in der ein Kampf ums Dasein stattfindet, auch hier gewinnen nur die Tüchtigsten, welche die gesellschaftliche Entwicklung vorantreiben.

Soziale Ungleichheit, so die Botschaft des Sozialdarwinismus, hat nichts mit entstandenen Machtverhältnissen zu tun; sie darf auch nicht als Problem begriffen werden, sondern ist etwas ganz Natürliches. Arm und Reich sind nämlich nichts anderes als die gesellschaftliche Widerspiegelung der biologischen Ungleichheit von

Menschen. Eine praktische Ideologie für die, die wollen, dass alle Ungerechtigkeiten so bleiben, wie sie sind. Argumentiert wird dann mit schlechtem Charakter, kulturellem Verfall und Faulheit – natürlich der anderen. Diese Debatte ist kulturversessen und verhältnisvergessen (siehe Mythos 9). So wird Ungleichheit in Differenz verwandelt und Gesellschaft in »Kultur«. Wir reden über »Kultur«, um über die sozialen Verhältnisse zu schweigen.

Für Großbritannien beschreibt der Historiker Owen Jones (2012) in seinem Buch »Prolls« diese Geschichte der Verachtung von Einkommensarmen. In Österreich ist die Debatte lange noch nicht so vergiftet, aber auch hierzulande zeigen sich solche Symptome, wie die alte Idee aus dem Klassenfeudalismus, »Proleten« das Wahlrecht zu entziehen, verdeutlicht, gefunden in dem Buch »Prolokra- tie« des Journalisten Christian Ortner (2012).

Ergebnisse der Werteforschung zeigen, dass die kolportierte Vermutung, nur »ModernisierungsverliererInnen« würden dumpfe Ressentiments entwickeln, selbst nicht viel mehr als ein Vorurteil ist. Die Studien belegen, dass diejenigen besonders anfällig für Ideologien des Ausschlusses und der Ausgrenzung sind, die sich stark mit den herrschenden Werten Geld, Karriere und Erfolg identifizieren; diejenigen also, die das Leistungsprinzip verabsolutieren und die zwischenmenschlichen Beziehungen auf ihre Funktionalität für das Eigeninteresse reduzieren.

Diese ökonomistischen Einstellungen stehen im Zusammenhang mit der Abwertung von »Überflüssigen« und »Nutzlosen«. Dabei handelt es sich zunehmend um ein Elitenproblem. Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen ist etwa in Deutschland seit 2008 am stärksten bei den obersten Einkommenschichten gestiegen. Auch die Zunahme von Fremdenfeindlichkeit und die pauschale Abwertung von MuslimInnen ist vorrangig auf Personen mit hohem sozialem Status zurückzuführen. Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer (2011) spricht in diesem Zusammenhang von »elitär motivierter Menschenfeindlichkeit«. Ein »eiskalter Jargon der Verachtung« sei da entstanden, ein konsequent vorgetragener »Klassenkampf von oben«.

Auf einen Blick

- Reiche untertreiben ihren Reichtum gerne, während Mas-seneinkommen überschätzt werden.
- Der Mitte-Diskurs dient der Verschleierung sozialer Ungleich-heiten. Er bewirkt eine Blockbildung nach oben und eine Spaltung nach unten.
- Der Versuch, Reichtum und Armut mit Charaktereigen-schaften oder Lebensstilen zu erklären, hat nur einen Zweck: Ungleichheit und Ungerechtigkeit als »natürliche Ordnung« hinzustellen.

Literatur

- Dimmel, Nikolaus/Schenk, Martin/Stelzer-Orthofer, Christine (2014): Handbuch Armut in Österreich, Innsbruck/Wien/Bozen.
- Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010, Erste Ergebnisse für Österreich, www.hfcs.at/publikationen/dokumentation.html.
- Heitmeyer, Wilhelm (2011): Deutsche Zustände, Frankfurt a.M.
- Hradil, Stefan/Schmidt, Holger (2007): Angst und Chancen. Zur Lage der gesellschaftlichen Mitte aus soziologischer Sicht. In: Herbert Quandt-Stiftung (Hrsg.): Zwischen Erosion und Erneuerung. Die gesellschaftliche Mitte in Deutschland. Ein Lagebericht, Frankfurt, 189-202.
- Jones, Owen (2012): Prolls, Mainz.
- Köcher, Renate (2008): Aufstiegshoffnungen und Abstiegsängste. In: Volker Kauder, Ole von Beust (Hrsg.): Chancen für alle. Die Perspektive der Aufstiegs-gesellschaft, Freiburg, 36-44.
- OECD (2014): Society at a glance, Paris.

Das Eisenbahngleichnis

von Erich Kästner

Wir sitzen alle im gleichen Zug
und reisen quer durch die Zeit.
Wir sehen hinaus. Wir sahen genug.
Wir fahren alle im gleichen Zug
und keiner weiß, wie weit.

Ein Nachbar schläft; ein anderer klagt;
ein dritter redet viel.
Stationen werden angesagt.
Der Zug, der durch die Jahre jagt,
kommt niemals an sein Ziel.

Wir packen aus, wir packen ein.
Wir finden keinen Sinn.
Wo werden wir wohl morgen sein?
Der Schaffner schaut zur Tür herein
und lächelt vor sich hin.

Auch er weiß nicht, wohin er will.
Er schweigt und geht hinaus.
Da heult die Zugsirene schrill!
Der Zug fährt langsam und hält still.
Die Toten steigen aus.

Ein Kind steigt aus, die Mutter schreit
Die Toten stehen stumm
am Bahnsteig der Vergangenheit.
Der Zug fährt weiter, er jagt durch die Zeit,
und keiner weiß, warum.
Die erste Klasse ist fast leer.
Ein feister Herr sitzt stolz
im roten Plüsch und atmet schwer.
Er ist allein und spürt das sehr
Die Mehrheit sitzt auf Holz



Wir reisen alle im gleichen Zug
zur Gegenwart in spe.
Wir sehen hinaus. Wir sahen genug.
Wir sitzen alle im gleichen Zug
und viele im falschen Coupé.

Erich Kästner in: *Simplicissimus* vom 10.8.1931,
aus: Dr. Erich Kästners lyrische Hausapotheke
© Atrium Verlag Zürich 1936 und Thomas Kästner

5. Das soziale Netz reduziert die Ungleichheit stark



Die ungleiche Vermögensverteilung ist kein Problem, sondern schlicht Folge des dichten sozialen Netzes: Viele Menschen müssen nicht mehr sparen, da sie vom Staat mit Gemeindeförderung und Pension versorgt werden.

Tatsache ist:

Privatvermögen und Sozialleistungen sind nicht dasselbe – schließlich kann über letztere nicht frei verfügt werden.

Es ist eine Paradoxie der Verteilungsdiskussion: Diejenigen, die den Sozialstaat und die hohen Abgaben bei jeder Gelegenheit als »überbordend« kritisieren, führen neuerdings den Wohlfahrtsstaat als wesentlichen Faktor dafür an, warum Vermögensungleichheit gesellschaftlich eigentlich vernachlässigbar sei. Doch nicht der Sozialstaat sorgt für Ungleichheit, sondern die hohe Konzentration von Vermögen in den Händen von wenigen Reichen.

Der Sozialstaat heutiger Prägung ist ein Produkt der Nachkriegszeit – einer Zeit, die von hohen Steuersätzen und einer damit verbundenen starken Umverteilung gekennzeichnet war. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland hatten in dieser Periode zeitweise Spitzensteuersätze von 70 bis 95%. Zusätzlich waren die Nachkriegsjahre eine Epoche hoher Wachstumsraten. Diese Umstände ermöglichten in den Industriestaaten die Herausbildung von Mittelschichten, die auch in der Lage waren, Privatvermögen aufzubauen. Typischerweise verbunden bzw. gekennzeichnet ist diese »Vermögensbildung« mit dem Besitz eines Sparbuchs, eines PKWs und dem Wunsch nach einer Eigentumswohnung bzw. einem Einfamilienhaus. Der Vermögensforscher Thomas Piketty (2014) nennt diese Zeit eine historische Ausnahmesituation.

Die Erfüllung der genannten Wünsche ist in Deutschland und Österreich tatsächlich nur der »oberen Mittelschicht« geglückt. Ein durchschnittlicher Haushalt hält nach wie vor kein Eigentum an Immobilien. Wenn man sich die Daten zum Vermögen ansieht, gibt es im Gegensatz zum Einkommen nur eine ausgesprochen kleine

»Mittelschicht«. Insgesamt besitzt diese »neue« Vermögensmittelschicht etwa ein Viertel des gesamten privaten Vermögens.

Die Verteilung der Vermögen ist weiterhin extrem ungleich. Wie schon erwähnt, besitzen die reichsten 10% der Haushalte in vielen Staaten nahezu zwei Drittel des gesamten Privatvermögens. Bei den Einkommen ist die Verteilung bei weitem noch nicht so schief, wenn auch hier die Ungleichheit anstieg. Die reichsten 10% der Haushalte hielten 2010 in Österreich rund 20% der verfügbaren Einkommen.

Durch die Kapitalmarktliberalisierung und eine geänderte Steuerpolitik seit den 1980er Jahren, die KapitalbesitzerInnen gegenüber unselbständig Erwerbstätigen bevorzugt, ist nicht nur der Wohlfahrtsstaat unter Druck gekommen. Auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung leidet seither unter Nachfragemangel als Folge stagnierender Arbeitseinkommen. Das erfolgreiche Modell der Nachkriegszeit wurde also gebremst, die gemeinschaftliche Sicherungsfunktion und die Vorzüge des Wohlfahrtsstaats hinsichtlich seiner Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend infrage gestellt. Der Sozialstaat und seine BefürworterInnen wurden – und werden – für ihre »Vollkasko mentalität« kritisiert, mehr Eigenverantwortung und -vorsorge gefordert. Mehr oder weniger bewusst ausgeblendet wird in dieser Debatte, welche Bevölkerungsgruppen denn überhaupt die finanziellen Voraussetzungen haben bzw. hätten, sich in ausreichendem Maß gegen soziale Risiken wie Krankheit, Unfall und Alter »privat« abzusichern. Denn nicht zuletzt die über die letzten Jahre verfolgte (wirtschafts-)politische Agenda hat dazu geführt, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit stark angewachsen ist. Kapitaleinkommen wurden im Vergleich zu Arbeitseinkommen unverhältnismäßig begünstigt und Privatvermögen gewann so vielfach stärker an Bedeutung.

Im Gegensatz dazu wird der Wohlfahrtsstaat vielfach als »das Vermögen der kleinen Leute« bezeichnet und auch gegen entsprechende Angriffe verteidigt. Im Wohlfahrtsstaat übernimmt die Gemeinschaft eine Sicherungsfunktion, die ein/e Einzelne/r nicht selbst wahrnehmen kann. Jeder Abbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen bei einer gleichzeitig immer stärker zunehmenden Vermögenskonzentration lässt zwangsläufig eine Gerechtigkeitsdebatte darüber entstehen, wem denn diese Form der Umverteilung nützt und in-



wieweit diese für die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft zuträglich ist. Dies hat in der Debatte um Vermögensungleichheit – wie bereits zu Beginn des Beitrags erwähnt – dazu geführt, dass seitens einzelner WissenschaftlerInnen immer offensiver behauptet wird, Ansprüche aus der gesetzlichen Alterssicherung seien dem Privatvermögen zuzurechnen. Dadurch würde sich zeigen, dass die Vermögen gar nicht so ungleich verteilt seien, wie immer betont werde. Wie ist diese Behauptung zu bewerten?

Sind Pensionsansprüche Privatvermögen?

Im Rahmen umlagebasierter Renten- bzw. Pensionssicherungssysteme werden durch Einzahlungen in das Rentensystem Leistungsansprüche für den späteren Ruhestand erworben. Diese Forderungen können üblicherweise weder ausbezahlt, verkauft noch beliehen werden. Auch wenn Pensionsansparungen weit verbreitet sind, ist ihr privater Vermögenscharakter damit höchst zweifelhaft. Wer »privat« fürs Alter vorsorgt, also seine oder ihre Ersparnisse in eine Pensionskasse oder andere Formen privater Rentenvorsorge steckt, kann diese Ersparnisse hingegen zu Geld machen. Öffentliches Rentenvermögen hingegen kann nicht einfach zum Sachvermögen und zum Finanzvermögen addiert werden. Aus Pensionsansparungen können weder (weitere) Einkommen erzielt werden, noch besteht eine Nutzungsfunktion wie bei Immobilien. Auch die Vererbungsmöglichkeiten in Form von Hinterbliebenenrenten sind begrenzt. Vermögen, das nicht einfach zu Geld gemacht werden kann, ist konzeptuell etwas anderes.

Was passiert, wenn Alterssicherungsvermögen nun trotz dieser konzeptuellen Probleme in die Betrachtung der Vermögensverteilung einbezogen wird? Das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) errechnete 2010, dass sich dann der Gini-Koeffizient der Vermögensverteilung in Deutschland von 0,80 auf 0,64 reduzieren würde. Dabei gibt der Gini-Koeffizient als Verteilungsmaß an, dass bei einem Wert von 0 absolute Gleichheit herrscht. Das ist eine deutliche Reduktion, was bleibt, ist ein weiterhin sehr hohes Ungleichheitsniveau. Aber auch die Tatsache, dass hier verschiedene Eigentumstitel miteinander vermischt werden. Zudem ist die postulierte Reduktion der Ungleichheit eine unsichere Größe. Das DIW errechnete sein Ergebnis nämlich einfach auf Basis der durchschnittlichen Lebenserwartungen, getrennt nach Region und Geschlecht. Doch

bekanntlich ist die Lebenserwartung der ärmeren Menschen weit kürzer – in Deutschland beträgt der Unterschied bei Männern rund fünf Jahre. Dieses Faktum wirkt wiederum gegenläufig zu der statistisch vorgenommenen Ungleichheitsminderung und zeigt, dass die Einbeziehung des Sozialstaates in eine erweiterte Vermögensdefinition eine Vielzahl von Fragen aufwirft.

Vermögen erfüllt viele Funktionen

Die Debatte um die Vermögensfunktion des Sozialstaates führt die Vermögensdiskussion in eine Sackgasse. Vor allem deswegen, weil sie blind gegenüber dem Umstand macht, dass Privatvermögen nicht allein zur Absicherung sozialer Risiken dient. Vielmehr erfüllt Vermögen für die jeweiligen VermögensbesitzerInnen viele unterschiedliche Funktionen (siehe Abbildung 5.1).

Abb. 5.1: Je größer das Vermögen ist, desto höher ist meist auch die Zahl der Funktionen, die es zu erfüllen vermag



Quelle: Fessler/Mooslechner/Schürz 2012



Mit einigen Tausend Euro an Vermögen erhöhen sich die Möglichkeiten für einen Haushalt noch kaum. Mit einem mittleren Vermögen, z.B. einem Eigenheim, kann keine Macht ausgeübt werden. Sogar die Statusgewinne werden bescheiden ausfallen. Hingegen erfüllt ein großes Vermögen nicht mehr vorrangig die Sicherungsfunktion, denn diese kann bei Vermögenden auch meist über deren Einkommen gewährleistet werden.

Ein hohes Vermögen erhöht aber die Anzahl der Möglichkeiten im Leben: Die Wahl des Berufes, die Risikobereitschaft (eine mögliche Selbständigkeit), Weiterbildungsmöglichkeiten, Beratungsmöglichkeiten, Freizeit und vieles mehr werden davon beeinflusst.

Sicherungsfunktionen übernimmt primär das soziale Sicherungssystem. Nur in einem begrenzten Sinn können Ansprüche an die öffentliche Pensionsversicherung als Substitute für privates Vermögen angesehen werden. Sie schützen die Armen (etwa Mindestsicherungselement im österreichischen Rentensystem) und sind eine Notfalloption für Vermögende, die auch privat vorsorgen. Den Armen ihr Pensionsvermögen anzurechnen, damit sie statistisch nicht ganz so arm scheinen, hat ein gewagtes Moment: Denn die Probleme der Armen stellen sich stets drängend aktuell und die Hoffnung auf eine öffentliche Pension in unbekannter Höhe und womöglich weiter Ferne hilft bei deren Lösung wenig.

Die Anwartschaft auf eine Beamtenpension mag vielleicht den Status am Heiratsmarkt erhöhen und die Aussicht auf ein gesichertes Einkommen auch im Alter wird die Risikobereitschaft bei der Vermögensveranlagung steigern, doch die Pensionsanwartschaften bleiben trotzdem an der Schnittstelle zwischen privat und öffentlich angesiedelt. Nur in einer individualisierten Welt, in der es allein möglich ist, private Altersvorsorge zu treffen, wären sie eindeutig dem privaten Vermögen zuzurechnen.

Wichtig ist aber, bei Vergleichen der Vermögensausstattung von Haushalten auf unterschiedliche Rahmenbedingungen zu achten. Insbesondere Selbständige sorgen in vielfältiger Weise, etwa in Form von Lebensversicherungen und Immobilienvermögen, für das Alter vor. Ein höheres Nettovermögen bei Selbständigen verrät daher noch keine bessere Ressourcenausstattung als jenes eines/r pensionierten Beamten. Vergleiche zwischen Berufsgruppen sind konzeptuell heikel, weil sie über die gemessenen Vermögenswerte

hinausweisen und nach einer Einbeziehung anderer Elemente verlangen, etwa der Sicherheitsdimension.

Um Verteilung gesellschaftlich zu betrachten, muss das öffentliche Vermögen miteinbezogen werden. Denn für eine hohe Lebensqualität sind nicht nur die privat verfügbaren Ressourcen ausschlaggebend – auch die vom Staat gewährten Vorteile müssen berücksichtigt werden. Diese kommen aber auch den Reichen zugute: Der Staat gewährt ihnen zum Beispiel den Schutz des Eigentums. Daher darf nicht willkürlich beim Pensionsvermögen die Grenze gezogen werden, um ungleiche Verteilung ein wenig gleicherscheinen zu lassen. Gleichzeitig fällt von staatlicher Seite die Gesetzgebung oft eher zugunsten der Reichen aus: Denn meist zieht es PolitikerInnen nach ihrer Arbeitsphase in der Politik in den Finanzsektor – und sie werden nicht zu einkommensschwachen GemeindebaumieterInnen mit geringem Pensionsvermögen. Dementsprechend ist auch eher eine Solidarisierung mit Vermögenden in der Steuergesetzgebung zu vermuten.

Ist das Wohnrecht in einer Sozial- oder Gemeindewohnung dem »Vermögen« zuzurechnen?

Nicht weniger als bei Ansprüchen aus öffentlichen Pensionen ist auch die Einrechnung von Sozial- und Gemeindewohnungen in das Privatvermögen gewagt. Der Zugang zu Sozial- bzw. Gemeindewohnungen ist an bestimmte Voraussetzungen wie Einkommenshöhe und Bedarf gebunden. Im Gegensatz zu Privatvermögen, das hinsichtlich seiner Verwendung und Verwertung – insbesondere auch der Übertragung – an nur wenig gesetzliche Regelungen gebunden ist (es gilt der Schutz des Eigentums), ist die Verfügungsgewalt über Wohnraum in öffentlichem Eigentum großen Einschränkungen unterworfen. Die Übertragung von Wohnraum an Dritte – und damit die für Privatvermögen so bestimmende Weitergabe- und Machtfunktion – unterliegt im Falle von Gemeindewohnungen dem allgemeinen Mietrecht. Es ergeben sich damit keinerlei besondere Vorteile bzw. Möglichkeiten für den/die MieterIn hinsichtlich einer möglichen Übertragung bzw. Verwertung.



Macht- und Weitergabefunktion des Vermögens entscheidend

Erst an der Spitze der in Abbildung 5.1 veranschaulichten Pyramide der Vermögensfunktionen verbergen sich die demokratiepolitischen Probleme. Bei der Weitergabe- und Machtfunktion zeigt sich die Machtasymmetrie in der Gesellschaft. Die entscheidende gesellschaftliche Herausforderung ist die Vermögenskonzentration. Wenn einige wenige besonders viel Vermögen besitzen, sind diese besonders mächtig und können Entscheidungen stärker beeinflussen. Durch Pensionsvermögen kann diese Spitze der Pyramide jedoch nicht erreicht werden.

Gerade die starke Vermögenskonzentration selbst verhindert eine angemessene Debatte über Vermögenskonzentration – denn die Vermögenden besitzen die Macht, den Diskurs zu unterbinden. Ohne eine relativ egalitäre Vermögensverteilung werden letztlich die Reichen autonom über einen »Gerechtigkeitsbeitrag« bestimmen. Ohne Datentransparenz bleibt der Rest der Bevölkerung zwangsläufig bei einem unergiebigem Mutmaßen, was hierbei überhaupt angemessen wäre.

Die ruinösen Folgen der Vermögenskonzentration für die Gesellschaft sind kaum sichtbar, da bereits eine rudimentäre Thematisierung mit enormen Datenproblemen zu kämpfen hat. Daher bleibt das Meiste nebulös. Kritik an der Vermögenskonzentration und an der »Oligarchie in der Demokratie« (Winters 2014) mutet vorab verschwörungstheoretisch an.

Zu einer soliden Datenfundierung zu den Reichsten (in Österreich) scheint die Demokratie aber nicht mehr fähig. Das Bankgeheimnis in Österreich bleibt nach wie vor eine heilige Kuh. Langsam erodiert die Demokratie durch die faktische Unmöglichkeit von Chancengleichheit und die bescheidene Reichweite von Verteilungsdebatten. Die »Fassadendemokratie«, von der etwa der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas (2012) spricht, erlaubt zwar noch eine Vielzahl an Debatten zum Prozess des demokratischen Verfalls. Doch diese geraten nur wenig radikal, da sie das entscheidende Hindernis von Demokratie nicht benennen: Vermögenskonzentration.

Auf einen Blick

- Niemand wird durch Sozialleistungen reich.
- Staatliche Leistungen wie etwa Pensionen können weder verkauft, beliehen noch vorzeitig ausbezahlt werden. Dem Sozialstaat fehlen also die meisten Vermögensfunktionen.
- Privatvermögen dient nicht allein zur Absicherung sozialer Risiken, sondern bringt Statusgewinn, Handlungsfreiheit und Einfluss mit sich. Wer den Sozialstaat mit Privatvermögen gleichsetzt, blendet all das aus.
- Eine breite Debatte über die Folgen der Vermögensungleichheit ist für den Schutz der Demokratie zentral, leidet aber an mangelnder Transparenz und fehlenden Daten.

Literatur

- Arbeiterkammer Wien (2013): Die Verteilung von Vermögen in Österreich, http://wien.arbeiterkammer.at/service/studien/WirtschaftundPolitik/studien/Die_Verteilung_von_Vermoegen_in_Oesterreich.html.
- Bofinger, Peter/Habermas, Jürgen/Nida-Rümelin, Julian (2012): Einspruch gegen die Fassadendemokratie. In: Der Standard vom 13. August 2012.
- Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010, Erste Ergebnisse für Österreich, www.hfcs.at/publikationen/dokumentation.html.
- Frick, Joachim/Grabka, Markus (2010): Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen, Wochenbericht des DIW Berlin 3/2010, www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.345838.de/10-3-1.pdf.
- Max Planck Institut für demografische Forschung (9.10.2013): Alles nur Berechnung? www.demogr.mpg.de/de/news_presse/demografische_forschung_aus_erster_hand_1918/alles_nur_berechnung_3362.htm.
- Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.
- Schürz, Martin (2012): Ungleicher als gedacht. In: Zukunft 12 (2012), <http://diezukunft.at/?p=2609>.
- Winters, Jeffrey (2014): Oligarchy and Democracy in America, www.huffingtonpost.com/jeffrey-winters/oligarchy-and-democracy-i_b_5206368.html.

Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile

von Bernard Mandeville (Auszug)

So klagt denn nicht: für Tugend hat's
In großen Staaten nicht viel Platz.
Mit möglichstem Komfort zu leben,
Im Krieg zu glänzen und doch zu streben,
Von Lastern frei zu sein, wird nie
Was andres sein als Utopie.

Stolz, Luxus und Betrugerei
Muss sein, damit ein Volk gedeih.
Quält uns der Hunger oft auch grässlich,
Zum Leben ist er unerlässlich.
Stammt nicht des edlen Weines Saft
Von einem garstig dürren Schaft?

Der, wenn man ihn nicht sorgsam pflegt,
Bloß nutzlos wuchert und nichts trägt,
Doch dessen Frucht uns Lust bereitet,
Wenn man ihn bindet und beschneidet.
Genauso uns das Laster nutzt,
Wenn das Gesetz es kappt und stutzt,

Ja, ist so wenig aufzugeben
Für Völker, die nach Größe streben,
Wie Hunger ist, damit sie leben.
Mit Tugend bloß kommt man nicht weit;
Wer wünscht, dass eine goldene Zeit
Zurückkehrt, sollte nicht vergessen:
Man musste damals Eicheln essen.

6. Von vielen Reichen profitiert die ganze Gesellschaft



»Große Vermögen nützen der ganzen Gesellschaft, weil sie in einer Marktwirtschaft dort investiert werden, wo sie den meisten Ertrag – und damit allgemeine Wertschöpfung – bringen.« (Ulrich Schuh, Leiter des wirtschaftsnahen Instituts Eco Austria in einem Interview mit der Tageszeitung »Der Standard« vom 5.6.2014).

Tatsache ist:

Reiche stehlen sich häufig aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Wirklich reich ist eine Gesellschaft, wenn sie allen die gleichen Chancen bietet.

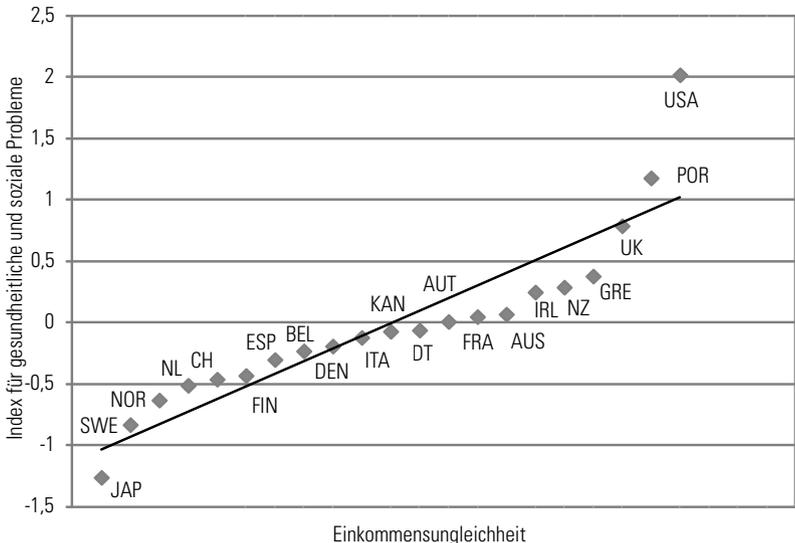
Mit dem Ökonomienobelpreisträger Amartya Sen (2000) lässt sich sagen, dass eine reiche Gesellschaft eine Gesellschaft ist, in der allen Gesellschaftsmitgliedern die gleichen Verwirklichungschancen (so genannte Capabilities) zu Verfügung stehen; sie also die Möglichkeit haben, »ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten, und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt«. Sen verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass solche Capabilities nicht rein als individuelle Potenziale (also über das Bildungsniveau oder den individuellen Gesundheitszustand) zu begreifen sind, sondern auch gesellschaftlich bedingt werden. Für ihn umfassen gesellschaftlich bedingte Chancen unter anderem ökonomische Chancen (etwa die Möglichkeit zur Integration in das Arbeitsleben oder die Garantie eines existenzsichernden Einkommens), sozialen und ökologischen Schutz, politische, soziale und kulturelle Partizipationschancen sowie Transparenzgarantien (im Sinne eines Schutzes vor Korruption). Zwischen den individuellen Potenzialen und den gesellschaftlich bedingten Chancen besteht seiner Meinung nach eine enge Wechselwirkung: Wenn eine Gesellschaft den Ausbau von gesellschaftlich bedingten Chancen vorantreibt, steigen auch die individuellen Capability-Potenziale. Umgekehrt sinken diese individuellen Potenziale in Gesellschaften, in denen wenig Wert auf soziale Chancen gelegt wird.



Eine hohe soziale Ungleichheit untergräbt die Verwirklichungschancen der einzelnen Gesellschaftsmitglieder und somit den Aufbau von reichen Gesellschaften. Dies konnten beispielsweise die beiden SozialepidemiologInnen Kate Pickett und Richard Wilkinson in ihrem Buch »The Spirit Level« (deutsch: Gleichheit ist Glück, 2010) empirisch nachweisen. Wilkinson und Pickett zeigen, dass etwa in Staaten mit hoher sozialer Ungleichheit das Gesundheitswesen schlechter ausgebaut ist und daher die Raten für Aids und Kindersterblichkeit höher sind. Das Ausmaß an Kriminalität und Suizidfällen korreliert ebenso mit dem Ausmaß sozialer Ungleichheit wie das durchschnittliche Bildungsniveau, die Lebenserwartung und die Chancen sozialer Mobilität.

Bei den von Wilkinson und Pickett untersuchten Ländern schneiden insbesondere die USA, Portugal und Großbritannien (als Län-

Abb. 6.1: Soziale Ungleichheit wirkt sich negativ auf gesundheitliche und soziale Probleme aus



Quelle: Wilkinson/Pickett 2010; der Index schließt folgende Aspekte ein: Lebenserwartung, Analphabetismus & mathematische Fähigkeiten, Kindersterblichkeit, Mordraten, Anzahl an Häftlingen, Schwangerschaften von Jugendlichen, Vertrauen, Fettleibigkeit, Ausmaß an psychischen Erkrankungen (inkl. Drogen- und Alkoholmissbrauch) und soziale Mobilität

der mit einer hohen sozialen Ungleichheit) schlecht ab hinsichtlich der gesellschaftlich bedingten Verwirklichungschancen ihrer Bevölkerungen (siehe Abbildung 6.1). Relativ gleiche Gesellschaften, wie etwa Schweden, Norwegen, Finnland oder die Niederlande, verzeichnen demgegenüber geringere soziale und gesundheitliche Probleme.

Dreieinhalb Kilometer

Der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Lebenserwartung kann auch anhand eines anderen plastischen Beispiels verdeutlicht werden: Laut dem österreichischen Armutsexperten Martin Schenk lässt sich anhand des Wohnbezirkes eines/r PatientIn ablesen, wann er oder sie sterben wird. Für Wien konstatiert er, dass die »dreieinhalb Kilometer Luftlinie oder vier Stationen mit der U-Bahn [die die BewohnerInnen des] 15. und [des] ersten Bezirkes trennen«, viereinhalb Jahren Unterschied in der Lebenserwartung entsprechen (Schenk 2010). Ähnliche Berechnungen wurden auch für andere Städte, wie etwa Glasgow – hier beträgt die Differenz in der Lebenserwartung sogar 28 Jahre! –, New York oder Paris angestellt.

Aus den theoretischen Überlegungen von Sen und den empirischen Ergebnissen von Wilkinson, Pickett und Schenk lässt sich also in einem ersten Schritt schlussfolgern, dass eine große soziale Ungleichheit dem Aufbau und der Stabilisierung einer reichen Gesellschaft entgegensteht.

Welche Rolle spielen nun reiche Individuen in diesem Zusammenhang? Können sie durch ihre Leistungen nicht den allgemeinen Wohlstand und das Wohlbefinden steigern? Nicht automatisch, denn der Wohlstand und das Wohlbefinden des Gros der Gesellschaftsmitglieder sind nicht abhängig von der Anzahl an Reichen in einer Gesellschaft, sondern von den in einer Gesellschaft verfolgten Politiken. Seit der neoliberalen Wende in den 1980er Jahren haben sich in vielen Staaten der Welt Politiken durchgesetzt, die eher darauf abzielen, individuellen Reichtum zu schützen, und Leistungen, die dem Durchschnitt der Bevölkerung zugutekommen würden, zu streichen.



Soziale Herkunft entscheidet noch immer

Wie in Mythos 1 und 2 gezeigt wird, ist individueller Reichtum höchst ungleich verteilt und hat wenig mit individueller Leistung, sondern viel mit sozialer Herkunft zu tun. Die Bedeutung, die soziale Herkunft für soziale Mobilität und Schließungsprozesse spielt, ist allerdings auch nicht in Stein gemeißelt, sondern kann durch gezielte Politiken der sozialen Öffnung und der Unterstützung schwächerer Gesellschaftsgruppen gesteuert werden. In einigen Ländern Europas (unter anderem in Österreich oder Deutschland) wurden solche Politiken in der Nachkriegszeit bis in die 1970er Jahre verfolgt. Gegenwärtig nimmt die Bedeutung sozialer Herkunft bei Erbschaft und Vermögen jedoch wieder zu.

Individueller Reichtum vergesellschaftet sich auch nicht automatisch. Den in der Wirtschaftstheorie postulierten und von WirtschaftsvertreterInnen (siehe die Aussage von Ulrich Schuh in diesem Mythos) immer wieder ins Feld geführten »Trickle Down«-Effekt gibt es so nicht. Die »Trickle Down«-Theorie basiert auf der Annahme, dass die Einnahmen von Vermögenden und SpitzenverdienerInnen durch Steuerentlastungen steigen. Reiche würden das zusätzlich verdiente Geld wieder investieren und damit das Wirtschaftswachstum weiter beleben. Dies käme schlussendlich auch der breiten Mitte der Gesellschaft zugute. Ein Indikator dafür, dass die »Trickle Down«-Theorie sich empirisch nicht bewahrheitet, ist die zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich: Laut den neuesten Daten der OECD verdienen die obersten 10% fast das Zehnfache dessen, was die untersten 10% erhalten. Vor 25 Jahren kamen die Reichsten nur auf etwa sieben Mal so viel. Das oberste eine Prozent besitzt mittlerweile auch rund 40% des gesamten Vermögens weltweit (OECD 2014). Auch bei dieser Entwicklung kommen politische Entscheidungen zum Tragen: Inwieweit Reichtum besteuert wird und versucht wird (unter anderem dadurch), gleiche Verwirklichungschancen für alle Gesellschaftsmitglieder zu ermöglichen, ist eine gesellschaftspolitische Frage.

Umverteilung als Ausgleich

Zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien können jedenfalls zeigen, dass Reiche sich nicht automatisch für das »Wohlergehen« der anderen Gesellschaftsmitglieder einsetzen. In vielen Fällen verhält es sich sogar eher umgekehrt: Ohne eine Politik der Umverteilung

und des sozialen Ausgleichs ziehen sich Reiche gerne aus ihrer »Verantwortung« der Gesellschaft gegenüber zurück.

Ein gutes Beispiel hierfür kommt aus der Stadtforschung und bezieht sich auf den (zunehmenden) sozialräumlichen Rückzug von Reichen in sozial homogene Stadtteilklaven. Insbesondere in den USA hat sich bei Reichen (und zunehmend auch bei der oberen Mittelschicht) das Phänomen des Lebens in »gated communities« durchgesetzt – das sind abgegrenzte und abgeschottete Wohnkomplexe, oft ausgestattet mit eigenen Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Supermärkten, in denen finanziell gut ausgestattete soziale Gruppen ein Leben »außerhalb« bzw. neben der übrigen Gesellschaft führen können.

In Europa ist der »Gating«-Trend zwar noch nicht so weit fortgeschritten wie in den USA, dennoch gibt es auch hier erste »gated communities«, wie etwa die Arkadien-Wohnsiedlung in Potsdam oder die Domaine du Loup-Siedlung bei Nizza (Cséfalvayab/Webster 2012).

Für die Soziologin Elena Vesselinov (2008) stellen »gated communities« eine spezifische Form der Segregation von oben dar. Mit dem Begriff der Segregation werden gemeinhin Prozesse der Verknüpfung von sozialer mit räumlicher Diskriminierung bezeichnet. Während die Segregation von unten jedoch einen Prozess der mehr oder weniger gezwungenen Exklusion aus der Gesellschaft darstellt, ist die Segregation von oben ein bewusster Akt der sozialen und räumlichen Abschottung. Die Folgen solcher Abschottungsprozesse durch Gating werden etwa im UN-Habitat Report von 2007 beschrieben; sie ähneln den empirischen Ergebnissen von Wilkinson und Pickett: »Gating [trägt zu einer] räumlichen und sozialen Fragmentierung von Städten bei, die zu einer verminderten Nutzung und Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes und einer zunehmenden sozioökonomischen Polarisierung führt. Gating [...] hat kontraintuitive Folgen, wie den Anstieg an Kriminalität und Angst.« (UN-Habitat 2007: 75) Es wird vielfach darauf verwiesen, dass Gating auch zu sozialer Desintegration beiträgt, da etwa reichere Gesellschaftsmitglieder durch das Leben in »gated communities« nicht mehr in Interaktion treten müssen mit ärmeren sozialen Schichten. »Gated communities« sind also ein Indikator dafür, dass Reiche in einer Gesellschaft nicht unbedingt zu allgemeinem Reichtum und Wohlstand beitragen, sondern eher



versuchen, diesen (und sich) vor den anderen Gesellschaftsmitgliedern zu verbergen.

Privatisierung der Vermögen, Sozialisierung der Verluste

Ein anderes Beispiel für den Rückzug von Reichen aus ihrer Verantwortung der Gesellschaft gegenüber zeigt sich anhand ihrer Bereitschaft, Teile ihres privaten Vermögens in öffentliche Leistungen zu überführen. Wie bereits in der Einleitung erwähnt wird, steht das private Vermögen immer in Wechselwirkung zu öffentlichen Leistungen: Wenn Reiche wirklich automatisch reichere Gesellschaften bewirken würden, so müsste der Anstieg an Reichen und Reichtum in einer Gesellschaft auch zu einer Erhöhung der öffentlichen Mittel beitragen. Allerdings beobachten wir in den letzten Jahrzehnten genau das Gegenteil: Vermögen wird immer mehr privatisiert, während gleichzeitig Verluste kollektiviert werden und in gesellschaftspolitisch wichtigen Bereichen, wie Bildung oder Sozialem, die Ausgaben gekürzt werden. Kleine Teile des privaten Vermögens werden zwar über Spenden (siehe Mythos 8) freiwillig der Gesellschaft zurückgegeben. Über privates Spendenverhalten lässt sich allerdings der Ausbau von gesellschaftlichen Verwirklichungschancen nur begrenzt ermöglichen, da Einzelförderungen nicht der Allgemeinheit zugutekommen, sondern nur (von den SpenderInnen) ausgewählte soziale Gruppen unterstützen. Gleichzeitig sind Spenden ein individueller Gnadentakt, hinter dem kein Rechtsanspruch steht. Diesen würde es aber brauchen, um Beständigkeit im Aufbau gesellschaftlicher Chancen zu ermöglichen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich reiche Gesellschaften also nicht über den Anteil von reichen Individuen bestimmen lassen. Im Gegenteil: In wirklich reichen Gesellschaften haben nicht einige wenige viel, sondern alle die gleichen Chancen. Reiche tragen auch nicht automatisch zum Aufbau reicher Gesellschaften bei, sondern ziehen sich häufig aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zurück.

Ist jede/r seines oder ihres Glückes SchmiedIn?

Aber warum ist dann der Mythos, dass ein Mehr an individuellem Reichtum den generellen Wohlstand einer Gesellschaft hebt und somit die Verwirklichungschancen Einzelner erhöht (»individueller Profit = gesellschaftlicher Fortschritt«), so weit verbreitet?

Dies fragt sich der Soziologe Zygmunt Bauman (2013) unter anderem in seinem kleinen Werk *Does the richness of the few benefit us all?* Bauman argumentiert, dass dahinter eine spezifische gesellschafts- und wirtschaftspolitische Ideologie (nämlich der Individualismus) steht, die seit den 1980er Jahren im politischen und medialen Diskurs hegemonial geworden ist. In der individualistischen Gesellschaftskonzeption herrscht die Ansicht vor, dass das Streben nach individuellem Profit zum allgemeinen Wohlstand beiträgt. Dies basiert auf der Vorstellung, dass die Chance auf Reichtum ein Motor der Wirtschaft und der Produktivität einer Gesellschaft sei und als Leistungsanreiz für die einzelnen Gesellschaftsmitglieder wirke. Individueller und gesellschaftlicher Wohlstand wird in dieser Vorstellung über die Marktkräfte geregelt; jede/r ist seines oder ihres eigenen Glückes Schmied. Dass Einzelne auf der Strecke bleiben, wird als ihr eigenes Versagen gedeutet. Der von Sen betonte Aspekt der gesellschaftlich bedingten Chancen wird in dieser Gesellschaftskonzeption also kaum beachtet. Auch bewusste Exit-Strategien von Reichen, wie die oben erwähnte sozialräumliche Segregation oder etwa Steuerflucht, stehen nicht im Zentrum der Analyse. Dementsprechend werden Spenden in dieser Gesellschaftskonzeption auch als »gute Tat« angesehen, statt als Pflicht des/der Einzelnen, der Gesellschaft, von der sie profitieren, etwas zurückzugeben.

Durch Dominanz dieser individualistischen Gesellschaftskonzeption können sich Mythen, wie »viele Reiche in einer Gesellschaft bewirken reiche Gesellschaften«, trotz empirischer Gegenbeweise weiterhin halten. Diese Ideologien stabilisieren in weiterer Folge die neoliberale Herrschaft. Die Frage ist nur, wie lange noch. Denn die Zunahme an sozialer Ungleichheit und ihren gesellschaftlichen Folgen ist ein Prozess, der eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt und die Kohäsion einer Gesellschaft darstellt, wie unter anderem Wilkinson und Pickett argumentieren. Einerseits, weil dieser Prozess an den Grundfesten von demokratischen Systemen rüttelt, die die gleichen Teilhabechancen für alle Gesellschaftsmitglieder versprechen. Andererseits, weil mit zunehmender sozialer Spaltung auch die sozialen Konflikte zunehmen. Seit Ausbruch der Krise treten etwa Verteilungskonflikte auch in Europa wieder vermehrt zutage und untergraben diese und andere neoliberale und individualistische Gesellschaftsmythen.



Auf einen Blick

- Die Qualität öffentlicher Angebote und die Teilhabemöglichkeiten aller Mitglieder machen eine Gesellschaft reich – nicht die Anzahl reicher Individuen. Soziale Ungleichheit und eine hohe Spaltung zwischen Arm und Reich verhindern die Verbesserung der Verwirklichungschancen.
- Die Vorstellung, dass Reiche einer Gesellschaft automatisch etwas Gutes tun, ist empirisch widerlegt.
- Ohne eine Politik des sozialen Ausgleichs stecken sich Reiche gerne aus ihrer Verantwortung der Gesellschaft gegenüber.

Literatur

- Bauman, Zygmunt (2013): *Does the Richness of the Few Benefit Us All?* New York.
- Cséfalvayab, Zoltán/Webstera, Chris (2012): *Gates or No Gates? A Cross-European Enquiry into the Driving Forces behind Gated Communities*. In: *Regional Studies* 46 (3), 293-308.
- Pickett, Kate/Wilkinson, Richard (2010): *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Berlin.
- Sen, Amartya (2000): *Ökonomie für den Menschen. Wege zur Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München/Wien.
- OECD (2014): *All on board. Make inclusive growth happen*. www.oecd.org/inclusive-growth/All-on-Board-Making-Inclusive-Growth-Happen.pdf.
- Schenk, Martin (2010): *Sage mir, wo du wohnst, und ich sage dir, wann du stirbst. Referat »Armut und Gesundheit. Ungleiche Chancen – von Anfang an«* in Innsbruck am 22.11.2010. www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=449&Itemid=6.
- UN-Habitat (2007): *Enhancing urban safety and security. Global report on human settlements 2007*, London.
- Vesselinov, Elena (2008): *Members Only: Gated Communities and Residential Segregation in Metropolitan U.S*. In: *Sociological Forum* 23 (3), 536-555.

Kurt Tucholsky
über die Weltwirtschaftskrise



Eine der schauerlichsten Folgen
der Arbeitslosigkeit ist wohl die,
dass Arbeit als Gnade vergeben wird.
Es ist wie im Kriege: wer die Butter hat,
wird frech.

Aus: Die Weltbühne vom 14.10.1930.

7. Reiche schaffen viele Arbeitsplätze



Ungleichheit wirkt positiv auf den Arbeitsmarkt: Als Nebeneffekt ihres Strebens nach Reichtum lassen die Vermögenden viele Millionen Arbeitsplätze entstehen.

Tatsache ist:

Die meisten Arbeitsplätze bieten Klein- und Mittelbetriebe, neue Jobs schaffen vor allem neue und junge Unternehmen.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein deutlicher Beweis dafür, dass Ungleichheit viele Arbeitsplätze vernichtet und das Entstehen neuer Arbeitsplätze erschwert. Selbst in wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten sind Arbeitsplätze in den Konzernen der Superreichen gefährdet – denn durch Rationalisierung und Mechanisierung kann der Profit noch gesteigert werden.

Wie werden Reiche reich?

Bei der Analyse der Frage, ob Reiche viele Arbeitsplätze schaffen, muss zunächst geklärt werden, wie es einige wenige denn überhaupt zu so enormen Vermögen gebracht haben. In Anbetracht der Höhe dieser Reichtümer ist es irrsinnig, von eigener Leistung zu sprechen. Die zwei zentralen Quellen sind viel eher Natur und Arbeit. Die Ausbeutung natürlicher Rohstoffe wie etwa landwirtschaftlicher Güter, Energieträger (z.B. Kohle und Erdöl) und Metalle hat großen gesellschaftlichen Wohlstand geschaffen – und viel Vermögen in den Händen einiger weniger. Viel ergiebiger (und nachhaltiger) ist jedoch die menschliche Arbeit. Sie ist zentraler Faktor für materiellen Wohlstand. Durch die Ausbeutung von Arbeitskraft hat es ein kleiner Teil der Bevölkerung zu enormen Profiten und Vermögen gebracht. Denn wenn sich nicht Millionen von Menschen finden würden, die täglich mehr Wert produzieren, als ihre Arbeitskraft kostet, hätte selbst die beste Idee nie eine/n UnternehmerIn reich gemacht.

Der Ursprung von Reichtum aus Arbeit und Natur ist heute oft verschleiert. Durch die Vererbung von Vermögen über Generationen wird die Quelle dieses Reichtums undurchsichtig. Die Anlage von Kapitalvermögen auf den Finanzmärkten und die großen Pro-



fite, die sich daraus erzielen lassen, vermitteln den Eindruck, dass sich das Geld von alleine vermehren würde. Doch jeder Kredit muss mit Privateinkommen, Steuereinnahmen oder Firmengewinnen zurückgezahlt werden, die alle durch Arbeit ermöglicht werden. Dividenden können bei Aktien nur ausbezahlt werden, wenn der Profit dafür erarbeitet wurde. Und Spekulationskapital ist auch nur Geld, das zu irgendeinem Zeitpunkt erarbeitet werden muss.

Schafft das Streben nach Reichtum Arbeitsplätze?

Es gibt viele Arten von Vermögen. Die Europäische Zentralbank unterscheidet Finanzvermögen (Girokonten, Spareinlagen, Versicherungen, Anleihen, Aktien etc.) und Sachvermögen (Immobilien, Unternehmenseigentum, Fahrzeuge und Wertgegenstände). Die meisten der genannten Vermögensarten haben nur indirekt mit der Schaffung von Arbeitsplätzen zu tun. Finanzvermögen ist notwendig, um Unternehmen über Kredite und Beteiligungen Kapital zur Verfügung zu stellen, das ihnen Investitionen und Wachstum ermöglicht.

Arbeitsplätze werden aber nur dann geschaffen, wenn die Wirtschaftslage günstig ist. Das Finanzvermögen kann zudem aus unterschiedlichsten Quellen stammen: von tausenden SparerInnen, einem Pensionsfonds oder von Superreichen. Entscheidend ist jedoch, wohin das Finanzvermögen fließt, und hier haben Reiche durchaus Einfluss auf die Entwicklung der Arbeitsplatzsituation. Denn sie investieren dort, wo es besonders profitabel ist – unabhängig von der Frage, wie viele Arbeitsplätze durch ihre Investition geschaffen werden.

Bei Sachvermögen sind Immobilien, Fahrzeuge und Wertgegenstände sicherlich keine Bereiche, in denen sehr Vermögende verhältnismäßig mehr Arbeitsplätze schaffen als der Rest der Bevölkerung. Der Fuhrpark der Gates und Buffetts dieser Welt ist im Vergleich zur Nachfrage der breiten Masse vernachlässigbar. Und für den Bau einer Luxusvilla werden auch nicht mehr ArbeiterInnen gebraucht als für die Errichtung eines Gemeindebaus.

Der direkteste Einfluss von Reichen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ist beim Besitz von oder der Beteiligung an Unternehmen zu erwarten. Hier spielen Superreiche tatsächlich eine entscheidende Rolle. Während diese Vermögensart bei den meisten österreichischen Haushalten kaum vorkommt, halten über zwei

Drittel der reichsten 5% Unternehmensbeteiligungen. Im Durchschnitt sind diese über 1,2 Millionen Euro wert.

Doch auch hier sind es nicht die Reichen, die Arbeitsplätze schaffen, es sind die Unternehmen als Organisationen mit ihren MitarbeiterInnen selbst. Zwar haben UnternehmenseigentümerInnen sicher einen Einfluss auf Personalentscheidungen, aber grundsätzlich unterliegt jedes Unternehmen der kapitalistischen Logik. In dieser zeigt sich der Einfluss der Reichen bzw. der ungleichen Verteilung von Vermögen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen deutlich. Denn das Streben nach Profiten steht hier ganz klar im Vordergrund – sei es bei Investitionen auf den Finanzmärkten oder bei direkten Unternehmensbeteiligungen. Unternehmen stehen daher weltweit unter dem Druck, hohe Renditen zu erzielen, um den Ansprüchen ihrer EigentümerInnen und/oder AktionärInnen zu genügen.

Am leichtesten und raschesten lässt sich der Profit durch Rationalisierung und Effizienzsteigerung erhöhen. Da Personalkosten einen großen Teil der Ausgabenseite eines Unternehmens ausmachen, ist das Sparpotenzial hier groß. Sehr oft fallen daher Arbeitsplätze dem Profitstreben zum Opfer. Diese unternehmerische Logik ist bei Firmen, die in direktem Besitz von Vermögenden sind, gleich wie bei Aktiengesellschaften. So hat etwa die Koenig & Bauer AG im Besitz der Familie Bolza-Schünemann erst Ende 2013 385 MitarbeiterInnen des Druckmaschinenherstellers KBA Mödling gekündigt. Der internationale IT-Konzern CISCO strich Mitte 2013 4.000 Stellen oder 5% der Belegschaft – trotz rekordhoher Gewinne.

Besonders erfolgreich bei der Erzielung von Profiten sind multinationale Großkonzerne, ein beliebtes Ziel der Reichen für ihre Finanzinvestitionen. Die Konzerne nutzen ihre Quasi-Monopolstellung, um Preise nach ihren Vorstellungen zu gestalten, sie spielen Regierungen auf der Suche nach günstigen Investitionsmöglichkeiten gegeneinander aus, sie zahlen dank Finanztricks kaum Steuern und produzieren dort, wo es am billigsten ist. Eine große Menge an Arbeitsplätzen kreieren sie dabei nicht. Obwohl sie für etwa zwei Drittel des Welthandels und etwa ein Viertel der Welt-Wertschöpfung verantwortlich sind, haben die multinationalen Großkonzerne nur etwa einen Anteil von 5% an den Arbeitsplätzen weltweit.



Die meisten Arbeitsplätze entfallen auf Klein- und Mittelbetriebe. In Österreich und anderen OECD-Ländern sind sie Arbeitgeber für rund zwei Drittel aller unselbständig und selbständig Beschäftigten. Wie die Studie eines ForscherInnenteam des National Bureau of Economic Research (Haltiwanger u.a. 2010), der größten unabhängigen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtung in den USA, zeigt, entstehen neue Arbeitsplätze vor allem in neuen und jungen Unternehmen. Dies gilt auch für die EU: Laut EU-Kommission wurden zwischen 2002 und 2010 85% aller neuen Arbeitsplätze von Klein- und Mittelbetrieben geschaffen – das waren netto (also abzüglich der verlorengegangenen Arbeitsplätze) durchschnittlich 1,1 Millionen Jobs pro Jahr.

Ungleichheit als Motivation?

Häufig wird zur Rechtfertigung einer ungleichen Verteilung das Argument geäußert, dass Ungleichheit ein wichtiger Anreiz sei, damit Menschen hart arbeiten und investieren. Die Aussicht, reicher zu werden als andere, würde dadurch zu einer höheren Produktivität führen, das Wirtschaftswachstum fördern und Arbeitsplätze schaffen. Davon würden im Endeffekt alle profitieren, auch die Armen. Die Ungleichheit zu reduzieren, schade daher mittel- und langfristig auch denjenigen, die im ersten Moment besser gestellt würden.

Dies ist eine einfache, verführerische Logik. Denn die ungleiche Verteilung von Vermögen wird problematisch, wenn die Unterschiede zwischen Arm und Reich als unüberwindbar wahrgenommen werden und ein kleiner Teil der Bevölkerung dauerhaft privilegiert wird. Menschen, die trotz harter Arbeit oder aufgrund mangelnder Arbeitsplätze keinen Wohlstand aufbauen können, werden dadurch entmutigt. Das gesellschaftliche Zugehörigkeitsgefühl nimmt ab, ebenso wie bei sehr reichen Menschen, die den Staat immer mehr als Hindernis wahrnehmen. Arbeitsanreize gehen so verloren und soziale Konflikte nehmen zu.

Reichtum als Gefahr für Arbeitsplätze?

Im Zusammenspiel mit liberalisierten Finanzmärkten birgt die hohe Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger die Gefahr, Arbeitsplätze und Wohlstand zu zerstören. Reiche können einen guten Teil ihres Finanzvermögens in spekulative und ri-

sikoreiche Produkte im Finanzsektor veranlassen, die eine wesentlich höhere Rendite in kürzerer Zeit versprechen als konservative Anlageformen.

Investitionen in die Realwirtschaft sind aufgrund ihrer geringen Rentabilität und langfristiger Bindung oft unattraktiver. Somit fehlt in diesem Bereich Kapital, das sich positiv auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze auswirken würde. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) betonte anlässlich ihrer europäischen Regionalkonferenz im April 2013 die strukturellen Missstände im globalisierten Finanzmarkt. Denn gerade dieser verhindert, dass kleine und mittlere Betriebe, die am ehesten Arbeitsplätze schaffen, einen ausreichenden Zugang zu Krediten haben.

Das Anwachsen hochprofitabler, aber auch hochriskanter Anlageformen hat noch weitere indirekte negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Angezogen von den guten Renditeaussichten fließt immer mehr Kapital in diese Bereiche, das so genannte Herdenverhalten setzt ein. Die Gefahr der Bildung von Finanzblasen nimmt dadurch zu, deren Platzen massiv negative Auswirkungen auf die Wirtschaft haben kann. Eindrucksvoll zu sehen ist dies anhand der Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2007 ausgebrochen ist.

Im Versuch, einen Dominoeffekt zu verhindern und den entstandenen Schaden zu minimieren, waren Regierungen weltweit gezwungen, den Finanzsektor mit öffentlichen Geldern in Milliardenhöhe zu sichern. Die Folge waren massive Einsparungsmaßnahmen. Soziale Ausgaben wurden reduziert und Personalkosten gesenkt. Trotz des öffentlichen Bemühens schwappte die Finanzkrise auf die Realwirtschaft über.

Die Arbeitslosenzahlen stiegen in Europa rasant von etwa 16 Millionen auf über 26 Millionen an. Die Zahl der in Armut lebenden Menschen nahm stetig zu und erreicht auch heute noch neue Rekordhöhen, trotz der EU-weiten Bestrebung, von 2010 bis 2020 mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut zu befreien. In Griechenland und Spanien vernichtet die Jugendarbeitslosigkeit sogar die Zukunft einer ganzen Generation: Jeder zweite Jugendliche findet dort keine Arbeit.

Die Verunsicherung in der Wirtschaft ist weiterhin hoch. Ungünstige Konjunkturprognosen halten Investitionen in die Realwirtschaft zurück. Der Zugang zu Krediten ist, trotz rekordniedri-



ger EZB-Leitzinsen, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen stark eingeschränkt. Mit einer baldigen Erholung am Arbeitsmarkt ist nicht zu rechnen.

Mehr Arbeit durch weniger Ungleichheit?

Die enorme Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen spielte bei der Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise eine wichtige Rolle. Aufseiten der Reichen führte das steigende Vermögen zu vermehrter Aktivität auf den Kapitalmärkten. Die andere Seite der Medaille waren ärmere Schichten, die sich trotz ihrer Arbeit immer weniger leisten konnten. Die Nachfrage und der Konsum als wichtige Säule der Wirtschaft waren damit in Gefahr. Die Reaktionen auf diese Situation waren je nach Land unterschiedlich. In den USA, Großbritannien und Spanien etwa konnte der Konsum dank massiver Kreditvergabe zunächst aufrechterhalten werden.

In Deutschland, Österreich und Japan wurde das Wirtschaftswachstum hingegen durch eine Zunahme der Exporte (etwa in die USA) gesichert, der Binnenkonsum schwächelte anhaltend. Während Unternehmen ihre Gewinne in dieser Phase massiv steigern konnten, gingen die Löhne real (also inflationsbereinigt) in fast allen OECD-Staaten zurück.

Langfristig sind beide Varianten nicht aufrechtzuerhalten. Ein System anhaltender lascher Kreditvergabe ohne ausreichende Absicherung muss irgendwann zusammenbrechen, wie dies in den USA bei den Hypothekenkrediten der Fall war – Ausgangspunkt der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise. Doch auch die Konsumzurückhaltung wie in Deutschland und Österreich ist gefährlich, denn sie mindert die Absatzmöglichkeiten von Unternehmen drastisch.

Eine Reduzierung der Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen hätte daher für eine Volkswirtschaft viele Vorteile. Untere Einkommensgruppen haben erwiesenermaßen eine höhere Konsumneigung als höhere Einkommensgruppen bzw. Reiche. Von jedem Euro, der ihnen zusätzlich zur Verfügung steht, geben sie deutlich mehr für Konsum aus. Bei gleichem gesamtgesellschaftlichem Wohlstand wäre so aufgrund der geringeren Ungleichheit die Nachfrage deutlich höher. Unternehmen könnten mehr produzieren, um diese zusätzliche Nachfrage zu befriedigen, und müssten neue Ar-

7. Reiche schaffen viele Arbeitsplätze

beitskräfte einstellen, um die zusätzlichen Aufträge zu bewältigen. Und natürlich würden so auch zusätzliche Gewinne anfallen.

Früh erkannt hat dies der US-amerikanische Großindustrielle Henry Ford. Er verdoppelte 1914 den Lohn seiner ArbeiterInnen, denn nur so konnte er ihre Kaufkraft steigern, um dadurch den Absatz massengefertigter Produkte, also auch seiner Autos, zu gewährleisten. In den 1930er Jahren hat schließlich Präsident Franklin D. Roosevelts massive Umverteilungspolitik im Rahmen des »New Deal« den Wiederaufschwung der amerikanischen Wirtschaft ermöglicht, die nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 auf dem Boden lag.

Qualität vor Quantität?

Wenn man von der Schaffung von Arbeitsplätzen spricht, darf nicht vergessen werden, dass es große Unterschiede zwischen einzelnen Jobs gibt. Zentrale Fragen sind dabei die Höhe der Entlohnung, die Arbeitsdauer und die Art des Arbeitsvertrages. Es kann keinesfalls als Selbstzweck dienen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, wenn diese dann von mieser Qualität sind und den betroffenen ArbeitnehmerInnen zwar die Existenzsicherung ermöglichen, aber keine ansprechende Lebensqualität. Zu denken sei im österreichischen Zusammenhang an den Anstieg der atypischen, prekären Arbeit (etwa Teilzeit oder Leiharbeit) und im internationalen Bezug an die Produktionshallen und Sweatshops in Billiglohnländern.

Neben der Qualität ist auch die Verteilung der Arbeit zu diskutieren. Während viele Menschen keine oder keine gute Arbeit finden, müssen (oder wollen) andere wöchentlich viele Überstunden leisten. Es gilt daher nicht nur neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern auch die vorhandene Arbeit umzuverteilen. In Anbetracht der zahlreichen technischen Fortschritte und Produktivitätsgewinne könnte zudem durch eine weitere Maßnahme die gesamtgesellschaftliche Lebensqualität gesteigert werden – durch die Verkürzung der gesamten Arbeitszeit.



Auf einen Blick

- Es gibt keinerlei empirischen Beleg dafür, dass eine ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen mehr Arbeitsplätze schaffen würde.
- Reiche schaffen keine Arbeitsplätze. Vielmehr entsteht ihr Reichtum erst durch die Ausbeutung von Arbeitskraft und Natur.
- Die Krise zeigt deutlich, dass Ungleichheit sogar Arbeitsplätze vernichtet: Zum einen flossen die Vermögen der Reichen in spekulative Geschäfte und lösten den Finanzcrash aus. In der Folge stürzten viele Menschen in die Arbeitslosigkeit. Zum anderen schädigten die nun schrumpfenden Einkommen der breiten Bevölkerung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage – was erneut Jobs kostet.

Literatur

Haltiwanger, John C./Jarmin, Ron S./Miranda, Javier (2010): Who creates jobs? Small vs. large vs. young. National Bureau of Economic Research, Cambridge, <http://www.nber.org/papers/w16300.pdf>.

Horn, Gustav/Dröge, Katharina/Sturn, Simon/van Treeck, Till/Zwiener, Rudolf (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III). Die Rolle der Ungleichheit. IMK Report Nr. 41, www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_41_2009.pdf.

Bürgerliche Wohltätigkeit

von Kurt Tucholsky

Sieh! Da steht das Erholungsheim
einer Aktiengesellschafts-Gruppe;
morgens gibt es Haferschleim
und abends Gerstensuppe.

Und die Arbeiter dürfen auch in den Park ...

Gut. Das ist der Pfennig.

Aber wo ist die Mark –?

Sie reichen euch manche Almosen hin
unter christlichen frommen Gebeten;
sie pflegen die leidende Wöchnerin,
denn sie brauchen ja die Proleten.

Sie liefern auch einen Armensarg ...

Das ist der Pfennig. Aber wo ist die Mark –?

Die Mark ist tausend- und tausendfach
in fremde Taschen geflossen;
die Dividende hat mit viel Krach
der Aufsichtsrat beschlossen.

Für euch die Brühe. Für sie das Mark.

Für euch der Pfennig. Für sie die Mark.

Proleten!

Fallt nicht auf den Schwindel rein!

Sie schulden euch mehr als sie geben.

Sie schulden euch alles! Die Länderein,
die Bergwerke und die Wollfärberein ...
sie schulden euch Glück und Leben.

Nimm, was du kriegst. Aber pfeif auf den
Quark.

Denk an deine Klasse! Und die mach stark!

Für dich der Pfennig! Für dich die Mark!

Kämpfe –!

8. Niemand ist so wohl­tätig wie die Reichen



Red Bull-Chef Dietrich Mateschitz hat 70, Ex-Pharmaunternehmer Peter Bertalanffy 10 Millionen Euro gespendet – und Bill Gates und Warren Buffett verschenken sogar die Hälfte ihres Vermögens. Für Reiche ist es seit jeher Pflicht und Verantwortung, sich für die Gesellschaft einzusetzen; und sie tun es meist still und diskret. Daher brauchen wir keine Vermögenssteuern, um die Reichen nochmals zur Kasse zu bitten.

Tatsache ist:

Die Gnade einzelner Reicher ist kein Ersatz für soziale Rechte.

Reiche Menschen spenden. Jedenfalls manche von ihnen. Sie spenden aus verschiedensten Gründen und für unterschiedliche Zwecke. Einige von ihnen tun es öffentlichkeitswirksam, andere wollen dabei anonym bleiben. Grundsätzlich spricht nichts dagegen, dass Menschen spenden, somit auch nichts, wenn Reiche spenden. Problematisch wird es allerdings, wenn Spenden zur Ausübung von Macht verwendet werden, zur Legitimation von Ungleichheit und ungerechter Besteuerung, oder wenn die Spendentätigkeit aus Leistungen mit Rechtsanspruch Almosen macht.

Spenden als Ausübung von Macht

Spenden sind per Definition freiwillige, uneigennützige Zuwendungen, für die keine Art von Gegenleistung besteht. De facto ist die Vergabe von finanziellen Mitteln oft aber sehr wohl mit Gegenleistungen verbunden, vor allem, wenn es sich um große Geldbeträge handelt. Großspenden haben in Österreich bis vor wenigen Jahren im Vergleich zu anderen Ländern eine relativ geringe Rolle gespielt. Im Zusammenhang mit den enormen Vermögensbeständen, die nach dem Zweiten Weltkrieg angehäuft wurden und deren Übertragung in den nächsten Jahren ansteht, zeigt sich jedoch eine steigende Tendenz. Darüber hinaus nehmen neben traditionellen Geldspenden auch gemeinnützige Erbschaften oder Stiftungsgründungen zu. Aber auch neuere Formen des philanthropischen Engagements, die sich teilweise durch den Begriff *Phi-*



lantrokapitalismus zusammenfassen lassen, gewinnen an Bedeutung. Hier geben die SpenderInnen nicht nur Geld her, sondern bringen sich auch persönlich, mit ihrer beruflichen Erfahrung, ihrem Know-how, ihren Managementfähigkeiten und ihren Netzwerken ein. Konkret heißt das, dass Spendende nicht nur mitentscheiden möchten, wofür und wie die Mittel verwendet werden, sondern auch, welche inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt werden, mit welchen Partnern kooperiert wird und von wem welche Dienstleistungen bezogen werden. Damit kommen die SpenderInnen ihren persönlichen Interessen nach. Sie pflegen und stärken ihre eigenen Netzwerke und erzielen damit für sich selbst sowie für ihr Netzwerk Vorteile, auch wirtschaftliche. Durch solche Vorgehensweisen werden Spenden instrumentalisiert, um Macht und Einfluss auszuüben.

Den so genannten wohlthätigen Reichen wird dadurch eine Entscheidungsmacht zuteil, die nicht unbedingt ihrer sozialplanerischen Kompetenz entspricht. Das belegen auch die von Reichen selbst angeführten Faktoren, die ausschlaggebend für ihr Engagement bzw. für die Wahl eines bestimmten Projektes sind. Wie Breeze und Lloyd (2013) in ihrem Buch »Richer Lives: Why Rich People Give« beschreiben, sind dies bestehende persönliche Kontakte und Beziehungen, um sich einen Zugang zu bestimmten Kreisen zu verschaffen, Gestaltungsmöglichkeiten zu haben und die eigene Selbstverwirklichung zu ermöglichen. Reiche vergeben Spenden somit sehr willkürlich, zufällig, unsystematisch, an wen sie gerade möchten.

Dennoch vermitteln wohlthätige MäzenInnen den Eindruck, genau zu wissen, was gut für die Gesellschaft ist, und wo, wie, was genau zu tun ist. Hinter diesem Handlungsansatz steht der Leitgedanke, dass die Summe der individuellen, von Eigeninteressen geleiteten Handlungen, hier Spenden, die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt maximiert. Beispiele wie das Herdenverhalten auf Finanzmärkten oder die Verwahrlosung der britischen Bahninfrastruktur im Zuge der Privatisierung in den 1990er Jahren zeigen, dass dies bei weitem nicht notwendigerweise der Fall ist. Das wirft die Frage nach der übergeordneten Koordination auf: Wie sind einzelne, »wohlthätige« Angebote aufeinander sowie mit den bestehenden Angeboten abgestimmt, wo gibt es Lücken, was ist dringlich, was ist langfristig erforderlich? Der individuelle, dezen-

trale Ansatz steht unter dem Verdacht, kurzfristig erfolgversprechende Initiativen zu starten, schillernde Themen abzudecken und sich die Rosinen aus den sozialpolitischen Problemfeldern herauszupicken, etwa die gut vermittelbaren Arbeitslosen oder die gut betuchten SeniorInnen. Oder aber das Geld in Projekte zu stecken, deren Wohl für die gesamte Gesellschaft fraglich ist.

Die Macht, die aufgrund der Abhängigkeit der spendenempfangenden Organisationen oder Individuen besteht, kann aber auch auf andere Weise missbraucht werden. Etwa, um sich einen Marktzugang zu einem bestimmten Bereich zu verschaffen, der sonst nur schwer zu erschließen wäre. Beispielsweise spendet Frau S. als Privatperson an den Verein X, aber mit der Auflage, dass der Verein X bei einem Unternehmen, an dem Frau S. selbst oder Bekannte von Frau S. beteiligt sind, eine Evaluierung, eine Beratungsleistung oder eine bestimmte Marke einer landwirtschaftlichen Maschine einkauft. Das ist eine Praxis, die auch in der Entwicklungszusammenarbeit häufig kritisiert wird.

Weniger offensichtlich ist der Missbrauch, wenn mit Spenden »KundInnenbindung« betrieben wird. Ein Beispiel dafür ist ein Mobilfunkanbieter, der benachteiligten Jugendlichen kostenlos Internetzugang und Mobiltelefone zur Verfügung stellt, um künftige KundInnen heranzuziehen. Gerade wenn es sich um Spenden von Unternehmen handelt – Bill Gates etwa stellte öffentlichen Bibliotheken in den USA kostenlos Computer zur Verfügung (interessant zu wissen wäre, welche Software darauf gespielt werden durfte) –, wäre es fast naiv, davon auszugehen, dass deren wohl­­tätiges Engagement bzw. die Aktivitäten der jeweiligen Corporate Social Responsibility-Abteilungen anderen als kapitalistischen, gewinnorientierten Prinzipien folgen.

Spenden zur Legitimation von Ungleichheit

Neben den oben angesprochenen Gründen, warum Reiche spenden, spielt das Prestige des unterstützten Projektes ebenfalls eine große Rolle. Insbesondere in den USA und Großbritannien ist es üblich, dass sich wohlhabende Menschen vor allem im Bildungs- sowie im Kunst- und Kulturbereich engagieren. Spenden erfüllen hier die Funktion, einen sozialen Status zu demonstrieren und die Zugehörigkeit zu einer elitären Gruppe festzulegen. Während Reiche, die spenden, um Einfluss und Macht auszuüben, eher an-



onym bleiben wollen, geht es hier um öffentliches, medienwirksames Spenden.

Öffentlich gespendet wird auch, um sich ein schillerndes Denkmal zu setzen und der Nachwelt in positivem Licht erhalten zu bleiben. Mit großzügigen und medial gut begleiteten Spenden sollen manchmal aber auch dunkle Seiten der eigenen Biografie oder negative Schlagzeilen übertüncht werden. Unter diesem Verdacht stehen die weltweit großzügigsten Reichen: Bill Gates und Warren Buffett. Gates geriet mit Monopolvorwürfen für Microsoft in die Schlagzeilen, Buffett war mit Vorwürfen und Ermittlungen der US-amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde konfrontiert. Auch die als Begründer der modernen Philanthropie geltenden Mäzene, der Stahlmagnat Carnegie und der Ölunternehmer Rockefeller, arbeiteten mit Geschäftsmethoden, die bis heute extrem umstritten sind. Und bereits in der Bibel finden sich Beispiele dafür, dass Reiche großzügig spenden, um ihr Gewissen zu beruhigen und um der Gesellschaft etwas zurückzugeben, weil sie ihr Vermögen nicht legal erworben haben. So gelobte der Oberste Zöllner Zachäus, der sich im Rahmen seiner Tätigkeit unrechtmäßig bereichert hatte, »die Hälfte seines Besitzes an die Armen zu geben sowie geraubtes Gut vierfach zu erstatten« (Lk 19, 1-10).

Wenn Reiche und Superreiche ihre Spenden und ihr soziales Engagement publik machen, trägt das dazu bei, den eigenen, individuellen Reichtum zu rechtfertigen. Darüber hinaus spielen öffentliche Spenden auch in Bezug auf die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber Reichtum generell eine Rolle. Gerade wenn die Distanz zwischen Arm und Reich groß ist, erhöhen großzügige Spenden wohlhabender Personen die gesellschaftliche Akzeptanz von Reichtum und Reichen an sich.

Wenn es Reichen gelingt, deutlich zu machen, wie sehr sie um das gesellschaftliche Wohl bemüht sind, können sie von den Rahmenbedingungen, die das Anhäufen eines solchen Reichtums ermöglicht haben, ablenken. Dabei verdecken sie auch fragwürdige Geschäftsmethoden oder gesetzliche Regelungen, die eine solche Kluft zwischen Armen und Reichen erst hervorgebracht haben. Im weitesten Sinn tragen Spenden dadurch zur allgemeinen Akzeptanz der Marktwirtschaft und der gegenwärtigen Machtverhältnisse bei. Sie legitimieren also die bestehende Ungleichheit. Anstatt zu fragen, wo das Geld herkommt – auch um die Spendenden nicht

zu vergraulen –, wird die Aufmerksamkeit auf die guten Taten gelenkt. Der Vermögensforscher Druyen (2009: 202), der wohltätiges Engagement von Reichen in höchsten Tönen lobt, schreibt dazu: Großzügige Spenden wohlhabender Personen »relativier[en] ... das Problem ungleich verteilter Ressourcen, weil sich Reichtum durch die Wohlfahrtsorientierung Vermögenger nicht mehr einfach als egoistische Ansammlung von Ressourcen definieren lässt, die der Gesellschaft entzogen werden, sondern als eine Anhäufung von Ressourcen, die in die Gesellschaft zurückfließen.«

Kann diese Sichtweise vermittelt werden, so wird die Diskussion über ein gerechteres Steuersystem maßgeblich erschwert: Warum denn noch Vermögenssteuern zahlen, wenn ohnehin so viel gespendet wird? Gegen Spenden per se ist nichts einzuwenden, wenn sie aber als Argumente gegen eine gerechtere Besteuerung verwendet werden, sehr wohl. Nur ein minimaler Teil des angesammelten Vermögens fließt tatsächlich in die Gesellschaft zurück.

Zudem handelt es sich bei Spendengeldern durchaus um Ressourcen, die der Gesellschaft auf dem einen oder anderen – legalen oder illegalen – Weg entzogen worden sind. So stammen die großzügigen Spenden, die Uli Hoeneß getätigt hat, bekanntermaßen aus seinem Vermögen, das dank Steuerhinterziehung angewachsen ist.

Universelle Leistungen mit Rechtsanspruch oder Almosen?

Seitens der Politik wird privates, wohltätiges Engagement wohlwollend aufgenommen und kräftig gefördert. So sind private Spenden in fast allen europäischen Staaten – bis auf Finnland – steuerlich absetzbar. Damit wird ein Ausfall an Steuereinnahmen hingenommen. In Österreich belief sich dieser auf etwa 25 Millionen Euro im Jahr 2009. Aufgrund der progressiven Besteuerung macht die steuerliche Absetzbarkeit vor allem das Spenden für Menschen mit höheren Einkommen attraktiv. Durch die finanziellen Anreize für Spenden suggeriert die Politik mitunter, dass wohlhabende Menschen besser mit Geld umgehen können als öffentliche Institutionen oder weniger betuchte Personen.

Öffentliche Leistungen oder Leistungen von gemeinnützigen Institutionen laufen somit Gefahr, an Legitimation zu verlieren. So hat beispielsweise die Weltbank Überlegungen angeregt, den Bereich der staatlichen Entwicklungshilfe durch ein professionelles, privates



Stiftungswesen zu ersetzen. Argumentiert wurde, dass »durch das private Stiftungswesen private Gelder sinnvoller verteilt und das unternehmerische Denken der StifterInnen fruchtbarer gemacht werden könnte«. Ausschlaggebend dafür waren die »positiven Entwicklungen, die Bill Gates' Engagement gegen Malaria, Aids und Tuberkulose hervorgebracht haben« (Brenner 2011).

Die Etablierung von Social Impact Bonds (SIBs) geht in eine ähnliche Richtung. SIBs sollen laut aktuellem Regierungsprogramm für Österreich (2013) eingesetzt werden, »um innovative Ansätze in der Sozialpolitik zu erproben und neue Finanzierungsquellen für NGO-Projekte zu gesellschaftlichen Problemfeldern« zu erschließen. Mittels SIBs finanzieren gemeinnützige Stiftungen Projekte. Wird durch deren (nachweislich messbare) Wirkung eine Ersparnis für die öffentliche Hand nachgewiesen, refundiert diese der gemeinnützigen Stiftung die Investition und führt das Projekt weiter. Anstatt von Spenden wird hierbei von Investitionen und von einer sozialen und/oder finanziellen Rendite gesprochen, die das eingesetzte Kapital abwerfen soll. Problematisch ist in diesem Zusammenhang zum einen die Tendenz hin zu einer durchgängigen Quantifizierung sozialer und gesellschaftlicher Phänomene. Zum anderen ist unklar, warum hier finanzielle Mittel von Privaten eingesetzt werden, wenn die Kapitalkosten – jedenfalls gegenwärtig – unter den im Erfolgsfall zu bezahlenden Renditen an die InvestorInnen liegen.

Wie soziale Dienstleistungen in einem Staat finanziert werden, kann diskutiert werden. Zentral ist aber, dass die Erwartungen, die an einen universellen Wohlfahrtsstaat gerichtet sind, dadurch nicht vernachlässigt werden. Dabei geht es um die Art, die Qualität und Quantität der angebotenen Leistungen, vor allem aber darum, ob auf die Leistungen ein rechtlicher, staatlich garantierter, einklagbarer Anspruch besteht. Insbesondere in diesem Punkt unterscheidet sich die sozialstaatliche Ausgestaltung der USA von jener in den meisten europäischen Staaten. Während in Westeuropa tendenziell egalitäre Wohlfahrtsregime mit umfassenden sozialen Sicherungssystemen vorzufinden sind, haben die Vereinigten Staaten von Amerika ein sehr liberales Wohlfahrtsystem mit relativ wenigen staatlichen Eingriffen und einem vergleichsweise geringen Anteil an Sozialausgaben. Soziale Rechte und universelle Leistungen, die eine Grundabsicherung garantieren würden und einklag-

bar sind, sind in den USA weniger ausgeprägt. Die Freiheit jedes und jeder Einzelnen und freiwillige Spenden werden hochgehalten; Spenden stellen sogar einen wesentlichen Teil der gesellschaftlichen Norm dar. Allerdings gibt es auf sie keinen Rechtsanspruch, sie hängen vom Wohlwollen der Spendenden ab – was Abhängigkeit und damit eine ungleiche Machtbeziehung impliziert. Welches der beiden Wohlfahrtssysteme jeweils vorherrscht, hängt davon ab, was die Erwartungen an die Rolle des Staates sind – und dabei vor allem davon, wer den Diskurs bestimmt und die Meinungsführerschaft übernimmt.

Die Reichweite von Spenden

Auch wenn in Österreich fast zwei Drittel der Bevölkerung Geld spenden und einzelne Reiche enorm hohe Beträge für Universitäten oder Forschungszentren aufbringen – im Vergleich zu den bestehenden Vermögen ist der tatsächliche Betrag, der als Spenden an die Gesellschaft zurückfließt, marginal. Das Gesamtspendenvolumen, das sich aus Privat- und Unternehmensspenden sowie Stiftungsausschüttungen zusammensetzt, beträgt etwa 600 Millionen Euro pro Jahr. In Relation zum Gesamtvermögen aller privaten Haushalte machen Spenden nicht einmal 0,05% des Vermögens aus. Stellt man einen Vergleich mit den öffentlichen Ausgaben für Soziales an, für die jährlich etwa 90 Milliarden Euro aufgewendet werden, so machen Spenden nur etwa 0,7% der gesamten Sozialausgaben aus.

Für Deutschland und die Schweiz – die ähnlich wie Österreich einen relativ gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat haben – liegen die entsprechenden Relationen bei 0,6% und 1,4%. Spenden stellen somit eine nette Ergänzung zu den staatlichen Sozialausgaben dar, machen aber bloß einen Tropfen auf den heißen Stein aus. In den USA spielen Spenden dagegen, wie bereits erwähnt, eine viel größere Rolle. Dort beträgt das Spendenvolumen rund 12,9% der staatlichen Ausgaben für Soziales – also ein Vielfaches mehr als in Österreich. Allerdings schaffen es diese Spenden nicht, die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen in den USA zu verringern. Ganz im Gegenteil: Die USA weisen eine viel größere Kluft zwischen Arm und Reich auf als Österreich. Der Gini-Koeffizient, der umso näher bei 1 liegt, je stärker die Ungleichheit ist, beträgt für Österreich etwa 0,26 und für die USA 0,38.



Ob eine Gesellschaft einen sozialen Ausgleich schafft oder nicht, hängt somit keinesfalls vom philanthropischen Engagement Einzelner oder Vieler ab, sondern von der Ausgestaltung des Wohlfahrtssystems, bzw. viel grundlegender, der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an sich. Dazu zählen neben rechtlichen Rahmenbedingungen sowie dem Steuer- und Abgabensystem die öffentlich zur Verfügung gestellte Infrastruktur sowie die Regelung des Zugangs zu dieser: je universeller, desto egalitärer. Einzelne, sporadisch gesäte wohltätige Handlungen sind vielleicht schön, aber nicht in der Lage, gesamt-gesellschaftlich erwünschte Effekte zu erzielen. Spenden an sich haben einen ergänzenden Effekt im gesamten Wohlfahrtsgefüge – der im Idealfall nicht mehr notwendig sein sollte.

Auf einen Blick

- Inwiefern wohltätiges Engagement aus der Sicht gesellschaftlicher Bedürfnisse sinnvoll ist, darüber lässt sich in Anbetracht der bevorzugten Spendenziele Reicher streiten.
- Mit der Vergabe großer Spendenbeträge ist enorme Macht verbunden. Je mehr eine Gesellschaft auf Spenden setzt, umso mehr Einfluss gibt sie an einen exklusiven Klub von MilliardärInnen ab.
- Eine wesentliche Motivation hinter dem wohltätigen Engagement von Vermögenden ist die Legitimation ihres Reichtums.
- Ob eine Gesellschaft einen sozialen Ausgleich schafft, hängt nicht vom philanthropischen Engagement, sondern von der Ausgestaltung des Wohlfahrtssystems ab.

Literatur

- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hrsg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland – Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- Breeze, Beth/Lloyd, Teresa (2013): Richer Lives. Why rich people give. London.
- Brenner, Daniel (2011): Unternehmerisches Engagement: Beispiele gelebter Vermögenskultur durch Superreiche. In: Druyen, Thomas

von (Hrsg.): Vermögenskultur. Verantwortung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden: 113-130.

Druyen, Thomas von/Lauterbach, Wolfgang/Grundmann, Matthias (Hrsg.) (2009): Reichtum und Vermögen. Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Reichtums- und Vermögensforschung, Wiesbaden.

Ostrower, Francie (1995): *Why the Wealthy Give. The Culture of Elite Philanthropy*, Princeton/New Jersey.

Vamstad, Johan/ Essen, Johan von (2012): Charitable Giving in a Universal Welfare State – Charity and Social Rights in Sweden. In: *Non-profit and Voluntary Sector Quarterly* 23 (4), 1173-1188.

Kurt Tucholsky über die Weltwirtschaftskrise 1931

Und geht's gut, so ist der Kapitalist ein tüchtiger Kerl, auch zeigt dies, dass die Wirtschaft nicht auf private Initiative verzichten kann.

Geht's aber schief, so ist das ein elementares Ereignis, für das natürlich nicht der Nutznießer der guten Zeiten, sondern die Allgemeinheit zu haften hat.

Wirf den Bankier, wie du willst: er fällt immer auf dein Geld.

9. Reiche können besser mit Geld umgehen als der Staat



Kreative und innovative UnternehmerInnen braucht das Land! Sie sind unerlässlich für die Steigerung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit. Denn: Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut. Staatliche Umverteilung schadet mehr, als sie nützt.

Tatsache ist:

Ohne Staat würde kein Markt funktionieren, also auch niemand reich werden können.

Erfolgreiche UnternehmerInnen: Kraft ihrer Ideen, ihrer Beharrlichkeit, ihres Fleißes und ihrer Risikobereitschaft kommen sie zu Reichtum und Macht, verändern dabei die Welt und verbessern unser aller Leben. Mark Zuckerberg (Facebook) ist der Francis Drake des 21. Jahrhunderts. Steve Jobs (Apple), der in seiner Garage den ersten PC zusammenschraubte, hat die Stellung eines Heiligen übernommen. Und falls Elon Musk, dessen Firma Tesla Elektroautos baut, tatsächlich den internationalen Automarkt aufrollt, wird er vermutlich zum Messias erklärt. Zuckerberg, Jobs und Musk sind Ausdruck eines Mythos: Reichtum wird lediglich als äußeres Zeichen einer gesellschaftlichen Mission wahrgenommen. Jobs und Musk stellen den »amerikanischen Traum« dar, der seinerseits die verweltlichte Variante calvinistischer Heilslehre ausdrückt: Reichtum und Fleiß als Zeichen göttlicher Gnade. Verweltlicht ist dabei aber mit Vorsicht zu genießen. Wenn man sich die Legenden rund um Steve Jobs ansieht, oder die Schlangen begeisterter Gläubiger, die zu Lebzeiten des Meisters die Ankunft des neuen iPhones erwarteten, dann ist eine Sakralisierung nicht sehr weit.

Den unternehmerischen Lichtfiguren wird der bürokratisierte Staat gegenübergestellt, der das Geld der SteuerzahlerInnen verschwendet, um elf Uhr mit der Mittagspause beginnt, um 15 Uhr nach Hause geht, in der Zwischenzeit wenig arbeitet und unfreundlich ist. Dann kommt ein bisschen vereinfachte Volkswirtschaftslehre dazu und man kann über die überlegene Effizienz des freien Marktes rasonieren. Denn nur Märkte, die vollkommen dem Wett-

bewerb ausgeliefert sind, schaffen es, einen Zustand herzustellen, in dem keine MarktteilnehmerInnen mehr besser gestellt werden können, ohne andere schlechter zu stellen. Nur: stimmt das alles? Tatsächlich haben Reichtum und GroßunternehmerInnentum wenig mit Effizienz zu tun und gar nichts mit *freien* Märkten. Andererseits vermag der Staat mehr als bürokratische, ineffiziente Strukturen aufzubauen.

Der Freie Markt

Freie Märkte sind eine zentrale Rechtfertigungsideologie des Reichtums. Sie belohnen vorgeblich die Tüchtigen, ermöglichen unternehmerische Initiative und fördern somit den Wohlstand der gesamten Gesellschaft. Wer etwa Reichtum besteuern möchte, zerstört die Anreize für unternehmerisches Handeln und möchte die Wirtschaft in staatlichem Filz ersticken.

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie viel Vermögen tatsächlich durch unternehmerisches Handeln erworben wurde und wie viel einfach geerbt wird. Aber diese Frage sei hier ignoriert. Wichtiger ist im Augenblick: Die Rechtfertigung des Reichtums mit dem freien Markt funktioniert gar nicht. Unternehmerisches Handeln auf funktionierenden Märkten ermöglicht vielleicht größeren Wohlstand, aber sicher keine Milliardenvermögen.

Wer nach einem funktionierenden Markt sucht, dem seien Kebab-Imbissbuden auf der Wiener Äußeren Mariahilferstraße empfohlen. Die EigentümerInnen arbeiten hart, reich wird keiner von ihnen. Sollte eine Imbissbude die Preise erhöhen, verliert sie sofort ihre KundInnen an billigere NachbarInnen. Sollte die Nachfrage nach Dönersandwiches insgesamt anziehen und alle gemeinsam ein gutes Geschäft machen, dann werden kurze Zeit später neue Imbissbuden eröffnet. Das Angebot steigt und Preise werden wieder fallen. Wer einen besonders guten Standort haben möchte, etwa unmittelbar beim Westbahnhof, wird feststellen, dass andere auch auf diese Idee gekommen sind. Das große Interesse an Geschäftsflächen lässt die Mieten steigen und die höhere Miete frisst den Standortvorteil wieder auf.

Kurz: Wenn Unternehmen mit ähnlicher Technologie in einem Markt mit niedrigen Eintrittsbarrieren arbeiten, dann hält die Konkurrenz die Preise niedrig. Gewaltige Margen sind nicht möglich. Großer Reichtum entsteht dort, wo Märkte eben nicht unter voll-

ständiger Konkurrenz operieren, wo sie nicht so funktionieren, wie in einem einfachen Marktmodell angenommen. Dies zeigt sich sowohl auf Güter- und Kapital- als auch auf Arbeitsmärkten.

Beispiel Arbeitsmarkt: Während die Vorstandsvorsitzenden britischer Großkonzerne Anfang der 1990er Jahre im Schnitt das 60-Fache ihrer durchschnittlichen MitarbeiterInnen verdient haben, liegt das Vielfache des Einkommens heute im Bereich von 160. Nach ökonomischer Standardtheorie sollten sich Einkommen auf effizienten Arbeitsmärkten eigentlich an der Wertschöpfung der Beschäftigten orientieren. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Produktivität von Vorstandsvorsitzenden im Vergleich zu den MitarbeiterInnen in den letzten Jahren derartig vervielfacht hat. Was ist passiert? Das hohe Management einer Aktiengesellschaft bewilligt sich seine Gehälter mehr oder weniger selbst. Kontrolliert wird es dabei vom Aufsichtsrat, in dem sitzt in der Regel aber das hohe Management anderer Unternehmen. Das Gehalt von Vorstandsvorsitzenden wird also nicht durch Angebot und Nachfrage geregelt. Beschränkt wird es nur dadurch, welches Ausmaß an Gier gerade noch als legitimierbar erscheint. Mit der Effizienz des freien Marktes hat das wenig zu tun.

Beispiel Kapitalmarkt: Kein/e »fleißige/r SparerIn« aus der Mittelschicht kann auf einem funktionierenden Kapitalmarkt reich werden, auf dem die risikofreie Rendite bei der Verzinsung einer deutschen Bundesanleihe liegt (am 3.7.2014 waren das 1,26% für eine zehnjährige Anleihe). Das mag für die Altersvorsorge reichen, aber nicht für ein Milliardenvermögen. Reichtum ist dort möglich, wo der Kapitalmarkt nicht funktioniert, wo Insiderinformationen vorhanden sind oder HochfrequenzhändlerInnen einen Informationsvorsprung vor anderen MarktteilnehmerInnen haben. Wo Hedgefonds Milliarden bewegen können und damit Preise beeinflussen. Wo sich ukrainische, russische oder mexikanische Oligarchen Staatsbetriebe in die eigene Tasche privatisieren. Wo Investmentbanken (vor Gericht wurde etwa der Fall Goldman Sachs verhandelt) absichtlich intransparente und schlechte Finanzprodukte erzeugen, diese an InvestorInnen verkaufen und gleichzeitig gegen ihre selbstgebastelten Schrottpapiere wetten. All das ist weder effizient, noch in irgendeiner Form als Marktergebnis zu betrachten.

Beispiel Gütermarkt: Reichtum entsteht auch durch Monopolstellungen von Unternehmen, die es geschafft haben, sich einem funk-

tionierenden Wettbewerb zu entziehen. Betriebswirtschaftliche Überlegungen trachten immer danach, Preissetzungs- und Marktmacht zu gewinnen. Sie loten demnach immer Möglichkeiten aus, den Wettbewerb möglichst auszuschalten. Oft gibt es dadurch gewaltige volkswirtschaftliche Probleme. Microsoft hat etwa wiederholt versucht, seine starke Stellung bei Computerbetriebssystemen dafür auszunutzen, auch andere Bereiche der PC-Software unter Kontrolle zu bringen. So hat die Installation anderer Internet-Browser auf Windows-Rechnern Schwierigkeiten verursacht (vor Gericht landete der Fall Microsoft gegen Netscape). Ohne Zwang durch staatliche Wettbewerbsbehörden hätte Microsoft bis heute keine Schnittstellen freigegeben, Produkte anderer Firmen könnten damit nicht problemlos auf Windows laufen.

Kurz: Wer über Reichtum redet, möge Phantasien von sich kreuzenden Angebots- und Nachfragekurven, von der effizienten Selbstregulierung des freien Marktes vergessen. Freie Märkte erlauben keinen Reichtum. Im Gegenteil sieht man an dem Beispiel Microsoft, wie Reichtum und Macht den freien Markt zerstören. Das sind im Übrigen keine Erkenntnisse wahnsinnig radikaler QuerdenkerInnen der Volkswirtschaftslehre, sondern entspricht ziemlich genau dem deutsch-italienischen Ordoliberalismus der Nachkriegszeit. Die zentrale Idee der europäischen Christdemokratie beruhte einmal auf der Überzeugung, dass nur staatliche Eingriffe und Regulierungen Märkte aufrechterhalten können, dass der Staat die kapitalistischen Eliten vor einer Selbstzerstörung retten muss.

Staat und UnternehmerInnentum

Bisher wurde ein Teil des *Reiche-können-besser-mit-Geld-umgehen-Mythos* angegriffen, nach dem Reichtum das Ergebnis funktionierender Märkte sei. Es bleibt der andere Teil, der jede Form profitmaximierender Privatinitiative einer staatlichen Planung gegenüber für überlegen hält.

Das ist der Mythos der UnternehmerInnen, die den staatlichen BürokratInnen gegenübergestellt werden. Sie sind höher motiviert und risikofreudiger als der Staat, egal ob die Märkte, in denen sie operieren, tatsächlich Märkte freier Konkurrenz sind. Dem Staat kommt die Aufgabe der Aufrechterhaltung der Konkurrenz zu, ansonsten möge er sich aus der Wirtschaft heraushalten. Aber mangelnde Konkurrenz und der folgende Missbrauch von Marktmacht

ist nicht das einzige Problem einer Wirtschaft ohne Staatseingriff. Eine unvollständige Aufzählung soll dies verdeutlichen.

Finanzmärkte

Anleger auf Finanzmärkten haben die Angewohnheit, in eine Richtung zu laufen. So lösen sie zuerst Phasen euphorischer Marktüber-treibung aus und verfallen danach in Panik. Spanische, US-amerikanische, estnische oder irische Immobilienpreise wurden vor 2007 in gewaltige Höhen getrieben, um dann abzustürzen und die gesamte Weltwirtschaft mitzureißen. Viele ÖkonomInnen (beginnend mit Hyman Minsky in den 1970er Jahren) haben nachgewiesen, dass die Übertreibungen der Finanzmärkte nicht auf irgendwelchen Zufällen beruhen, sondern auf der Psychologie privater InvestorInnen. Deren Zukunftserwartungen ergeben sich aus der Fortschreibung der jüngeren Vergangenheit. Wer drei Jahre lang steigende Immobilienpreise erlebt hat, erwartet auch im fünften und sechsten Jahr kräftigen Preisdruck. Da die letzten Jahre gezeigt haben, dass ohnehin nichts passieren kann, ist, wer sich am Immobilienmarkt bewegt, bereit, immer höhere Risiken einzugehen und gewaltige Kredithebel aufzubauen. Je länger alles gut geht, desto höher das systemische Risiko. Nach Hyman Minsky (1986): »Stabilität schafft Instabilität.« Denn irgendwann lässt ein beliebiger Auslöser die Stimmung kippen. Die Vermögenspreisblasen platzen und eine Panik beginnt. Wie im Falle einer oder eines manisch Depressiven werden zuerst im Überschwang Risiken eingegangen, dann versteckt man sich in der abgedunkelten Wohnung. Beides ist ungünstig.

Denn eine Finanzmarktpanik kann gefährlich sein. Viele AkteurInnen auf Finanzmärkten verschulden sich kurzfristig, um langfristig zu investieren. Dabei müssen sie sich natürlich immer neues Geld leihen, wenn die alten Schulden auslaufen. In einer Finanzmarktpanik wird die Refinanzierung dieser Schulden schwierig, es droht die Zahlungsunfähigkeit. Das bedeutet aber, dass zahlreiche GläubigerInnen ihr Geld nicht mehr zurückbekommen und deshalb auch zusammenbrechen.

Vor allem seit der Wirtschaftskrise, die 2007 im Finanzsektor ihren Ausgang nahm, umgeben Staaten Finanzmärkte daher mit zahlreichen Verteidigungsringen gegen eine Marktpanik: einer Notenbank, die Geld borgt, wenn sonst niemand mehr Kredit ge-

ben möchte; einer staatlichen Einlagensicherung, damit die »kleinen SparerInnen« keine Banken stürmen, und gewaltigen Rettungspaketen zu astronomischen Kosten, sollte das auch nicht reichen.

Es soll hier keine Debatte begonnen werden, ob gerade die umstrittenen staatlichen Rettungspakete notwendig oder gerechtfertigt sind, ob deren Kosten richtig verteilt werden und welche Risiken damit verbunden sind. Es soll nur eines festgestellt werden: Finanzmärkte ohne staatliche Eingriffe, ohne Regulierung, die eine Euphorie bremst, und ohne Sicherheitsnetze im Fall einer Panik sind kein Beispiel für die Effizienz des Marktes. Sondern ein manisch-depressiver Amoklauf.

Innovationen und Risiko

Die Risikobereitschaft privater UnternehmerInnen ist der Kern des Mythos vom segensreichen Reichtum. Interessanterweise hält der Mythos gerade in den Bereichen intensiver Innovation einer Überprüfung nicht stand. In einer liberalen Volkswirtschaftslehre wird dem Staat nur im Bereich der Grundlagenforschung Kompetenz zugebilligt. Ein Teilchenbeschleuniger ist für Privatunternehmen zu weit von einer kommerziellen Umsetzbarkeit entfernt, Grundlagen der Quantenphysik lassen sich auch schwer durch Patente schützen. Daher darf der Staat Teilchenbeschleuniger betreiben. Was aber angewandte Forschung betrifft, hat sich in den letzten Jahren ein politisch-medialer Konsens gebildet, den Staat hier möglichst zu verbannen.

An diesem Befund stimmt möglicherweise, dass Privatunternehmen bei der unmittelbaren Kommerzialisierung von Forschungsergebnissen besser sind. Andererseits haben Staaten auch in angewandter Forschung schon eine große Rolle gespielt. Das Beispiel Apple und die Kerntechnologien, die einen Mac oder ein iPad möglich machen, ist auch an dieser Stelle recht hilfreich: Mikroprozessoren oder die CPU, DRAM und Festplatte, LCD-Monitore, Lithium-Ionen Akkus, das Internet, der HTML-Code, das GPS-Navigationssystem, ein Touchscreen, das Voice-User-Interface (Apples SIRI, mit dem Sprachbefehle gegeben werden können) usw. All diese Technologien wurden mit staatlicher Hilfe und teilweise staatlicher Koordinierung entwickelt. Natürlich bleibt es eine gewaltige Leistung, diese Dinge in der Form eines iPhones zu inte-

grieren, zu vermarkten und die Produktionskosten zu kontrollieren. Aber festgehalten sei, dass keine dieser Kerntechnologien in der Garage von Steve Jobs erfunden wurde.

Ähnliches ließe sich über die Pharmaindustrie sagen, wo oft genug Wirkstoffe aus staatlichen Labors geringfügig verändert werden, um ein neues Medikament (mit den gleichen Eigenschaften) patentieren zu können. Oder man kann die Geschichte vom Aufstieg der israelischen Hightechindustrie seit den 1970er Jahren erzählen, die das Produkt staatlicher »Inkubatoren« ist.

Das Bild der risikobewussten, vermögenden UnternehmerInnen auf der einen Seite und der trägen BürokratInnen auf der anderen funktioniert nicht. Das liegt zum einen daran, dass der Privatsektor seine Planungen auf immer kürzere Fristen auslegt und dadurch den nächsten Quartalsergebnissen höhere Bedeutung zugemessen wird als einem Cashflow in zwanzig Jahren. Und es liegt daran, dass Privatunternehmen nur mit einem einschätzbaren Risiko gut umgehen können. Innovationen sind aber mit echter Unsicherheit verbunden, die kommerziellen Erfolgsaussichten einer bestimmten Forschung sind gerade in einem Anfangsstadium vollständig unbekannt. Bei solchen Rahmenbedingungen wird Finanzierung schwierig. Gerade in den USA greifen trotz wüster wirtschaftsliberaler Rhetorik aus diesen Gründen staatliche Institutionen ein. In Europa unterbleibt das zumeist, weil die Rhetorik zu ernst genommen wird.

Auch in den USA bleiben solche Hilfestellungen oft auf mögliche militärische Anwendungen beschränkt (die Apple-Kerntechnologien wurden von einer illustren Reihe US-amerikanischer Militärbehörden und Geheimdienste gefördert). Aber das ändert nichts an den grundsätzlichen Zusammenhängen, wobei zu hoffen ist, dass einem Sektor wie den erneuerbaren Energieträgern einmal dieselbe staatliche Förderung zukommt wie heute noch den Militär- und Überwachungstechnologien.

Investitionen und Risiko

Wer glaubt, nur private Unternehmen gehen Risiken ein und investieren, dem sei folgendes Zitat des Vorstandsvorsitzenden des deutschen Energiekonzerns E.ON empfohlen: »In einer Welt, die sich so schnell verändert, kann ein Unternehmen nicht mehr zehn Milliarden Dollar in ein einzelnes Projekt investieren. Außer es be-

findet sich im Staatsbesitz.« (Leonhard Birnbaum auf der IHS CE-RAWEEK Konferenz in Houston, März 2014)

Unangenehm: Denn manchmal mag es notwendig sein, zehn Milliarden Dollar zu investieren, etwa wenn man ein großer deutscher Energiekonzern ist und die Energieinfrastruktur modernisieren sollte. In dem Zitat begegnet uns dynamische Veränderung und Unsicherheit – Dinge, bei deren Bewältigung der Privatsektor angeblich überlegen ist, die sich aber als große Hindernisse erweisen. Wenn Risiken schwer einschätzbar werden, dann unterbleiben große Investitionen. Es ist davon auszugehen, dass Leonhard Birnbaum keine Staatskontrolle für deutsche Energiekonzerne vorschlägt. Was europäische Energiekonzerne durchaus wollen, sind staatliche Eingriffe, um ihre Planungssicherheit zu verbessern: So verhandelt etwa der französische Konzern EDF mit der britischen Regierung über garantierte Strompreise als Vorbedingung für den Bau von neuen Atomkraftwerken. Und deutsche Stromerzeuger wollen sich bezahlen lassen, um ihre unprofitablen Gaskraftwerke weiter in Reserve zu halten. Das nennt sich dann »capacity pricing«. »Subvention« würde sich als Begriff aber ebenfalls anbieten.

Natürlich stellen die Veränderungen des Energiemarktes eine gewaltige Herausforderung dar. Nur: Wenn es die freien UnternehmerInnen sind, die Flexibilität, Innovation und Risikobereitschaft bringen, warum müssen die großen Herausforderungen vom Staat übernommen und abgesichert werden? Wieder bricht das einfache Bild von den dynamischen UnternehmerInnen und den behäbigen BürokratInnen zusammen. Der Privatsektor braucht den Staat, um Innovationen und Investitionen auszulösen, Risiken zu minimieren – und von Zeit zu Zeit Subventionen auszuschütten. Ganze Entwicklungsmodelle waren bis in die 1990er Jahre (etwa Südkorea) und sind teilweise bis heute (China) auf einen eingreifenden Staat ausgerichtet, der genau diese Dinge übernimmt. Besonders schlecht hat das nicht funktioniert, wenn man bedenkt, dass sich Südkorea zur Mitte des 20. Jahrhunderts etwa auf dem Niveau Afrikas südlich der Sahara befunden hatte.

Markt, Staat und Demokratie

Können Reiche grundsätzlich besser mit Geld umgehen als der Staat? Es wurden ausreichend Hinweise zusammengetragen, um das zurückzuweisen: Märkte funktionieren in vielen Bereichen nicht

ohne staatliche Eingriffe. Der Privatsektor hat Probleme bei langfristiger strategischer Planung, die etwa für die Industrialisierung eines Landes entscheidend ist. Und schließlich hat der Privatsektor Probleme mit nicht einschätzbaren Risiken, wie sie gerade am Anfang von Innovationsprozessen eingegangen werden müssen.

Vielleicht wäre es allerdings besser, statt »staatlicher Eingriffe« Ausdrücke wie »öffentliche«, »gesellschaftliche« oder »politische« Einflussnahme zu verwenden. Denn der Staat ist nicht der Gegenspieler der Reichen und die Vermögenden sind weder Feinde noch Opfer der meisten Staatseingriffe. 2008 haben sich die großen Geldvermögen um Rettung beim Staat angestellt, um dann im Laufe der Euro-Krise noch einmal vorbeizuschauen.

Es geht also weniger um die Frage »Markt oder Staat«, sondern mehr um die Frage: Welcher Staatseingriff (siehe Mythos 14)? Staatliche Eingriffe können die Wirtschaft stabilisieren und eine öffentliche Debatte über Mittel und Ziele wirtschaftlicher Entwicklung ermöglichen. Aber ein Staat, in dem der Einfluss von Riesenkonzernen und der Einfluss der großen Vermögen nicht mehr demokratisch kontrolliert, bekämpft und durch andere Schichten und deren Interessen ergänzt wird, der wird zum Selbstbedienungsladen der Eliten. Der Widerpart der Reichen ist die Demokratie.

Auf einen Blick

- Reichtum ist das Ergebnis nicht vollständig funktionierender Märkte.
- Der Privatsektor hat Probleme bei langfristiger strategischer Planung und Innovationen.
- Funktionierende Märkte werden in vielen Bereichen erst durch staatliche Eingriffe gewährleistet.

Literatur

Mazzucato, Marianna (2013): *The Entrepreneurial State. Debunking Public vs. Private Sector Myths*, London.

Minsky, Hyman P. (1986): *Stabilizing an Unstable Economy*, Yale.

Stiglitz, Joseph E. (2012): *The Price of Inequality. How Today's Divided Society Endangers our Future*, New York.

Jedermann

von Hugo von Hofmannsthal (Auszug)

Jedermann:

Der nächste, brächt man ihn herbei,
Der Beutel, der wär auch nit frei.
Mein Geld muß für mich werken und laufen
Mit Tod und Teufel hart sich raufen,
Weit reisen und auf Zins ausliegen,
Damit ich soll, was mir zusteht, kriegen.
Auch kosten mich meine Häuser gar viel,
Pferd halten, Hund und Hausgesind
Und was die andern Dinge sind,
Die alleweil zu der Sach gehören,
Lustgärten, Fischteich, Jagdgeheg,
Das braucht mehr Pfleg als ein klein Kind,
Muß stets daran gebessert sein,
Kost' alls viel Geld, muß noch viel Geld hinein.
»Ein reicher Mann« ist schnell gesagt,
Doch unsereins ist hart geplagt
Und allerwegen hergenommen,
Das ist dir nicht zu Sinn gekommen!
Da läufst einher von weit und breit
Mit Anspruch und Bedürftigkeit
Tät unsereins nit der Schritte drei
Von hier bis an die nächste Wand
Ohn eine allzeit offne Hand.
Ist alls schon recht, muß nur dafür
Ein Fug und ein Gesetz auch walten
Und jeglich Teil daran sich halten.
Und achten gnau was ihm gebühr:
Dawider hast du dich verfehlt,
Wär all mein Geld und Gut gezählt
Und ausgeteilt auf jeglichen Christ,
Der Almosens bedürftig ist,
Es kām mein Seel nit mehr auf dich
Als dieser Schilling sicherlich,
Drum empfang ihn unverweil,
Ist dein gebührend richtig Teil.

Hugo von Hofmannsthal (1911): Jedermann, S. Fischer Verlag, Berlin.

10. Reiche zahlen die meisten Steuern



In Österreich gibt es eine massive Umverteilung von den Reichen zu den Armen. 40% der Erwerbstätigen zahlen gar keine Steuern – und gerade diese ärmeren Bevölkerungsschichten sind es, die öffentliche und soziale Leistungen in Anspruch nehmen. Umgekehrt steigen die Steuern, je höher das Einkommen ist. Das System bestraft somit jene LeistungsträgerInnen, die alle anderen mitfinanzieren.

Tatsache ist:

Das Steuersystem in Österreich hat kaum umverteilende Wirkung. Top- und NiedrigverdienerInnen tragen fast denselben Anteil ihres Einkommens zum Gemeinwohl bei.

Bevor man der Frage nachgeht, wer wie viele Steuern zahlt, gilt es zu klären, wofür der Staat Geld braucht. Zu den unumstrittenen staatlichen Aufgaben zählt die Sicherung des Eigentums und der persönlichen Freiheit. Das Justizwesen, die Polizei und die Landesverteidigung wollen auch jene nicht privatisiert wissen, die eine wirtschaftsliberale Sichtweise haben und einen minimalistischen »Nachtwächterstaat« bevorzugen. Sie sind für jede marktwirtschaftliche Ordnung essenziell, denn funktionierende Märkte brauchen Regulierung und Rechtssicherheit. Ohne Staat ist keine kapitalistische Wirtschaft möglich. Darüber hinaus ist die Wirtschaft auch auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen, also Verkehrsnetze, Energieversorgung etc. Weitere typischerweise staatliche Leistungen – zumindest in europäischen Wohlfahrtsstaaten – betreffen die Bereiche Bildung, Gesundheit, Pensionen, soziale Sicherung, Forschungsförderung etc. Die Frage, wer von den öffentlichen Leistungen profitiert, wird vor allem bei den sozialstaatlichen Leistungen aufgeworfen: Mindestsicherung, Arbeitslosengeld und Wohnbeihilfe kommen zum Großteil den einkommensschwachen Schichten zugute. Bei anderen Leistungen, wie Gesundheit, Bildung und Familienleistungen, ist das Bild nicht so eindeutig: Der absolut höhere Betrag fließt den einkommensstärkeren Schichten zu, dennoch profitieren ärmere Haushalte in Relation zu ihrem Einkommen stärker von diesen Leistungen. Von

spezifischen Leistungen wie Wohnbauförderkrediten oder der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuung profitieren insbesondere jene, die mehr verdienen, weil sie einen höheren Steuersatz zahlen und somit höhere Beträge absetzen können.

Umverteilung in Österreich erfolgt nicht nur von Personen mit hohem Einkommen zu jenen mit niedrigem Einkommen, sondern auch horizontal, beispielsweise zwischen kinderlosen Personen und Personen mit Kindern, zwischen verschiedenen Generationen etc. Das führt dazu, dass die gesamte Bevölkerung in verschiedenen Lebensphasen in unterschiedlichem Ausmaß vom Wohlfahrtsstaat profitiert und daher Interesse an qualitativ hochwertigen, gut ausgebauten Leistungen hat. Beispielsweise nimmt eine junge, berufstätige Singlefrau relativ wenig sozialstaatliche Leistungen in Anspruch – aber möglicherweise bekommt sie Kinder und hat daher Interesse an einem gut ausgebauten System der Kinderbetreuung; möglicherweise hat sie einen Unfall oder erkrankt, wodurch sie Interesse an einem hochqualitativen Gesundheitssystem hat; möglicherweise benötigt sie im Alter Pflege und hat daher auch Interesse an einem funktionierenden Pflegesystem.

Sieht man von einzelnen Maßnahmen ab, so zeigt die Gesamtbetrachtung, dass die wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, also die Ausgaben des Staates, eindeutig eine umverteilende Wirkung von den Reicherem zu den Ärmeren haben, wie auch die Studie von Guger und Marterbauer (2009) zeigt. Aber selbst wenn es nicht ins Auge sticht, so haben auch andere öffentliche Leistungen eine umverteilende Wirkung, mitunter aber in die entgegengesetzte Richtung, nämlich von Gruppen mit geringem Einkommen zu jenen mit hohem Einkommen. Beispielsweise finanzieren auch jene Menschen, die nichts besitzen, den Eigentumsschutz der Vermögenden mit. Ebenso betrifft das viele Infrastrukturleistungen: Auch wer sich kein Auto leisten kann, finanziert die geteerten Straßen mit. Insofern weisen alle staatlichen Leistungen Verteilungswirkungen auf. Welche Leistungen, in welchem Ausmaß, mit welchen Verteilungswirkungen mittels Steuern finanziert werden sollen, ist eine Entscheidung der jeweiligen Gesellschaft. Diese kann durchaus unterschiedlich ausfallen, wie der Blick auf andere Länder und Regionen zeigt.

Wie kann der Staat seine Aufgaben finanzieren?

Der Staat muss also Geld einnehmen, um für die Erfüllung der gewünschten Staatsaufgaben zu sorgen. In der öffentlichen Debatte um die Steuerbelastung und deren Höhe wird oft verschwiegen, dass es eine Reihe an Möglichkeiten gibt, mit denen der Staat zu Geld kommen kann: direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, indirekte Steuern, Gebühren und auch Schulden.

Gesprochen wird aber meist nur über die Lohn- und Einkommenssteuer. Diese wirkt progressiv, das heißt, dass Menschen mit geringem Einkommen einen niedrigeren Steuersatz bezahlen als jene mit einem höheren Einkommen. Die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommenssteuer machen aber nur rund 20% des gesamten Abgabenaufkommens bzw. rund 30% des von natürlichen Personen geleisteten Abgabenaufkommens aus, wie Berka (2010) zeigt. Was sind also die anderen Einnahmequellen des Staates?

Den größten Teil der Staatseinnahmen stellen die Sozialversicherungsbeiträge dar, die rund ein Drittel des gesamten Abgabenaufkommens ausmachen und nicht progressiv wirken. Einen weiteren beträchtlichen Teil seiner Einnahmen erzielt der Staat aus indirekten Steuern. Dazu zählen alle Steuern, die direkt am Konsum ansetzen. Die höchsten Einnahmen in dieser Kategorie stammen aus der Umsatzsteuer, die beim Kauf von allen Waren oder Dienstleistungen anfällt, sodass sich ihr kaum jemand entziehen kann. Das heißt, auch Menschen ohne Einkommen oder arbeitslose Personen zahlen Steuern.

Weitere indirekte Steuern sind die Tabaksteuer oder die Mineralölsteuer. Mit diesen will der Staat nicht nur Geld einsammeln, sondern gesellschaftspolitisch steuernd eingreifen, etwa die Umweltverschmutzung eindämmen. Darüber hinaus werden für bestimmte Verwaltungsleistungen, wie zum Beispiel die Ausstellung von Urkunden oder für kommunale Leistungen etc., Abgaben erhoben. Diese Gebühren wirken wie indirekte Steuern, sind sie doch für alle gleich hoch. Auch wenn sie für einzelne BürgerInnen durchaus eine große Ausgabe darstellen, so sind Gebühren im Gesamtbudget nicht besonders bedeutsam. Als weitere Einnahmekategorie für den Staat bleiben noch Bestandssteuern, die an Grund und Boden oder Vermögen ansetzen. Steuern also, die von jenen zu bezahlen sind, die etwas besitzen. Diese sind in Österreich wie auch in Deutschland sehr niedrig. Vom gesamten Steueraufkommen 2011

entfielen in Österreich nur 1,2% auf vermögensbezogene Steuern, in Deutschland 2,4%, im OECD-Durchschnitt waren es 5,4%.

Neben Steuereinnahmen kann der Staat seine Ausgaben auch über Verschuldung finanzieren. Dies ist insbesondere für langfristige Investitionen wie Bildung und Infrastrukturprojekte sinnvoll, stehen sie doch über einen längeren Zeitraum – teilweise auch für mehrere Generationen – zur Verfügung. Aber auch aus konjunkturellen Gründen ist manchmal eine Erhöhung der Staatsausgaben angebracht, die sich nicht aus den laufenden Steuereinnahmen finanzieren lässt. Die Wirkung der Staatsverschuldung ist nicht für die gesamte Bevölkerung gleich, auch wenn dies manchmal suggeriert wird, indem jedem Neugeborenen bereits Tausende Euro Schulden im Durchschnitt zugerechnet werden. Denn, um in diesem Bild zu bleiben, manche Eltern der Neugeborenen borgen dem Staat das Geld, das er ihnen wiederum mit Zinsen zurückzahlt. Insofern profitieren diejenigen von der Staatsverschuldung, die es in Staatsanleihen investieren. Das tun wiederum wenige Prozent der österreichischen Haushalte, und zwar jene, die vergleichsweise sehr vermögens- und einkommensstark sind.

Zahlen die Reichen besonders viele Steuern?

Medial wird die angeblich hohe Steuerlast für mittlere und hohe Einkommen immer wieder thematisiert. Angeprangert wird insbesondere die progressive Lohn- und Einkommenssteuer mit dem Grenzsteuersatz von 50%, der vermeintlich die leistungswillige Mittelschicht trifft. Diesem Steuersatz werden die steuerfreien Einkommen der Personen mit geringen Einkommen gegenübergestellt, da bis zu einem Jahresgehalt von 11.000 Euro keine Lohnsteuer zu bezahlen ist. Ausgeblendet wird dabei, dass der Grenzsteuersatz nur für Einkommensteile über dem Schwellenwert von 60.000 Euro Bemessungsgrundlage (Bruttoeinkommen abzüglich Sozialversicherungsbeiträge) zu bezahlen ist. Verdient beispielsweise jemand 100.000 Euro brutto im Jahr, so zahlt er oder sie für die ersten 11.000 Euro keine Steuern, für den Betrag zwischen 11.000 und 25.000 Euro bezahlt er oder sie 36,5%, für das Einkommen zwischen 25.000 und 60.000 Euro 42,2% und nur für das Einkommen über 60.000 Euro den Steuersatz von 50%. Dieser höchste Grenzsteuersatz betrifft allerdings nur 3% der unselbständigen Beschäftigten in Österreich, denn mehr erreichen ein solch

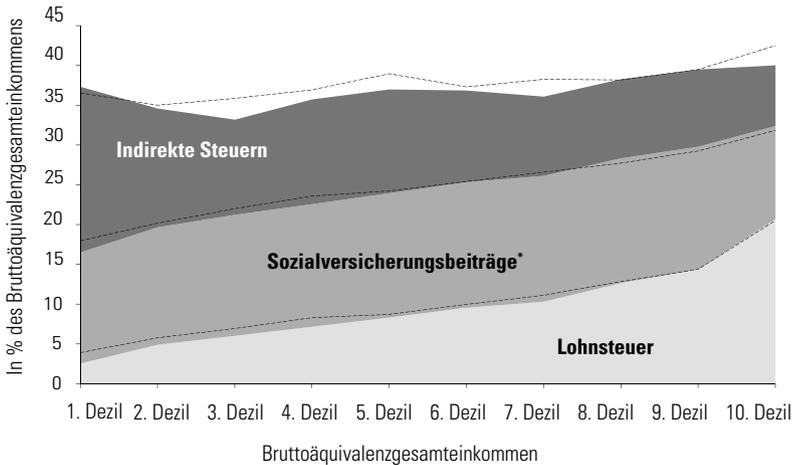
hohes Einkommen nicht. Die breite Masse ist vom 50-prozentigen Grenzsteuersatz somit keineswegs betroffen. Berücksichtigt man auch noch die steuerliche Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts,⁴ so ergibt sich für den oben angeführten Fall eines Jahreseinkommens von 100.000 Euro ein durchschnittlicher Steuersatz von 28,5%. Dieser liegt somit deutlich unter dem Spitzensteuersatz – selbst bei diesem durchaus hohen Einkommen.

Vergessen wird beim Verweis auf die hohe Steuerlast der Hochinkommensbezieher meist, dass auch Sozialversicherungsbeiträge zu leisten sind. Berücksichtigt man diese, verschiebt sich das Bild der relativen Abgabenlast, da Sozialversicherungsbeiträge bereits ab der Geringfügigkeitsgrenze von etwa 400 Euro zu leisten sind. Darüber hinaus ist der zu entrichtende Abgabensatz unabhängig von der Einkommenshöhe und nach oben mit dem Betrag von 4.530 Euro pro Monat gedeckelt. Daraus ergibt sich, dass auch jene ArbeitnehmerInnen, die so wenig verdienen, dass sie keine Einkommenssteuern zahlen, Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe bezahlen. Bei diesen viel zitierten 40% aller unselbstständig Erwerbstätigen handelt es sich v.a. um Menschen in Niedriglohsektoren wie dem Handel oder der Pflege, Teilzeitbeschäftigte oder andere ArbeitnehmerInnen in prekären Formen der Erwerbstätigkeit.

Berücksichtigt man darüber hinaus die indirekten Steuern, dann zeigt sich, dass unselbstständig erwerbstätige Haushalte, egal welcher Einkommensklasse sie angehören, in Relation zu ihrem Einkommen annähernd gleich viel an Steuern und Abgaben bezahlen. Die Grafik von Guger und Marterbauer (2009) veranschaulicht die einzelnen Steueranteile: Indirekte Steuern, wie etwa die Umsatzsteuer, belasten Personen mit höherem Einkommen weniger als Personen mit niedrigem Einkommen. Während erstere einen Teil ihres Einkommens sparen, sind letztere dazu gezwungen, nahezu ihr gesamtes Einkommen zu »verkonsumieren«. Indirekte Steuern wirken damit regressiv, das heißt, sie belasten die unteren Einkom-

⁴ Diese Begünstigung der Versteuerung von Sonderzahlungen wurde am 1.1.2013 mit der »Solidarabgabe« eingeschränkt. Während vorher alle Sonderzahlungen mit 6% besteuert wurden, gilt für diese seither ein progressiver Steuertarif. Ab einem Jahreseinkommen von rund 180.000 gibt es keine Begünstigung.

Abb. 10.1: Alle Einkommensgruppen in Österreich tragen einen etwa gleich hohen Anteil ihres Einkommens zur Staatsfinanzierung bei, nämlich rund 40%



Quelle: Guger/Marterbauer 2009; * Arbeitnehmerbeitrag; Linien für das Jahr 2000, Flächen für das Jahr 2005

mensschichten überproportional. Maßnahmen wie beispielsweise die Erhöhung der Umsatzsteuer würden also die Geringverdienenden am stärksten belasten.

Abbildung 10.1 zeigt, dass sich die Abgabenlast der unterschiedlichen Einkommensschichten nur ihrer Struktur nach unterscheidet: Personen, die niedrige Einkommen beziehen, wenden einen größeren Anteil ihres Einkommens für indirekte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge auf, wohingegen Personen mit hohem Einkommen einen größeren Anteil ihres Einkommens für Lohnsteuer bezahlen. Aber alle tragen mit rund 40% ihres Einkommens zur Staatsfinanzierung bei – das Abgabensystem wirkt demnach nicht progressiv, sondern vielmehr proportional.

Neben Einkommen aus unselbständiger Arbeit gibt es auch noch eine Vielzahl an anderen Einkommensformen: Selbständige Erwerbstätige, die – in welcher Form auch immer – unternehmerisch tätig sind, erzielen ihr Einkommen aus den Gewinnen. Auch aus Vermögen kann Einkommen erwirtschaftet werden, wie Mieteinnahmen, Zinsen, Gewinnbeteiligungen etc. Alle diese unter-

schiedlichen Einkommensarten – die laut UNO und OECD auch dem Einkommen zuzurechnen sind – sollten nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit gleich besteuert werden. Dem ist aber nicht so. Im Gegensatz zur progressiven Besteuerung von Arbeitseinkommen werden Kapitaleinkommen mit 25% Kapitalertragssteuer versteuert. Damit sind diese leistungslosen Einkommen, die sich aus dem bloßen Besitz von Vermögen ergeben, steuerlich bevorzugt, weil sie proportional anstatt progressiv besteuert werden. Auch wenn jemand die Wohnung besitzt, in der er/sie lebt, so werden hier fiktive Vermögenseinkommen erzielt, weil keine Miete bezahlt werden muss. Ebenso fallen für Erbschaften und Schenkungen seit 2008 in Österreich keine Steuern mehr an. Bezieht man alle diese Faktoren ein (nicht vorhandene Besteuerung von Einkommensgewinnen aus Wohnen im Eigentum, nicht vorhandene Erbschafts- und Schenkungssteuer, flache Besteuerung von Kapitalerträgen), dann ist der Verlauf der Steuerleistung nicht mehr progressiv und auch nicht proportional. Vielmehr wird die Belastung sogar regressiv. Das bedeutet: Je mehr ein Haushalt an Einkommen generiert, desto weniger bezahlt er relativ zu diesem Einkommen an Steuern. Aber warum werden nicht alle Einkommen gleich progressiv besteuert?

Gegen eine einheitliche Besteuerung der Einkommensarten wird oft mit Umsetzungsproblemen argumentiert, beispielsweise wenn es um die Frage geht, wie der selbst genutzte Wohnraum zu bewerten sei. Andererseits werden auch politische Überlegungen wie bei der Besteuerung von Kapitalerträgen ins Feld geführt: Um Steuerhinterziehung zu vermeiden, wird die Kapitalertragssteuer als Quellensteuer von der Bank bzw. den entsprechenden Institutionen einbehalten.

Kurzum, es wird damit gerechnet, dass Reiche sich strafbar machen und Steuerhinterziehung betreiben würden, würde man ihr Einkommen aus Kapitalerträgen genauso wie Einkommen aus Arbeit behandeln. Seit den internationalen Abkommen zum Datenaustausch in Steuerfragen ergibt sich dazu noch die paradoxe Situation, dass der Staat zwar nun ganz genau wissen soll, ob die BürgerInnen Geld im Ausland haben, aber gleichzeitig nicht wissen darf, ob sie es im Inland haben. Aus diesem Grund wird in Deutschland auch über eine Abschaffung der Quellenbesteuerung, sprich der Kapitalendbesteuerung, diskutiert. Sie wurde in Deutschland

erst 2009 eingeführt und sollte den Geldabfluss ins Ausland durch Steuerhinterziehung eindämmen – was angesichts von Fällen wie Alice Schwarzer und Uli Hoeneß offensichtlich nicht sehr erfolgreich war.

Bei der bisherigen Betrachtungsweise lag der Schwerpunkt auf den Einkommen, die sich aus Vermögen erzielen lassen. Besteuert werden können aber auch die Vermögen selbst. Eine solche Besteuerung würde genau die Reichen treffen, weil Vermögen in Österreich extrem ungleich verteilt sind, wie die Ergebnisse des *Household Finance and Consumption Survey* zeigen. Auch wenn Vermögenssteuern langsam wieder Eingang in die politische Debatte finden, waren sie lange Zeit mit Hinweis auf wissenschaftliche Ergebnisse diskreditiert. Ein Blick auf die wissenschaftliche Literatur zeigt allerdings, dass die Argumente gegen Steuern auf Vermögen oder Erbschaften kaum Bestand haben. Seit den 1970er Jahren basieren die Argumente gegen Vermögenssteuern auf zwei theoretischen Ansätzen, welche beide zum Schluss kommen, dass es optimal ist, keine Steuern auf Kapital zu erheben. Allerdings beruhen beide Ansätze auf grob vereinfachenden, völlig unrealistischen Annahmen. Der erste Ansatz geht davon aus, dass Erbschaften generell nicht existieren, der andere nimmt an, dass Menschen eine unendlich lange Lebensdauer haben. Viele Studien zeigen, dass – sobald diese lebensfremden Annahmen fallengelassen werden – relativ hohe Steuersätze auf Vermögen zu gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnissen führen. Das hält ideologiegeleitete ProtagonistInnen aber nicht davon ab, weiterhin auf die Ergebnisse der 70er Jahre zurückzugreifen.

Dass Mythen wie jener, demzufolge die Reichen die meisten Steuern zahlen, entgegen allen Fakten so dauerhaft Bestand haben, zeigt auch die Diskurshoheit der Mächtigen. Aus dem gesamten Kontext werden einzelne Teile, wie eben die progressive Lohnsteuer, herausgegriffen und so dargestellt, als ob sie die einzige staatliche Finanzierungsquelle wäre. Dass auch all jene, die nur wenig verdienen, einen tatsächlich gleich hohen Beitrag ihres Einkommens an Steuern leisten, wird ausgespart. Ebenso, dass die Reichen die wahren Profiteure der begünstigten Besteuerung von Kapitaleinkommen sowie der kaum vorhandenen Vermögensbesteuerung sind.

Auf einen Blick

- Berücksichtigt man alle Steuern und Abgaben, tragen alle Einkommensgruppen einen gleich hohen Anteil, nämlich rund 40% ihres Einkommens, zur Staatsfinanzierung bei.
- Die einzige von reich zu arm umverteilende Steuer ist jene auf Löhne und Einkommen. Sie liefert aber nur 20% der gesamten Staatseinnahmen.
- Niemand muss 50% des Einkommens an Lohnsteuer abliefern. Dieser Spitzensteuersatz gilt nur für den Einkommensanteil über 60.000 Euro. Der durchschnittliche Steuersatz liegt bei allen Menschen wesentlich darunter.
- Von der niedrigen Besteuerung von Vermögen und Kapitaleinkommen profitieren nur Reiche.

Literatur

- Anreasch, Michael/Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Fakten zur Vermögensverteilung. Sozialbericht 2011-2012, Wien.
- Berka, Christopher (2010): Steuermythen im Lichte der Budgetkrise. In: Zukunft 06 (2010), <http://diezukunft.at/?p=1457>.
- Guger, Alois/Marterbauer, Markus (2009): Umverteilung durch den Staat. In: WIFO-Monatsberichte 1 (2009), 859-877.
- Reiss, Lukas/Köhler-Töglhofer, Walpurga (2011): Österreichs Steuerstruktur im internationalen Vergleich – eine statistisch-ökonomische Analyse. In: Geldpolitik & Wirtschaft Q1 (11), 22-43.
- OECD (2013): Revenue Statistics 1965-2012, Table 22, www.oecd.org/ctp/tax-policy/revenue-statistics-tax-structures.htm
- Statistik Austria (2014): Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen (COFOG), www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/staatsausgaben_nach_aufgabenbereichen/index.html.

Schloss Chevron

von Vita Sackville-West (Auszug)

Von dem Häschen schweiften seine Augen über das übrige Zimmer, dieses Zimmer, in dem er ein ständiger Gast gewesen war und das so vielen anderen Londoner Zimmern glich, in denen er verkehrte: sehr schön in ihrer Art, aber alle gleich unpersönlich, konventionell, korrekt, mit dem grauen Plüschteppich, den petit point-Sesseln, den Romneys und den Raeburns, dem großen Koromandelschirm, den Mahagonitüren und all den Gegenständen auf den Tischen – meistens Weihnachtsgeschenken, ausgetauscht zwischen so genannten Freunden, denen in Wirklichkeit nichts aneinander gelegen war, die aber ungefragt der kostspieligen Mode folgten, sich gegenseitig diesen Tand zu schenken (...)

Der Arme

von Georg Simmel (Auszug)

(...) dem Ärmeren schenkt man nützliche Gegenstände (...). Wo (...) dem Armen geschenkt wird, liegt der Akzent nicht auf dem Prozess, sondern auf seinem Resultat; der Arme soll etwas haben. (...) Das Annehmen einer Unterstützung rückt also den Unterstützten aus den Voraussetzungen des Standes heraus, sie bringt den anschaulichen Beweis, dass er formal deklassiert ist.

Vita Sackville-West (2003; Original: 1931]: Schloss Chevron, S. Fischer, Berlin; Georg Simmel (1908): Der Arme, in: Ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Duncker & Humblot, Berlin.

11. Reiche will der Staat ausspionieren, Arme überhäuft er mit Sozialleistungen



Eine Vermögenssteuer bringt unbotmäßige Eingriffe in die Privatsphäre mit sich: Der Staat würde zur Einhebung dieser Schnüffelsteuer erfassen, wie wertvoll Perlenketten oder Silberbestecke sind. Umgekehrt nützen zahlreiche Menschen den Sozialstaat aus, indem sie zu Unrecht Leistungen wie die Bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen.

Tatsache ist:

Während die Vermögensverhältnisse von Reichen völlig im Dunkeln bleiben, gibt es für Arme, die auf Mindestsicherung angewiesen sind, keinerlei Schutz der Privatsphäre.

Georg Simmel schrieb in seinem Aufsatz »Der Arme« vor mehr als hundert Jahren: »Allenthalben (...) hat die Armenpflege das ganz feste Prinzip, dass man aus der Tasche der Steuerzahler dem Armen nur das absolut erforderliche Minimum der Lebenshaltung gewähren dürfe.« Das »Begrenzungsinteresse«, dass der Arme »nicht zu viel erhält«, hat auch heute noch Geltung. Und es gilt freilich nicht nur bei der Frage nach den anererkennungswürdigen Bedürfnissen und dem akzeptablen Ausmaß ihrer Befriedigung. Es muss auch geprüft werden, ob der Arme tatsächlich arm an Einkommen, Vermögen und finanziell verwertbaren Beziehungen und folglich der Unterstützung würdig ist.

Während es bei den Vermögenden gelingt, Verschleierungsabsichten als Ausdruck des Persönlichkeitsrechts auf Privatsphäre umzudeuten und zu legitimieren, macht das »Begrenzungsinteresse« der Armenfürsorge aus den Habenichtsen gläserne Menschen. Die Politik ermöglicht es den Vermögenden durch Unterlassung wie auch konkrete Ausgestaltung von Gesetzen, ihre Besitzverhältnisse im Dunkeln zu halten. Am anderen Ende der Verteilung herrscht keinerlei derartige Kulanz. Die Privatsphäre der Armen scheint weniger schützenswert zu sein. Für sie sind die Offenlegungspflichten peinlich genau bis ins kleinste Detail geregelt. Bei der Steuerhinterziehung ertappte Vermögende dürfen auf Verjährung hoffen und mit Straffreiheit oder -milderung rechnen. Für die Armen gibt es

in aller Regel kein Pardon – bis hin zur Ersatzfreiheitsstrafe, sollten Verwaltungsstrafen nicht bezahlt werden können.

In diesem Beitrag wird der Blick gewendet: Nicht um die Vermögenden geht es im Folgenden, sondern um die penible Durchleuchtung der Armen sowie das für sie geltende strenge Regime der Vermögensverwertung. Die Folie dafür bildet die in Österreich eingeführte »Bedarfsorientierte Mindestsicherung« (BMS) und damit nicht irgendeine Sozialleistung: Nachdem sie 2010 die »offene Sozialhilfe« abgelöst hat, ist die Bedarfsorientierte Mindestsicherung – ähnlich dem Hartz IV in Deutschland – das letzte Netz im österreichischen Sozialstaat, das immer dann tragen soll, wenn alle anderen Stricke gerissen sind. 2012 haben 221.341 Menschen Leistungen aus ihr erhalten – wobei gleichzeitig ein exorbitant hoher Anteil der Anspruchsberechtigten, nämlich zwischen rund 50% und 60%⁵, die Leistungen nicht in Anspruch nimmt. Organisiert ist die Bedarfsorientierte Mindestsicherung auf der Ebene der Bundesländer. Obwohl dem Bund im Bereich des »Armenwesens« die Kompetenz zur Grundsatzgesetzgebung zukommt, existiert als gemeinsame Grundlage der verschiedenen Landesgesetze und Verordnungen lediglich ein Vertrag zwischen Bund und Ländern, in dem Mindeststandards fixiert wurden. Die Rechtslage auf der Ebene der Länder weicht in vielen Facetten voneinander ab, dafür aber eint sie das Prinzip der »gläsernen Mindestsicherungs-BezieherInnen«, das heißt umfassende Mitwirkungs- und damit auch Offenlegungspflichten von BezieherInnen wie auch ihnen gegenüber (potenziell) unterhaltspflichtigen Angehörigen sowie LebensgefährtInnen.

Vermögensbesitz im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung: Deklarierungs- und Verwertungsbestimmungen

Das Subsidiaritätsprinzip ist *das* bestimmende Prinzip in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Es besagt, dass der Staat immer nur dann zur Hilfeleistung verpflichtet ist, wenn alle anderen Wege der Existenzsicherung verstellt sind:

⁵ Die Angaben beruhen auf einer Simulations-Studie auf Basis der damaligen Sozialhilfe-Daten für das Jahr 2003. Neuere Studien für Österreich liegen nicht vor.

- wenn Arbeitsfähige also auch dann keine Erwerbsarbeit finden, wenn sie willens sind, diese unter ihrem Qualifikationsniveau einzusetzen bzw. diese in einem stärkeren Ausmaß als bisher einzusetzen,
- wenn es keine unterhaltspflichtigen Angehörigen oder LebensgefährtenInnen gibt, die zu Unterhaltsleistungen verpflichtet werden können,
- und wenn es kein Vermögen gibt, dessen Verwertung verlangt werden kann.

Bis zur Reform der Sozialhilfe zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung kannten die Gesetze kein klar benanntes Schonvermögen, sieht man von Gegenständen zur Erwerbsausübung, zur Befriedigung angemessener geistig-kultureller Bedürfnisse, angemessenem Hausrat und in manchen Bundesländern kleineren Barbeträgen ab. Die Rede war von Vermögen, dessen Verwertung vorerst nicht möglich oder nicht zumutbar sei, bzw. nicht verlangt werden dürfe, wenn dadurch die soziale Notlage verschärft oder aus einer vorübergehenden Notlage eine dauernde würde. Im Vollzug führten die vagen Bestimmungen vielfach dazu, dass erst, wenn Vermögen verwertet und aufgebraucht und die/der AntragstellerIn nicht nur einkommens-, sondern auch umfassend vermögenslos war, die Anspruchsvoraussetzungen auf Sozialhilfe als erfüllt betrachtet wurden.

Mit der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wurden die Vermögensverwertungsbestimmungen der »Sozialhilfe alt« mit Blick auf höchstgerichtliche Entscheidungen konkretisiert: So ist es in keinem Bundesland mehr zulässig, den Verkauf eines Kraftfahrzeugs zu verlangen, wenn dieses für berufliche Zwecke oder aufgrund besonderer Umstände benötigt wird. Auch die Veräußerung des Eigenheims darf nicht mehr aufgetragen werden, sofern es von den AntragstellerInnen bzw. ihren Familienangehörigen selbst bewohnt wird.

Freilich erfolgt in diesem Fall nach sechs Monaten in aller Regel eine grundbücherliche Sicherstellung, das heißt, das Sozialamt erhält ein Pfandrecht an der Immobilie, das immer dann schlagend wird, wenn diese verkauft oder vererbt wird. Der Vertrag zwischen Bund und Ländern spricht nur von der Möglichkeit, nach sechsmonatigem Leistungsbezug eine solche grundbücherliche Sicherstellung vorzunehmen. Eine Reihe von Bundesländern hat in

ihren Gesetzen aus der Möglichkeit eine Pflicht gemacht (»ist vorzunehmen«).

Definiert wurde auch ein unbefristetes Schonvermögen in der Höhe des Fünffachen des Ausgangswertes der Bedarfsorientierten Mindestsicherung für einen Monat (das ergibt für 2014 rund 4.070 Euro). Ob dieser Betrag für den gesamten Haushalt oder pro Person im Haushalt gilt oder ob für Mehrpersonenhaushalte ein anderer Multiplikationsfaktor zur Anwendung kommen soll, ist jedoch von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich geregelt.

Eingedenk dieses unbefristeten Schonvermögens, das unterschiedliche Formen annehmen kann, gilt aber nach wie vor: Lebens- wie Sterbeversicherungen sind aufzulösen und zu verwerten, ebenso die private Pensionsvorsorge und die private Unfallversicherung. Gleiches gilt für alle Wertpapiere, Bausparverträge und Notgroschen-Sparbücher, für Antiquitäten, Kunstgegenstände und Schmuck. Ausgenommen sind nur Erbstücke, deren Verwertung eine (nicht näher definierte) »besondere soziale Härte« darstellen würde. Man kann also festhalten: Die 100% de-facto-Steuer auf die Vermögenssubstanz, wie sie unter der »Sozialhilfe alt« vielerorts galt, gibt es nicht mehr. Exorbitant hoch ist sie aber nach wie vor.

Bankgeheimnis und Amtshilfe

Weil der »Einsatz der eigenen Mittel« eine zentrale Pflicht im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung darstellt, haben die Behörden ein ausgeprägtes Interesse daran, sich nicht nur von den Einkommens-, sondern auch den Vermögensverhältnissen der AntragstellerInnen ein umfassendes und lückenloses Bild zu machen. Sind AntragstellerInnen bzw. BezieherInnen zur Offenlegung ihrer Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht bereit, verletzt das ihre Mitwirkungspflicht. Anträge werden dann nicht weiter bearbeitet bzw. es wird der Leistungsbezug eingestellt. Verweigert jemand die zumutbare Vermögensverwertung, wird ein Antrag mit der Begründung zurückgewiesen, dass Vermögensbesitz vorhanden sei, oder es kommt zu einer Kostenersatzaufrechnung.

Den Versuchen der Mindestsicherungs-Behörden, sich über die Angaben der AntragstellerInnen und BezieherInnen hinaus eigenständig ein Bild zu machen, schiebt derzeit das Bankgeheimnis teilweise einen Riegel vor. Denn dieses gilt auch für jene, die bedarfsorientierte Mindestsicherung beantragen oder sie beziehen.

Deshalb müssen sich die Sozialämter auf die Angaben der AntragstellerInnen verlassen, was den Besitz von Sparguthaben etc. angeht (zu den Sanktionen, falls verschwiegener Vermögensbesitz auffliegen sollte, und dem Prozedere im »Verlassenschaftsverfahren« siehe unten).

Davon abgesehen sind BezieherInnen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung jedoch vor den Sozialämtern speziell (aber nicht nur) in finanzieller Hinsicht gläserne Menschen. So wird beispielsweise die Vorlage von Kontoauszügen verlangt, um Konto-bewegungen mit den Angaben der AntragstellerInnen bzw. BezieherInnen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung zu ihrer finanziellen Situation vergleichen zu können. Dies auch rückwirkend in die Zeit vor der Antragstellung, um u.a. »selbstverschuldete« Notlagen identifizieren zu können, denn das Verschenken von Vermögen und Nicht-Antreten eines Erbes bis zu drei Jahre vor einem Antrag auf Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist in zwei Bundesländern ein gesetzlich legitimierter Grund, die Leistung für den Lebensunterhalt um 25% zu kürzen – so lange, bis der Wert des Verschenkten hereingespart wurde.

Bei der Erfassung einer Reihe potenzieller Vermögenswerte sind die Sozialämter aber gar nicht auf die Kooperation ihrer Klientel angewiesen. Der etwaige Besitz von Immobilien, Grundstücken und Kraftfahrzeugen ist mittels umfangreicher Amtshilfeverpflichtungen problemlos zu eruieren. In der Regel braucht es dafür auch kein Tätigwerden aufseiten des behördlichen Gegenübers. Die Amtshilfe in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist umfassend. So können zur Prüfung der Angaben im Antrag beispielsweise in Wien gemäß den internen Richtlinien der Magistratsabteilung 40 folgende Abfragen ohne Zustimmung der AntragstellerIn durchgeführt werden: Zentrales Melderegister: Sind tatsächlich nur jene Personen im Haushalt gemeldet, die angegeben wurden? Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Liegt eine Erwerbstätigkeit vor, die nicht angegeben wurde? Magistratsabteilung 63 – Gewerbewesen: Ist die antragstellende Person selbständig erwerbstätig, da selbständig Erwerbstätige in der Regel nicht unterstützt werden? AMS-Schnittstelle: Wie hoch ist ein eventuell bezogenes Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe? Nimmt die Person an einer arbeitsintegrativen Maßnahme teil, womit sie die notwendige Arbeitswilligkeit nachweist? Oder liegt eine Leis-

tungssperre seitens des AMS (Arbeitsmarktservice) vor, die in der Folge eine Kürzung oder Einstellung des Mindestsicherungs-Bezugs bzw. die Abweisung eines Antrags rechtfertigt? Magistratsabteilung 50: Wird Wohnbeihilfe bezogen bzw. wurde sie beantragt? Bundespolizeidirektion Wien – Verkehrsamt: Ist ein Kraftfahrzeug auf die antragstellende Person angemeldet? Und im Zweifelsfall auch über das Grundbuch: Besitzt die antragstellende Person Immobilien oder Grundstücke?

Hat die antragstellende Person im Rahmen der Antragstellung die Zustimmungserklärung unterschrieben, dann darf die Mindestsicherungs-Behörde auch bei DienstgeberInnen, VermieterInnen und Wien Energie nachfragen – falls nicht, muss die antragstellende Person von der Behörde verlangte Unterlagen selbst beibringen.

Die Durchleuchtung (potenziell) unterhaltspflichtiger Angehöriger

Alle oben angeführten Abfragen dürfen ebenfalls ohne Zustimmungserklärung für nicht im gemeinsamen Haushalt lebende EhegattInnen vorgenommen werden, weil diese im Falle einer Trennung weiterhin unterhaltspflichtig bleiben. Selbiges gilt aus demselben Grund für nicht im gemeinsamen Haushalt lebende Väter bzw. Mütter von Kindern, für die ein Antrag auf bedarfsorientierte Mindestsicherung gestellt wurde.

In einigen österreichischen Bundesländern ist es vielerorts geübte Vollzugspraxis, Unterhaltspflichten von erwachsenen Kindern oder von Eltern erwachsener AntragstellerInnen anzunehmen. Die gesetzliche Grundlage dafür bildet das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch (ABGB), das bestimmt, dass Unterhaltspflichten zwischen erwachsenen Eltern und ihren Kindern (wieder)aufleben, wenn die so genannte Selbsterhaltungsfähigkeit verloren geht und die betroffene Person daran kein Verschulden trifft. Die Frage, unter welchen Umständen genau das der Fall ist, ist diffizil und kann nur im Zuge einer Einzelfallprüfung festgestellt werden. Diese Aufgabe liegt bei der Mindestsicherungs-Behörde, was diese berechtigt, von den erwachsenen Kindern oder aber den Eltern von AntragstellerInnen Nachweise über die Einkommens- und Vermögenssituation zu verlangen. Die AntragstellerInnen sind somit verpflichtet, (behauptete) Unterhaltsansprüche notfalls per Klage einzufordern bzw. diese Ansprüche an das So-

zialamt zu übertragen (Legalzession). Tun sie dies nicht, verletzen sie damit ihre Mitwirkungspflicht. Im Kulanz-Fall kommt es dann zu einer fiktiven Anrechnung von angenommenen Unterhaltsansprüchen, das heißt, sie werden von der zustehenden Leistung abgezogen. Die Unterhaltspflichten gegen nicht-selbsterhaltungsfähige Eltern bzw. erwachsene Kinder gehen weit: Die Angehörigen sind insoweit unterhaltspflichtig, als bei ihnen selbst und den weiteren ihnen gegenüber Unterhaltspflichtigen keine Mindestsicherungs-Bedürftigkeit ausgelöst wird.

Sanktionen

Verschweigen BezieherInnen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung bei der Antragstellung u.a. den Besitz von Vermögen bzw. informieren sie die Mindestsicherungs-Behörde nicht binnen einer kurzen Frist über »jede Änderung der für die Bemessung der Leistung maßgeblichen Umstände«, z.B. eine Erbschaft, hat die Mindestsicherungs-Behörde durch die umfangreichen Amtshilfe-Abkommen viele Möglichkeiten, dem auf die Schliche zu kommen. Denunziationen durch Dritte tun ihr Übriges; unangemeldete Hausbesuche (»Zahnbürstenkontrollen«) sind dann die Folge.

Ob MindestsicherungsbezieherInnen nun durch die Bank ehrliche Menschen sind oder ob manche angesichts der Informationen, die sie im Zuge des Antragsverfahrens über die umfangreiche Amtshilfe und mögliche Sanktionen erhalten, vor Falschangaben zurückschrecken: Faktum ist, dass der missbräuchliche Bezug von Bedarfsorientierter Mindestsicherung kein finanziell relevantes Faktum darstellt. Belegen lässt sich das anhand von Datenmaterial, das die Länder selbst veröffentlichen. So wurden z.B. in Oberösterreich im Rahmen einer Landtags-Anfrage Zahlen veröffentlicht. Im Zeitraum 1.1. bis 31.7.2013 wurde im gesamten Bundesland in vier Fällen die Rückerstattung von Mindestsicherungs-Leistungen verlangt, weil die BezieherInnen beispielsweise falsche Angaben gemacht hatten. Das entspricht 0,035% der 11.258 BezieherInnen, die es zum Stichtag 31.7.2013 in Oberösterreich gab.

In jenen wenigen Fällen, in denen nachweislich schuldhaft Falschangaben gemacht, entscheidungsrelevante Tatsachen verschwiegen oder verheimlicht wurden, sind in den meisten Bundesländern nicht bloß die zu Unrecht erhaltenen Mittel zurückzuzahlen, sondern auch Verwaltungsstrafen bis zu 4.000 Euro zu begleichen. Für

jene, die dazu nicht in der Lage sind, sind in einigen Bundesländern Ersatzfreiheitsstrafen vorgesehen.

MindestsicherungsbezieherInnen als ErbInnen und als ErblasserInnen

Erben die BezieherInnen Bedarfsorientierter Mindestsicherung, bedeutet dies nicht unbedingt, dass sich ihre finanzielle Lage verbessert und sie unter Umständen sogar von Bedarfsorientierter Mindestsicherung unabhängig werden. Denn in solchen Fällen darf die Mindestsicherungs-Behörde Kostenersatzansprüche stellen. In vielen Sozialämtern herrscht das Prinzip der Sippenhaft, das heißt, die erbberechtigte Person hat nicht nur für sich Kostenersatz zu leisten, sondern auch für die anderen volljährigen anspruchsberechtigten Personen im Haushalt, und damit auch für LebensgefährtnInnen.

Auch wenn sie selbst die ErblasserIn sind, tritt die Mindestsicherungs-Behörde auf den Plan. Wie auch bei den Reichen wird ein Teil der Vermögenswerte von BezieherInnen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung aufgrund des Bankgeheimnisses potenziell erst dann greifbar, wenn es darum geht, sie zu vererben. Für andere ErbInnen mag die Erbschaftssteuer abgeschafft worden sein – für die Erben von Mindestsicherungs-EmpfängerInnen gelten nach wie vor Gemeinwohlpflichten. Besaß die/der Verstorbene ein Eigenheim, das er/sie bzw. seine unterhaltsberechtigten Angehörigen selbst bewohnte(n), und hat er/sie länger als sechs Monate Bedarfsorientierte Mindestsicherung bezogen, wird nun im Rahmen des Verlassenschaftsverfahrens eine allfällige grundbücherliche Sicherstellung des Ersatzanspruches schlagend. Kostenersatz durch Erben ist selbstverständlich auch dann zu leisten, wenn sich im Zuge des Verlassenschaftsverfahrens herausstellen sollte, dass die verstorbene Person ein ihr eindeutig zurechenbares, verwertbares Vermögen besaß, das er/sie zu Lebzeiten durch das Bankgeheimnis verheimlichen konnte.

Resümee

2012 haben österreichweit 221.340 Menschen Leistungen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten – bei gleichzeitiger sehr hoher Nicht-Inanspruchnahme. Warum nach Simulations-szenarien zumindest die Hälfte der Anspruchsberechtigten keine Leistungen bezieht, kann nur mit einem breiten Bündel von Grün-

den erklärt werden. Die strengen Vermögensverwertungs- und die umfassenden, auch Angehörige betreffenden Offenlegungsverpflichtungen spielen dabei unzweifelhaft eine zentrale Rolle.

Während die Privatsphäre bei Armen keineswegs geschützt wird, besteht weiterhin große Unkenntnis über die tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Reichen. Dadurch werden sie vielfach von Besteuerung verschont, etwa durch die Heranziehung veralteter Vermögenswerte bei Sachvermögen wie der Einheitswerte bei Immobilien oder die Ausklammerung bestimmter Einkommensformen aus der Einkommenssteuer, wie z.B. der zugerechneten Mieten bei selbstgenutzten Wohnimmobilien. Aber auch Konstrukte wie Privatstiftungen und verschachtelte Unternehmensbeteiligungen und die progressionslose Besteuerung der Kapitaleinkommen aus Finanzvermögen via Kapitalertragssteuer sind völlig legale Wege der Steuerschonung, von denen vor allem Reiche profitieren.

Die Steuerschonung passiert aber auch illegal. Grund für die Einführung der 25-prozentigen Kapitalertragssteuer in Deutschland war einerseits die Hoffnung, durch die Besteuerung an der Quelle nicht mehr auf ehrliche Steuererklärungen angewiesen zu sein. Berühmt wurde der Ausspruch des deutschen Finanzministers Peer Steinbrück bei ihrer Einführung: »25% von x sind besser als 42% von nix«. Andererseits wollte man damit auch die Steuerflucht vermindern und hoffte auf einen Rückfluss von Schwarzgeldern. Beides ist nicht passiert – und verweist auf die vielen illegalen Möglichkeiten von Reichen, Steuern zu hinterziehen. Nach wie vor können sie nicht nur auf Verjährung hoffen, sondern auch mit Straffreiheit oder -milderung bei Selbstanzeige rechnen. Doch anstatt die Dunkelheit der Vermögensverteilung zu erhellen, wird sie als Grund für derartige Privilegierung vorgeschoben.

Auf einen Blick

- Der Leistungsmissbrauch in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ist ein Mythos, der sich empirisch nicht bestätigen lässt.
- Während für Arme ein strenges, durch umfassende Amtshilfe-Vorkehrungen gestütztes Regime an Offenlegungspflichten gilt, gibt es wenig politische Ambitionen, die tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse von Reichen zu erheben.
- Anstatt die Unkenntnis über die Vermögensverhältnisse von Reichen zu beheben, wird sie sogar als Begründung für Steuerprivilegien herangezogen.
- Bei armen Menschen schreckt der Staat nicht vor der massiven De-facto-Besteuerung der Vermögenssubstanz zurück: Für BezieherInnen von Bedarfsorientierter Mindestsicherung gelten weitgehende Vermögensverwertungsbestimmungen.

Literatur

- Die Armutskonferenz (Hrsg.) (2012): Monitoring »Bedarfsorientierte Mindestsicherung«. Analyse und Vergleich der Länderbestimmungen zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung, www.armutskonferenz.at/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=67&Itemid=165.
- Dimmel, Nikolaus (2011): Recht haben und Recht kriegen: Arbeitsbuch Sozialhilfe und Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Innsbruck/Wien/Bozen.
- Pratscher, Kurt (2012): Statistik der Bedarfsorientierten Mindestsicherung der Bundesländer 2012, www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/2/2/6/CH2297/CMS1314622448556/bms-statistik_2012.pdf.
- Simmel, Georg (1908): Der Arme, in: derselbe: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin: 454-493.
- Stadt Wien – Magistratsabteilung 40 (2014): Interne Richtlinien. Handbuch des Fachbereichs Mindestsicherung, Stand: Januar 2014 (unveröffentlicht).

Bertolt Brecht über reiche Leute



Wenn reiche Leute ihre Habe verlieren, haben sie immer noch ein paar Milliönchen in irgendeinem alten Strumpf und ein bißchen Kapital haben sie als vernünftige Leute ja auch rechtzeitig verschoben.«

Bertolt Brecht, Pluto, in: ders., Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Band 10: Stücke 10.
© Bertolt-Brecht-Erben/Suhrkamp Verlag 1992.

12. Die Reichen haben in der Krise viel verloren



Die Aktienkurse sind abgestürzt, Immobilienmärkte zusammengebrochen und Banken in die Pleite geschlittert. All das hat gewaltige Vermögenswerte vernichtet. Am meisten verloren haben dabei die Reichen: Nur wer viel hat, kann auch viel verlieren.

Tatsache ist:

Die Reichen haben von der bisherigen Krisenpolitik am meisten profitiert.

Die Ursachen der aktuellen Krise wurden und werden kontrovers diskutiert. Unstrittig ist jedoch ihr Auslöser: Das Platzen einer Blase am US-Immobilienmarkt 2007 stürzte das Finanzsystem durch den Ausfall einer großen Anzahl Schuldverbriefungen in eine Krise. Zu viele Banken und PrivatanlegerInnen hatten zu lange daran geglaubt, dass die Hauspreise in den USA immer weiter steigen würden. Diesen Erwartungen entsprechend hatten sie zu viele und zu hohe Kredite vergeben, die sich nach dem Platzen der Blase als endgültig verloren herausstellten. Wie sich solche Bankenkrisen auf die Vermögensverteilung auswirken, ist kaum erforscht. Daten für die USA zeigen allerdings, dass zwischen 2007 und 2009 die Vermögen der ärmeren Hälfte der Haushalte stärker zurückgingen als die reicherer Haushalte.

Für die Reichen ist die Krise vorbei

Heute, nur wenige Jahre später, vermelden Millionärsberichte, dass die Reichen bereits wieder reicher sind, als sie es vor der Krise waren. Die Gesamtwirtschaft und insbesondere die Einkommen und Vermögen der großen Mehrheit der Bevölkerung haben sich im gleichen Zeitraum wesentlich schlechter entwickelt. Das ist nur vordergründig widersprüchlich: Irgendwer muss die erneut wachsenden Vermögen der Reichen schließlich finanzieren. Solange die Wirtschaft kaum wächst, müssen die Gewinne der Reichen zwangsläufig durch Umverteilung von der breiten Bevölkerung kommen. Doch wie konnte das geschehen? Es sind die politischen Maßnah-

men seit Beginn der Krise, die diese Umverteilung bewirkt haben. Wer im Detail verstehen will, welche Gruppen bei der aktuellen Krisenpolitik gewinnen und verlieren, muss zunächst einige Fakten zur Verteilung bestimmter Vermögensarten kennen.

Große Vermögen, riskante Veranlagung

Zum Vermögen werden im Allgemeinen Geld auf Konten, diverse Sparformen wie Sparbüchern oder Lebensversicherungen, Aktien, Fonds, Anleihen sowie auch das Sachvermögen wie etwa Immobilien oder Fahrzeuge gezählt. Empirisch zeigt sich, dass Reiche häufiger Geld in eher risikoreicheren Vermögensformen anlegen, also in Aktien, Fonds oder Anleihen. Ärmere Menschen setzen hingegen auf Sicherheit. Sie sparen vor allem für Notfälle, Urlaub und Altersvorsorge – und nicht für die wundersame Vermehrung ihrer kleinen Vermögen. Das gilt nicht nur für die USA, sondern für alle Länder, für die entsprechende Untersuchungen vorliegen. Auch in Österreich besitzen 90% der Haushalte keine Aktien oder Anleihen. Die verbleibenden 10% zählen meist zu den besonders Vermögenden.

Wie wurden die unterschiedlichen Gruppen von der Krise getroffen? Anfangs sanken vor allem die Immobilienpreise in den USA. Das betraf fast alle Haushalte. Der folgende Einbruch der Aktienkurse betraf hingegen insbesondere vermögendere Haushalte. Im Verhältnis zu ihrem Gesamtvermögen fielen diese Verluste aber geringer aus als jene der ärmeren Haushalte. Das zeigen die Daten für den Zeitraum 2007 bis 2009: In diesen Jahren verloren fast alle Haushalte an Vermögen, doch die reicheren relativ betrachtet weniger stark. Als Folge stieg die soziale Ungleichheit. Seither haben sich die Hauspreise nur mäßig bis gar nicht erholt, während an den Aktien- und Anleihenmärkten eine neue GoldgräberInnenstimmung ausgebrochen ist. Ähnliche Phänomene können auch in Europa beobachtet werden: Vermögenskomponenten, die typischerweise von weniger Vermögenden genutzt werden, wie etwa Sparbücher oder Bausparverträge, stagnieren aufgrund der niedrigen Zinsen oder verlieren sogar real deutlich an Wert. Die eher von Reichen gehaltenen Vermögenskomponenten erleben hingegen einen enormen Boom. So kletterten die Aktien- und Fondskurse seit 2009 in neue berauschte Höhen. Der österreichische Aktienindex ATX stieg seit Anfang 2009 von rund 1.400 auf rund

2.600 Punkte, verdoppelte sich also fast. Der deutsche DAX verdreifachte sich im selben Zeitraum sogar beinahe von rund 3.600 auf zwischenzeitlich über 10.000 Punkte. Für die Finanzmärkte und die dahinter stehenden Reichen ist die Krise also vorbei, während sich die Gesamtwirtschaft nur sehr langsam erholt. Grund dafür sind die Politikmaßnahmen, mit denen auf die Krise reagiert wurde.

Aus Banken- werden Staatsschulden

Nachdem im Herbst 2008 in den USA die Investmentbank Lehman Brothers Pleite gegangen war, kamen nach und nach auch die faulen Kredite und Kreditverbriefungen europäischer Banken ans Tageslicht. Die Banken verloren zu Recht das Vertrauen in ihre gegenseitige Fähigkeit und Verlässlichkeit, Kredite zurückzahlen zu können, und liehen einander kein Geld mehr. Das verstärkte ihre Zahlungsprobleme weiter. Zudem war das internationale Bankensystem enorm konzentriert und über Haftungen, Ausfallversicherungen und das außerbilanzielle Schattenbankwesen eng verflochten. Daher war auch kaum seriös zu beantworten, welche Bank tatsächlich »systemrelevant« (»too big to fail«) war und welche bedenkenlos in die Pleite geschickt werden konnte. Selbst Banken, die das Ausfallen der eigenen faulen Kredite überstanden hätten, wären indirekt über das Zusammenbrechen anderer Kredit- und Versicherungsinstitute betroffen gewesen. So war bald klar, dass ohne starke Interventionen der Europäischen Zentralbank (EZB) und in vielen Fällen auch ohne staatliche Geldspritzen oder Verstaatlichungen das Bankensystem nicht zu retten war. Diese Eingriffe retteten im Grunde den gesamten europäischen Finanzsektor. Da im Gegenzug auf eine Regulierung fast völlig verzichtet wurde, ist der Sektor heute noch konzentrierter und damit anfälliger als vor der Krise.

Es ist fraglich, ob die Bankenrettung in der Form, wie sie 2008/2009 und in den Jahren seither immer wieder stattfand, notwendig war oder nicht. Tatsache ist, dass es einerseits keinerlei Vorbereitungen für geordnete Insolvenzen einer derart großen Zahl von Banken gab. Andererseits entwickelte sich auch schnell der politische Wille, die privaten Schulden in großem Umfang zum Staat zu transferieren. So erhöhten die Kosten der Bankenrettungen und der Rezession insgesamt die Staatsschulden. Am deutlichsten wird das in Irland, dessen Schuldenstand von 25% des Bruttoinlands-

produkts 2007 auf 91% 2010 hochschnellte. Der Inselstaat, der vor der Krise mit niedrigen Schulden und besonders banken- und unternehmensfreundlicher Politik als Musterschüler gegolten hatte und als Vorbild für Liberalisierung und Deregulierung empfohlen worden war, wurde über Nacht zum Pleitekandidaten. Wie Griechenland, Portugal, Spanien und Zypern gehört Irland nun zu den »Krisenländern«, die mit der finanziellen Bewältigung der Bankenkrise überfordert waren und Hilfe von der EZB und den restlichen Euro- und EU-Staaten benötigten. Doch ein genauer Blick auf die angeblich solidarischen Hilfspakete zeigt: Beinahe das gesamte Geld wurde verwendet, um entweder Staats- oder Bankschulden zu bezahlen. Damit floss ein Großteil der so genannten Rettungsgelder wieder zurück an Banken der Gläubigerstaaten. Deutschland, Frankreich und die anderen Staaten des Zentrums retteten somit über den Umweg der »Krisenländer« ihre eigenen Banken, die etwa die spanische oder irische Immobilienblase mitfinanziert und sich dabei verspekuliert hatten. Das Ziel der so genannten Eurorettungs-Politik ist also nicht Hilfe für einzelne Länder, sondern für den europäischen Finanzsektor – eine weitere, indirekte Bankenrettung.

Bankenrettung ist Reichenrettung

Doch wer wird eigentlich gerettet, wenn eine Bank gerettet wird? Wie jedes private Unternehmen gehört auch eine Bank letztlich Menschen. In erster Linie profitieren die EigentümerInnen der Bank, meist AktionärInnen, die andernfalls ihr eingesetztes Eigenkapital verlieren würden. Gerettet werden auch die GläubigerInnen der Bank, also jene Menschen, die ihr über Anleihen Geld geliehen haben. Bei einer Pleite würden sie zumindest einen Teil verlieren, weil die Bank ihre Schulden nicht mehr zurückzahlen kann. Die SparerInnen, die oft zur Legitimation von Bankenrettungen genannt werden, sind hingegen im Fall einer Pleite von der Einlagensicherung geschützt. Der versicherte Betrag, der im Notfall vom Staat übernommen wird, liegt bei ungefähr 100.000 Euro pro Bank und Person. Von einer Bankenrettung profitieren nur die wenigen SparerInnen, deren Einlagen über diesem Betrag liegen – also keineswegs die oft bemühten »kleinen SparerInnen«.

Gerettet werden durch Bankenhilfspakete also vor allem die Vermögen der Reichen. Doch bei genauerer Betrachtung stimmt selbst

das nur eingeschränkt: In vielen Fällen werden die Vermögen gar nicht gerettet, sondern entstehen erst durch die Bankenhilfen. Viele der Vermögenswerte, etwa Immobilien oder Wertpapiere, waren vor der Krise in einer Blase unrealistisch hoch angestiegen. Diese überschätzten Werte hätten von ihren BesitzerInnen niemals realisiert werden können: Sobald mehrere von ihnen begonnen hätten zu verkaufen, wäre der Preis stark gefallen. Viele dieser Werte stellten also schlicht Fehlinvestitionen dar. Mit seinem Eingreifen sicherte der Staat diese riskanten Veranlagungen jedoch kurz nach der maximalen Ausdehnung der Blase, also auf einem höheren Niveau, als über den Markt erzielbar gewesen wäre. Er übernahm uneinbringliche Schulden, versprach diese zukünftig zu begleichen oder kaufte den InvestorInnen ihre überschätzten Werte direkt ab. Das hilft den BesitzerInnen von Aktien und Anleihen, also meistens besonders Vermögenden, und wird von den SteuerzahlerInnen, also im Grunde allen, bezahlt.

Arme zahlen die Rechnung

Die Staatsschulden sind also gestiegen, um die großen Vermögen zu retten. Um sie wieder zu senken, greift die Politik zu Austeritätspolitik. Diese trifft ärmere Haushalte im Allgemeinen besonders stark – sie zahlen die Rechnung für die Rettung der Vermögenden. Am deutlichsten sieht man diese Schiefelage in Griechenland: Die Troika aus Europäischer Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds schreibt der Regierung in Athen nicht etwa vor, zur Rückzahlung ihrer Schulden gegen den systematischen Steuerbeitrag reicher GriechInnen vorzugehen oder auf kostspielige Wafenkäufe zu verzichten. Nein, sie zwingt Griechenland eine »innere Abwertung« auf, also Lohnkürzungen für die arbeitenden Menschen und eine Senkung der Staatsausgaben.

Zugleich sieht sie tatenlos dabei zu, wie Griechenlands Reiche ihr unversteuertes Geld in der Schweiz verstecken – was nebenbei bemerkt auch vielen ÖsterreicherInnen schadet: Der Kurs des Schweizer Franken steigt in Folge des Kapitalzuflusses und verteuert Fremdwährungskredite, die zahlreichen heimischen Haushalten vor der Krise von ihren Banken aufgeschwatzt worden waren. Doch Griechenland ist nur ein Beispiel. In ganz Europa kommt es, wenn auch weniger brutal, zu einem Rückbau des Sozialstaats. Damit wird jene Institution geschwächt, die die Menschen in der Kri-

se am besten vor Armut und die Pensionen vor den Launen der Finanzmärkte schützt.

Zur beschriebenen direkten und indirekten Bankenrettung kommt noch eine weitere Maßnahme der Krisenpolitik, die in erster Linie Vermögenden nützt. Seit langem stellt die EZB den Privatbanken Geld in unbegrenztem Ausmaß zu einem extrem niedrigen Zinssatz zur Verfügung. Dieses billige Geld beflügelt aktuell die Aktienmärkte und Spekulationsgeschäfte. Sparguthaben hingegen werfen oft nur Zinsen unter der Inflationsrate ab, schrumpfen also effektiv. Auch hier wird also von der breiten Bevölkerung zu den Reichen umverteilt. Das angebliche Ziel dieser Geldpolitik, die Kreditvergabe der Banken an die Realwirtschaft zu erleichtern, wird damit bisher nicht erreicht. Doch die politischen Verantwortlichen halten an ihr fest, statt auf direkte Kreditvergabe an Unternehmen oder eigene Investitionen zu setzen.

Oft wird argumentiert, die umfangreiche Bankenrettung und die niedrigen Zinsen seien »alternativlos« gewesen, um noch größere Katastrophen zu verhindern. Rückblickend kann nur gemutmaßt werden, ob die Krisenpolitik tatsächlich Schlimmeres verhindert hat. Doch selbst wenn das der Fall wäre, bleibt ihre hier besprochene Verteilungswirkung dieselbe: Die Reichen wurden auf Kosten der breiten Bevölkerung gerettet und sind heute vermöglicher als je zuvor – selbst wenn das nur eine unerwünschte Nebenwirkung sein sollte.

Um diese Umverteilung zu den Reichen zu korrigieren, müsste die Politik sie die Kosten der Krise und ihrer Bekämpfung bezahlen lassen, etwa über höhere Steuern auf Vermögen. Doch davon ist nichts zu sehen. Die Politik verschärft die Lage sogar noch weiter, indem sie sich die nötigen Mittel nicht über Steuern von den Reichen holt, sondern sie von ihnen über Staatsschulden ausborgt. Gleichzeitig verwendet sie den steigenden Schuldenstand, um für weitere Kürzungen im Sozialstaat zu argumentieren: eine weitere Umverteilung von Arm nach Reich.

Die Reichen und ihre Vermögen sind also bislang die klaren GewinnerInnen der Krise.

Auf einen Blick

- Von den umfangreichen Bankenrettungen der letzten Jahre profitierten in erster Linie deren reiche EigentümerInnen und GläubigerInnen. Für die Rettung kleiner SparerInnen mit Einlagen bis 100.000 Euro hätte die staatliche Einlagensicherung ausgereicht.
- Auch die so genannte Eurorettung ist eine indirekte Banken- und damit Reichenrettung. Ein Großteil der »Hilfspakete« für Griechenland, Irland u.a. dient dazu, Staats- oder Bankschulden zu begleichen – und rettet damit jene Finanzinstitute, die sich in diesen Ländern verspekuliert haben.
- Die niedrigen Zinsen, zu denen die Europäische Zentralbank den Privatbanken Geld leiht, beflügeln nicht die Realwirtschaft, sondern die Spekulation auf den Finanzmärkten. Während reiche AktienbesitzerInnen vom Boom profitieren, schrumpfen kleine Sparguthaben inflationsbereinigt sogar.
- Mit Kürzungen im Sozialstaat will die europäische Politik die in der Krise entstandenen Staatsschulden senken, anstatt ihre reichen ProfiteurInnen über Vermögenssteuern zahlen zu lassen. Auch die Austeritätspolitik stellt also eine Umverteilung von Arm nach Reich dar.

Literatur

Anreasch, Michael/Fessler, Pirmin/Mooslechner, Peter/Schürz, Martin (2012): Fakten zur Vermögensverteilung. Sozialbericht 2011-2012, Wien.

Bricker, Jesse/Bucks, Brian/Kennickell, Arthur (2011): Surveying the Aftermath of the Storm: Changes in Family Finances from 2007 to 2009. In: Finance and Economics Discussion Series Working Paper 2011-17.

Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2008): Aktienbesitz in Österreich. In: Geldpolitik und Wirtschaft Q2 (08): 89-107.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

Rede an die Reichen

von Basilius dem Großen

»Diese Güter gehören mir,
habe ich nicht das Recht, sie zu behalten?«

Gehören sie wirklich dir?
Woher hast du sie genommen?
Hast du sie von anderswo her
In die Welt mitgebracht?

Du verhältst dich wie einer,
der bei jedem Schauspielbesuch das Theaterhaus verriegelt.

Du willst anderen den Eintritt versperren,
damit du dein Vergnügen für dich allein hast.

Es ist so, als würdest du dir
Das alleinige Anrecht auf ein Theaterstück nehmen,
das für die Allgemeinheit gespielt wird.

Genau so sind die Reichen:

Sie betrachten die Güter, die allen gehören,
als ihr privates Eigentum,
weil sie sich diese als erste angeeignet
haben.

Den Hungernden gehört das Brot,
das du für dich behältst;

den Nackten der Mantel,
den du in der Truhe versteckst;

den Armen das Geld,
das du vergräbst.

13. Dank Fleiß und Überlegenheit ist Europas Norden reicher als der Süden



»Niemand, der auch nur einen Tag in Neapel oder auf einer Ägäis-Insel verbracht hat, wird bestreiten, dass die südeuropäisch-mediterrane Palaver- und Kaffeehauskultur viel schöner und lustiger ist als die im Norden praktizierte Disziplin. Aber am Ende des Tages, wenn der Kellner die Rechnung bringt, muss die Zeche beglichen werden.« (Henryk M. Broder in der Tageszeitung »Die Welt« am 3.8.2012).

Tatsache ist:

Die Produktivität ist in Nord- und Südeuropa ähnlich hoch. Das Klischee vom faulen Süden dient der Verschleierung von Ungerechtigkeiten.

Der »hart arbeitende Deutsche« und die »faule Griechin«

Dass die Nordländer reich sind, weil sie fleißig, pünktlich und diszipliniert sind, während die Menschen im Süden das Gegenteil davon verkörpern, dieses Bild strapazierte auch die bundesdeutsche Kanzlerin Angela Merkel. Bei einem Wahlkampfauftritt 2011 verkündete sie, dass die BürgerInnen im Süden Europas zu früh in Pension gingen und zu viel Urlaub hätten. Auch die deutsche Presse – und beileibe nicht nur der Boulevard – schrieb von den »faulen Griechen«, die sich auf Kosten der rechtschaffenen Deutschen ein gutes Leben machen. Die Botschaft: »Nordeuropa arbeitet und zahlt für den Süden.«

Dass das mit der frühen Pension nicht stimmt, zeigt ein Blick in die Statistik der OECD. In allen Südländern gehen Frauen und Männer gesetzlich mit 65 Jahren in Pension. In einigen wird das Pensionsalter an die Änderungen der Lebenserwartung gebunden, was bedeutet, dass das Eintrittsalter in Zukunft sogar deutlich über die ohnehin geplante stufenweise Anhebung auf 67 Jahre hinaus ansteigen wird. Real gehen Frauen in Griechenland etwas früher, Männer etwas später als in Deutschland in Pension, nämlich mit 61,9 Jahren. In Portugal verlassen Männer mit durchschnittlich 67 Jahren, Frauen mit 63,6 Jahren den Arbeitsmarkt – beide weit über dem europäischen Schnitt. Auch für Spanien stimmt Merckels Zah-

lenspiel nicht: Männer gehen dort zeitgleich wie ihre bundesdeutschen Kollegen, Frauen mit 63,4 Jahren allerdings deutlich später als ihre Geschlechtsgenossinnen in Deutschland in Pension (OECD 2014). Und wie sieht es mit Urlaub aus? Während bundesdeutsche ArbeitnehmerInnen gesetzlich Anspruch auf 24 Urlaubstage im Jahr haben, dürfen die PortugiesInnen und SpanierInnen 22 und die GriechInnen gar nur 20 Tage Urlaub machen.

Aber um Fakten geht es nicht. Mit dem konstruierten Bild vom »hart arbeitenden deutschen Michel« und der »faulen Griechin« werden Stereotype geschaffen, mit denen »die Anderen« abgewertet werden. Ein weiteres Beispiel für die Herabsetzung des europäischen Südens ist das Kürzel »PIGS« (»Schweinestaaten«) für Portugal, Italien, Griechenland und Spanien. Solche Reden schaffen Gefolgschaft, indem sie Vorurteile bedienen, verstärken oder überhaupt erst erzeugen. Denn stereotype Bilder vom »Anderen« erwerben die Menschen nicht durch eigene Erfahrung. Sie werden über Sprache und Medien vermittelt. Solche öffentlichen Diskurse verfestigen mithin politische Überzeugungen, die wiederum auf die Realität zurückwirken bzw. eine bestimmte politische Realität überhaupt erst schaffen (Suppan 1999).

Die Abwertung der »Anderen«

Was braucht es, um Stereotype und ideologische Rollenbilder zu schaffen? Bleiben wir bei unserem Beispiel. Zuerst einmal werden »die Griechen« als einheitliche Gruppe dargestellt. Dann werden »den Griechen« in vereinfachender und generalisierender Weise, mit emotional wertender Tendenz, vermeintlich natürliche und unveränderliche charakterologische Merkmale zugeschrieben, etwa bestimmte Eigenschaften oder Verhaltensweisen wie Faulheit, Korruption oder Verschwendung. Auf diese Weise wird eine inferiore »Andersartigkeit« konstruiert. Eine prinzipielle Differenzannahme geht davon aus, dass den »Anderen« bestimmte Gaben, Eigenschaften und Kompetenzen fehlen, die sie zu solchen Leistungen befähigen wie die Nordländer.

Eine solche Annahme grundlegender Differenz dient vor allem der Selbstvergewisserung: um sich selbst über ein kontrastierendes Bild zu definieren und eine »positionsbestimmte Überlegenheit« zu erlangen (Said 1981). »Wir« sind nicht nur anders, sondern besser.

Bedürfnisse der Selbstdefinition sind, das zeigte Edward Said in seiner Studie über die Konstruktion des Orients in der abendländischen Kultur, nicht nur identitärer Natur. Es geht vor allem darum, politische Ansprüche, Autorität und Ausschlüsse zu rechtfertigen. Als politisches Mittel dienen Stereotype und Mythen der Legitimierung der Macht oder Hegemonie einer Gruppe, Fraktion oder Institution, bei gleichzeitiger Abgrenzung und Herabsetzung der Anderen. Das trifft auch auf unser deutsch-griechisches Beispiel zu. Mit der moralischen Abwertung »der Griechen« stellt Merkel im selben Atemzug die eigene Politik als rational und richtig dar. In Merkels Erzählung sind die »faulen Südeuropäer« schuld an der Krise. Sie sollen durch haushaltspolitische Regeln und Wettbewerbsverträge, die die deutsche politische Klasse in der EU forciert, sanktioniert, saniert und kontrolliert werden. Oder anders gesagt: von ihrer Faulheit kuriert und zu effizientem Wirtschaften erzogen werden. Die neuen Fiskalregeln und der harte Austeritätskurs werden so zur notwendigen Erziehungshilfe für die Menschen in den Südländern.

Mythen als Mittel zur Legitimierung von Macht und Ungleichheit

In dieser diskursiven Strategie der kollektiven Stereotypisierung und Schuldzuweisung wird verschleiert, dass es dort wie da – in Deutschland, in südeuropäischen Ländern und überall in Europa – Geld- und Macheliten gibt. Nach einem kurzfristigen Rückgang im Zuge der globalen Krise gibt es in der Eurozone wieder einen beträchtlichen Zuwachs an DollarmillionärInnen. Im Jahr 2012 waren es in Deutschland 221.000, in Italien 127.000 und in Spanien 47.000 Personen, die laut dem Globalen Reichtumsbericht von Credit Suisse die magische Grenze von einer Million Dollar Privatvermögen überschritten haben. Die Zahlen sind über die Zeit sehr konstant (Credit Suisse 2014). Das zeigt, dass Reiche ihren Reichtum auch in der Krise behalten, restaurieren oder gar mehren. Sie profitieren von Spekulation, Finanzgeschäften und den Möglichkeiten der Steuerflucht und Steuervermeidung. Verluste werden hingegen dort wie da den SteuerzahlerInnen aufgebürdet. Während in Spanien und Griechenland der Großteil der »Rettungsgelder« zur Rekapitalisierung von privaten Banken verwendet wurde, leidet die breite Bevölkerung – Mittelschichten und Arme – unter den sozialen Folgen der Austeritätspolitik.

GewinnerInnen und VerliererInnen gibt es also überall – in Ländern mit vergleichsweise hohem Bruttoinlandsprodukt ebenso wie in ärmeren Staaten. Warum manche Länder, Regionen oder Gesellschaften prosperieren und andere sich in wirtschaftlicher Hinsicht viel schwächer entwickeln, damit beschäftigen sich im wissenschaftlichen Feld die Entwicklungstheorien (Fischer u.a. 2008). VertreterInnen von Wachstums- und Modernisierungstheorien teilen die Welt in rückständige und fortgeschrittene Länder ein. Sie führen mangelnde Entwicklungsfortschritte oder wirtschaftliche Stagnation auf endogene Faktoren – also auf Gründe, die im Inneren der Gesellschaft liegen – zurück. Mentalitätsideologien und sozialpsychologische Ansätze erblicken in bestimmten vorgegebenen Merkmalen oder kulturell erworbenen Eigenschaften Hemmnisse, die eine Modernisierung nach dem Vorbild der fortgeschrittenen Länder verhindern würden. Sie argumentieren – ähnlich wie in den Erzählungen von Merkel oder Broder – etwa mit mangelndem UnternehmerInnengeist, fehlender Leistungsmotivation und Selbstorientierung, mit Fatalismus oder »Basarmentalität«. Ökonomische Wachstumstheorien führen unter anderem Korruption, eine ländliche Siedlungsweise, eine hohe Agrar- und niedrige Industrialisierungsquote, unzureichende Sparfähigkeit oder einen Mangel an Kapital ins Feld. An solcherart erkannten Defiziten setzen ihre entwicklungsstrategischen Empfehlungen an. Diese zielen auf eine Transformation der Persönlichkeits- und Sozialstruktur sowie auf die Modernisierung der als rückständig identifizierten sozialen Gruppen, Sektoren oder Regionen. In wirtschaftlicher Hinsicht wird die Integration in eine überregionale Arbeitsteilung, in der es möglichst wenige Hindernisse für den Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital gibt, vorgeschlagen. Auf diese Weise soll ein Aufschließen zu den wirtschaftlichen Vorreitern möglich werden.

Ungleichheit als grundlegendes Merkmal kapitalistischer Entwicklung

Einen ganz anderen Blick auf Entwicklungsprozesse werfen Theorien, die unter dem Begriff »ungleiche Entwicklung« zusammengefasst werden können. In dieser Sicht ist soziale und räumliche Ungleichheit – die Herausbildung von Zentren und Peripherien, von prosperierenden und absteigenden Regionen oder Ländern

– ein grundlegendes Kennzeichen kapitalistischer Entwicklung. Zentren und Peripherien sind durch eine unterschiedliche Stellung in der überregionalen Arbeitsteilung gekennzeichnet und ihr Verhältnis ist durch ungleiche wirtschaftliche und politische Macht, durch Hierarchie und Konkurrenz geprägt. Wer zum Zentrum und zur Peripherie gehört, ist dabei veränderlich. Historisch gesehen bildete der mediterrane Süden lange Zeit das kulturelle und wirtschaftliche Zentrum Europas, während der Norden in der Hand der »Barbaren« war. Die Südländer profitierten von den Geschäftsbeziehungen mit den damaligen weltwirtschaftlichen Zentren am Indischen Ozean und im Fernen Osten und machten sich die überlegenen wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse der islamischen Welt zunutze.

Eine zentrale Einsicht dieser Theorien lautet: Wann immer sich Volkswirtschaften unterschiedlicher Entwicklungsstufe auf Basis ungleicher Kräfteverhältnisse in regionale Zusammenschlüsse oder in den Weltmarkt integrieren, führt diese Integration zu stärkerer Desintegration in den weniger fortgeschrittenen Ländern. Eine untergeordnete ökonomische Einbindung – in der die Peripherien etwa auf Rohstoff- und Nahrungsmittellieferanten, auf Absatzmärkte für die eigene Produktion oder auf Billiglohnstandorte für Konzerne reduziert werden – verstärkt die regionalen und sozialen Ungleichheiten zwischen Kern- und Randzonen (Fischer 2013).

Die Lage der süd- und südosteuropäischen Peripherieländer ist in dieser Sicht also nicht in erster Linie internen Faktoren und schon gar nicht irgendwelchen stereotypen Verhaltenszuschreibungen geschuldet, sondern Ausdruck ungleicher, aber miteinander verbundener Entwicklung. Sie ist untrennbar verbunden mit dem Gesamtsystem und kann nicht ohne die Position der Zentrumsländer erklärt werden. Welche Dynamiken können vor diesem theoretischen Hintergrund zur Erklärung der gegenwärtigen Konstellation identifiziert werden?

Strukturelle Ungleichgewichte in der EU als wichtiger Erklärungsfaktor

TheoretikerInnen dieser Denkschule würden die internen Kräfteverhältnisse und die Interessen der lokalen Macht- und Wirtschaftseliten keineswegs außer Acht lassen. Sie würden das Dilemma der Südländer aber vor allem in den strukturellen Ungleichgewichten

in der Europäischen Union suchen. Anhand der Außenwirtschaftsbeziehungen und der vom Zentrum dominierten Geldpolitik lassen sich diese gut zeigen.

Der »Exportweltmeister« Deutschland hat sich durch sehr niedrige Lohnabschlüsse bei gleichzeitig steigender Arbeitsproduktivität internationale Wettbewerbsvorteile verschafft. Die stetige Verbilligung der Lohnstückkosten hat es den Konzernen ermöglicht, die Preise für hochwertige Exportgüter systematisch zu senken. Dies schädigt allerdings die ökonomisch schwächeren Peripherieländer. Denn Deutschlands Überschüsse sind spiegelbildlich die Defizite der Südländer, und die produktiven Strukturen haben sich in der Euro-Zone immer weiter auseinander entwickelt. In der Peripherie erodierte die industrielle Basis, während der Finanz- und Bausektor sowie die öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen expandierten. Zu einem nachhaltigen Wachstum trugen diese Wirtschaftsbereiche nicht bei, wohl aber zur Bereicherung der lokalen Wirtschaftselite und ihrer ausländischen PartnerInnen. Deutsche Banken und Versicherungen etwa expandierten massiv in die europäische Peripherie und beteiligten sich dort gewinnbringend am Immobilienboom und kreditfinanziertem Konsum (Becker u.a. 2013).

Hier zeigen sich auch die negativen Folgen einer vom Zentrum gesteuerten Geldordnung. Deutschland erhält nämlich durch den Euro einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil. Hätte Deutschland eine nationale Währung, wäre es längst zu einer massiven Währungsaufwertung gekommen. Deutsche Exporte hätten sich verteuert, während Produkte aus den Peripherieländern billiger geworden wären. Durch die gemeinsame Währung und die Niedriglohnpolitik in der BRD ist es genau umgekehrt. Die Produktion in der Peripherie hat immer größere Schwierigkeiten, in diesem ungleichen Kampf mitzuhalten. Zu bedenken ist außerdem, dass die Defizitländer, neben einer restriktiven Wirtschaftspolitik, relativ hohe Zinsen bieten mussten, um Kapital anzuziehen und ihre Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. Deutschland hingegen profitiert durch einen Zinsabschlag von der Krise der anderen.

Anpassungsschritte in diesem ökonomischen und machtpolitischen Gefüge der Ungleichheit wurden und werden den Bevölkerungen in den schwächeren Volkswirtschaften in Gestalt harter Sparprogramme aufgebürdet. Die Sparprogramme haben das

Ziel, die Zahlungsfähigkeit wiederherzustellen und die Tilgung der Schulden zu gewährleisten. Dabei hat Deutschland am Ende des Tages, nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, seine eigene Zeche bis heute nicht beglichen: Es blieb Griechenland die Hauptmasse der 1946 völkerrechtlich fixierten Reparationszahlungen für die verübten Gräueltaten und Plünderungen schuldig. Die Reparationsschuld beträgt inflationsbereinigt, aber ohne aufgelaufene Zinsen und Zinseszinsen, fast 80 Milliarden Euro. Mit Fleiß, Pünktlichkeit und Disziplin hat das wenig zu tun. Die deutschen VerhandlerInnen nutzten die im Kalten Krieg gewachsene geo- und wirtschaftspolitische Machtposition des Landes, um den Zahlungsverpflichtungen zu entgehen (Roth 2012).

Auf einen Blick

- Die berufstätigen Menschen in Südeuropa sind nicht fauler als im Norden. Vielmehr haben sie einen geringeren Urlaubsanspruch und gehen später in Pension als in Deutschland und Österreich.
- Warum einzelne Länder, Regionen, Gesellschaften reicher werden als andere, liegt an der unterschiedlichen Rolle, die sie im Prozess kapitalistischer Entwicklung gespielt haben und spielen. Zur Erklärung braucht es einen historisch geleiteten Blick auf überregionale Abhängigkeits- und Machtverhältnisse.
- Abwertende Klischees, wie jenes des »faulen Südens«, dienen der Legitimation der eigenen Politik. Sie sollen die Macht der Eliten in Nordeuropa absichern.

Literatur

- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Weissenbacher, Rudy (2013): Abhängige Finanzialisierung und ungleiche Entwicklung. Zentrum und Peripherie im europäischen Integrationsprozess. In: Journal für Entwicklungspolitik 29 (3), 34-54.
- BEIGEWUM (2013): Mythen des Sparens. Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse, Hamburg.
- Credit Suisse (2014): Global Wealth Report 2013, Zürich.
- Fischer, Karin (2013): Peripherisierung, Industrialisierung und Abhängigkeit: die Frage nach den Hemmnissen gelungener Entwicklung.

- In: Journal für Entwicklungspolitik 29 (3), 9-33.
- Fischer, Karin/Hödl, Gerald/Sievers, Wiebke (Hrsg.) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development, Wien.
- OECD (2014): Renten auf einen Blick 2013: OECD- und G20-Länder – Indikatoren, OECD Publishing, http://dx.doi.org/10.1787/pension_glance-2013-de.
- Roth, Karl-Heinz (2012): Griechenland: was tun? Eine Flugschrift, Hamburg.
- Said, Edward (1981): Orientalismus, Frankfurt a.M.
- Suppan, Arnold (1999): Identitäten und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen. In: Heuberger, Valerie (Hrsg.): Das Bild vom Anderen. Identitäten, Mentalitäten, Mythen und Stereotypen in multiethnischen europäischen Regionen, Frankfurt a.M.: 9-20.

Vom Geld

von Bertolt Brecht (Auszug)



Hast du Geld, musst du dich nicht beugen!
Ohne Geld erwirbst du keinen Ruhm.
Das Geld stellt dir die großen Zeugen.
Geld ist Wahrheit. Geld ist Heldentum.

aus: Bertolt Brecht, Werke. Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe, Band 13: Gedichte 3.

© Bertolt-Brecht-Erben/Suhrkamp Verlag 1993

14. Demokratie ist nicht käuflich



Jedem Mitglied demokratischer Gesellschaften steht es offen, sich politisch zu beteiligen oder zu engagieren. Wirtschaftspolitische Entscheidungen werden mit Blick auf die Gesamtwohlfahrt getroffen.

Tatsache ist:

Reiche können durch ihre ökonomische Macht wirtschaftspolitische Entscheidungen stärker beeinflussen als andere Menschen.

In der neoliberal dominierten wirtschaftspolitischen Debatte der letzten Jahrzehnte wurde – zunächst noch in ideologischer Abgrenzung im Zuge des Kalten Krieges – immer wieder die zentrale Bedeutung der wirtschaftlichen Freiheit hervorgehoben. Schon in den Schriften der ersten neoliberalen Vordenker wie Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek oder Milton Friedman stellt »Freiheit« die Grundlage der Überlegenheit kapitalistischen Wirtschaftens dar. Dabei wird gleichzeitig eine streng hierarchische Ordnung verschiedener Formen von »Freiheit« vorgenommen, in der die wirtschaftliche Freiheit an oberster Stelle steht und teilweise auch als die Voraussetzung für freie Gesellschaften generell gesehen wird. Das ging teilweise so weit, dass einzelne neoliberale TheoretikerInnen politisch diktatorische Staaten oder Diktatoren unterstützten, solange diese nur für ökonomische Freiheit sorgten. So meinte Friedrich August von Hayek, als er in einem Interview mit einer chilenischen Zeitung 1981 auf die Legitimität der Militärregierung unter Pinochet angesprochen wurde, dass es zuweilen nötig sei, einen »liberalen Diktator« zu haben.

Demokratie ist in einem neoliberalen Denkmuster also keine notwendige Bedingung für ein kapitalistisches Wirtschaftssystem. Dennoch wurde insbesondere im Kalten Krieg die westlich-kapitalistische Einflussosphäre mit Freiheit und Demokratie in Verbindung gebracht und Demokratie wurde auch später zumindest propagandistisch eingesetzt, um die Vorzüge kapitalistischer Wirtschaftssysteme darzustellen. In einem potenziellen Zielkonflikt zwischen politischer Freiheit, auf der die Demokratie aufbauen muss, und wirtschaftlicher Freiheit der Einzelnen fällt die Entscheidung in neoliberaler Denklöge aber zwingend für letztere aus. Daraus erge-

ben sich einige gesellschafts- und demokratiepolitische Implikationen, wie im Folgenden anhand einiger Beispiele der potenziellen Einflusskanäle ökonomisch Mächtiger gezeigt wird.

Neben einer hierarchischen Ordnung verschiedener Arten und Formen von Freiheit wird in einem neoliberalen Verständnis auch eine verengte Definition von Freiheit vertreten, die letztlich lediglich als die Abwesenheit von Zwang interpretiert wird. Daraus ergibt sich dann auch die wirtschaftspolitische Notwendigkeit, allen Formen des Zwanges, der auf wirtschaftliche Freiheit wirken kann, entgegenzutreten. Gewerkschaften als organisierte Interessenvertretungen von ArbeiterInnen generell, aber auch aktive Fiskal- oder Regulierungspolitik, werden folgerichtig abgelehnt; staatliche Interventionen in die Wirtschaft wiederum als Hindernis für wirtschaftliche Entwicklung gebrandmarkt. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007ff., also einerseits die zögerlichen Schritte in Richtung Bankenregulierung und aktiver Fiskalpolitik und andererseits die rasche, vor allem mediale Umdeutung der Finanzkrise in eine Staatsschuldenkrise, zeigt sich der Einfluss neoliberaler Denkmuster eindringlich.

EU-Krisenpolitik forciert Ungleichheit vor allem in südeuropäischen Staaten

Viele der Gründe, die zum Ausbruch der Krise 2007ff. geführt haben (etwa mangelnde Regulierung und zu großes Vertrauen in die »Selbsteilungskräfte« der [Finanz-]Märkte sowie zunehmende Vermögens- und Einkommensungleichheit), lassen sich ebenfalls auf eine Überbetonung wirtschaftlicher Freiheit in Zeiten neoliberal orientierter Wirtschaftspolitik zurückführen. Anstatt aber Konsequenzen aus der Krise zu ziehen und eine fundamentale Neuorientierung wirtschaftspolitischer Konzepte zu forcieren, kann in Europa eher ein Trend hin zu einer Zuspitzung neoliberaler Wirtschaftspolitiken konstatiert werden. So verpflichten Rechtsakte wie der Europäische Fiskalpakt einzelne Staaten zu harten Sparprogrammen, die sich gerade in von der Krise besonders betroffenen südeuropäischen Staaten massiv auswirken und zu einem (schleichenden) Abbau des Sozialstaates führen. Nach zwei Studien von griechischen und britischen ForscherInnen hat sich in den Jahren nach der Krise in Griechenland die Zahl der Selbstmorde um 45%

und die Zahl der Totgeburten um 21% erhöht (Kondilis u.a. 2013). Zudem hat sich die Anzahl an Depressionen verdoppelt und die Zahl an Nicht-Krankenversicherten stark zugenommen. In Spanien wiederum ist vor allem die Jugendarbeitslosigkeit enorm angestiegen und liegt im Durchschnitt bei weit über 50%; auch in Österreich ist die Arbeitslosigkeit auf ihrem historischen Höchststand. Gleichzeitig ist in fast allen europäischen Staaten bei sinkenden Reallöhnen ein Ansteigen der Zahl der MillionärInnen und generell ein Auseinanderklaffen zwischen Arm und Reich zu beobachten.

Politik für das eine Prozent in der Hoffnung auf einen »golden handshake«

Es stellt sich also die Frage, warum auf EU-, aber auch einzelstaatlicher politischer Ebene Programme durchgesetzt werden, die zu Ungunsten einer breiten Mehrheit der Bevölkerung wirken, und Initiativen wie die Einführung oder Anhebung von Vermögenssteuern oder andere Umverteilungsmaßnahmen regelmäßig scheitern. Der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch konstatiert in diesem Zusammenhang ein »befremdliches Überleben des Neoliberalismus« und kommt zu dem Schluss, dass die Kombination aus politischen und wirtschaftlichen Interessen, die maßgeblich in einer kleinen Gruppe von ökonomisch Einflussreichen gebündelt ist, so stark ist, dass sie auch durch eine fundamentale Krise ihrer ideologischen Grundlagen nicht erschüttert werden kann. Dazu muss festgehalten werden, dass vor allem durch den Fiskalpakt demokratische Mitbestimmungsrechte auf nationaler wie auch auf EU-Ebene beschränkt werden und politische Macht an die EU-Kommission übertragen wird, die wiederum besonders unter dem Einfluss wirtschaftlicher Lobbying-Gruppen steht.

Mit der Frage, warum wirtschaftspolitische Maßnahmen im Zuge der Krise kaum gegen die Interessen ökonomisch mächtiger AkteurInnen oder Institutionen gerichtet sind, beschäftigt sich auch der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Joseph Stiglitz in seinem Buch »Der Preis der Ungleichheit«. Er konstatiert ebenfalls einen Trend zur zunehmenden Ungleichheit, der nach der Krise weiter bestehe: »(Im) Gegenteil, Politik und Wirtschaft scheinen selbst in der Krise immer einseitiger den Interessen der Superreichen zu folgen, während es vielen Menschen immer schlechter geht.« (Stiglitz 2012) Der US-amerikanische Ökonom sieht eine der zen-

tralen Wurzeln dieses Prozesses in einer sehr engen Verzahnung zwischen der politischen, der medialen und der ökonomischen Elite. Sie habe zur Folge, dass politische EntscheidungsträgerInnen einerseits selbst zum »obersten Prozent« zu zählen sind, andererseits aber auch, wenn sie selbst (noch) nicht dazu zählen, Politik für dieses »oberste Prozent« machen, um später – nach dem Ausscheiden aus der Politik – von diesem »obersten Prozent« für vergangene Leistungen belohnt zu werden und dadurch dann auch zu diesem »obersten Prozent« zu gehören. Damit erörtert er einen Prozess, der in der Elitenforschung als »Drehtüreffekt« bezeichnet wird, und beschreibt, wie ökonomische Macht in politische Macht und umgekehrt überführt werden kann.

Politische in ökonomische Macht umsetzen – und umgekehrt

Einige gut dokumentierte Beispiele von Drehtüreffekten wurden etwa von der Initiative LobbyControl anhand des Verbleibs von ehemaligen MinisterInnen und StaatssekretärInnen der Schröder-Regierung nach 2005 aufgezeigt. Hier wurde eindringlich dargestellt, dass viele SpitzenpolitikerInnen nach ihrem Ausscheiden aus der Politik unmittelbar in die Aufsichtsräte oder Vorstände von multinationalen Konzernen gewechselt sind und dort einerseits ihre bestehenden politischen Netzwerke für Lobbying-Aktivitäten genutzt und andererseits, teilweise aber auch schon im Vorfeld, politische Entscheidungen getroffen haben, die sich positiv für ihre späteren Arbeitgeber auswirkten. Medial aufsehenerregend war der Wechsel von Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder in die Nord Stream AG, ein Beteiligungsunternehmen der russischen Gazprom. Hatte doch Schröder schon in seiner zweiten Amtszeit das Ostseegaspipeline-Projekt vorangetrieben. Ähnlich kann man die Situation für Österreich beschreiben. So kamen in den letzten Jahren, wenn auch sehr zögerlich und oft nicht restlos aufgeklärt, einige Fälle von politischer Korruption aus der Regierungszeit von Wolfgang Schüssel ans Licht der Öffentlichkeit. Ein Beispiel waren etwa die Privatisierungen der Immobiliengesellschaften BUWOG und Immofinanz unter dem damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grassler und die Rolle, die politische Lobbyisten wie Peter Hohegger oder Walter Meischberger dabei spielten. Noch viel delikater ist wiederum der Wechsel des ehemaligen Finanzministers Josef Pröll zur Raiffeisenkassen-Bankengruppe, nachdem im Zuge der Aufarbei-

Die Hypo-Pleite klar wurde, dass wohl auch die Raiffeisenkassen massiv von der Verstaatlichung der Hypo unter Finanzminister Pröll profitiert hatten. Im Zuge der Enthüllungen rund um die Aktivitäten von Grasser wird der Verfassungsrechtler Heinz Mayer daher in einem Artikel der »Zeit« vom 28.9.2011 auch mit der Aussage zitiert, dass es in Österreich »ein sehr warmes Nest für Korruption« gebe.

Diese Einzelfälle in Deutschland wie in Österreich zeigen, dass es eine Reihe von Mitteln und Wegen gibt, politisches in ökonomisches Kapital umzusetzen (siehe auch Mythos 2). Für Politiker (es scheint tatsächlich so, dass das beschriebene Phänomen hauptsächlich auf Männer zutrifft, was sich gerade in Österreich auch durch stark ausgeprägte Männerseilschaften erklären lässt) bietet sich so die Möglichkeit, für politische Entscheidungen entlohnt zu werden: entweder direkt für politisches Handeln oder indirekt und damit zeitversetzt z.B. in einer späteren Position in der Privatwirtschaft. Im ersten Fall handelt es sich um Korruption, die – auch wenn sie schwer nachzuweisen ist – einen Straftatbestand darstellt. Im zweiten Fall ist die Lage nicht so klar. Es ist in vielen Bereichen schwierig zu begründen, dass eine vorangegangene politische Entscheidung auch tatsächlich schon im Interesse des späteren Arbeitgebers gefallen ist, bzw. die betreffende politische Entscheidung schon im Wissen eines späteren »golden handshake« – also einer finanziellen Entlohnung dafür – getroffen wurde. Andererseits belegen diese Beispiele auch den umgekehrten Weg, Kapital umzusetzen. Ökonomisch mächtigen Einzelpersonen bzw. großen Konzernen bieten sich mehrere Wege, ihr ökonomisches Kapital in politisches Kapital zu verwandeln, also politische Entscheidung zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Dabei gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, die dazu genutzt werden (können), Einfluss auf Politik zu nehmen. Neben dem Lobbying für einzelne politische Entscheidungen können zumindest zwei weitere Wirkungsbereiche ökonomisch Mächtiger ausgemacht werden: erstens durch eine aktive eigene Unterstützung für Parteien oder die Etablierung neuer Parteien, zweitens durch die Unterstützung von Think Tanks oder Institutionen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, mediale Diskurse zu prägen und damit mittel- oder langfristig gesellschaftlich-politische Diskurse zu beeinflussen.

Ökonomisch Mächtige als PolitikerInnen und die Rolle von neoliberalen Think Tanks

Bezüglich der ersten Möglichkeit – einer aktiven Involvierung von ökonomisch mächtigen Einzelpersonen oder Institutionen – lässt sich in den letzten Jahrzehnten eine Zuspitzung konstatieren. Folgt man der Argumentation von Colin Crouch (2008) in seinem Buch »Postdemokratie«, so sind multinationale Konzerne in den letzten Jahrzehnten zu zentralen politischen AkteurInnen geworden, die den großteils national organisierten klassischen RepräsentantInnen der Demokratie – also Regierungen und BürgerInnen – scheinbar übermächtig gegenüber stehen. Dabei wird durch ökonomisch Mächtige immer wieder mit der Verlagerung von Produktionsstätten oder dem Abzug persönlichen Vermögens gedroht, und es werden oftmals auch Parteien unterstützt, die offen für »unternehmerfreundliche«, »leistungsfördernde« oder »arbeitsmarktflexibilisierende« (Euphemismen für marktradikale, neoliberale Wirtschaftspolitik also) Wirtschaftskonzepte eintreten. In Österreich ist hier wiederum die Unterstützung für Grasser durch den »Verein zur Förderung der New Economy« (hinter dem die Industriellenvereinigung stand) oder auch die finanzielle Unterstützung der NEOS durch Hans-Peter Haselsteiner zu nennen. Noch unmittelbarer ist freilich das Engagement Frank Stronachs in der österreichischen Innenpolitik zu sehen. International betrachtet reiht sich Stronach damit in eine Reihe von ökonomisch sehr Mächtigen ein, die ebenfalls als Politiker für eine marktliberale Politik eintreten bzw. eingetreten sind, wie etwa Silvio Berlusconi in Italien, Andrej Babis in Tschechien oder eine Reihe von »Oligarchen« in ex-sowjetischen Staaten.

Die zweite Möglichkeit von Einflussnahme zugunsten ökonomisch Mächtiger besteht in der Unterstützung marktradikaler Think Tanks, deren wirtschaftspolitisches Anliegen es ist, mediale und gesellschaftlich-politische Diskurse zugunsten kapitalismusfreundlicher Vorstellungen zu beeinflussen. Durch die Hochstilisierung von ökonomischem Erfolg zur obersten Prämisse wirtschaftspolitischer Konzepte und individueller Lebensplanung wird eine Argumentationsgrundlage für das Nichtthematisieren von Vermögens- und Einkommensungleichgewichten geschaffen. Diese ökonomistische Sichtweise führt auch dazu, dass Politik an sich immer mehr unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet

wird, MinisterInnen sich als »ManagerInnen« eines Landes begreifen und Politik, generell der nobelpreisgekrönten Public-Choice-Theorie folgend, als Markt der Stimmenmaximierung verstanden wird. Ein besonders eindringliches Beispiel für marktradikale kapitalistische Argumentation ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Deutschland. Die INSM wurde 2000 von dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründet, nachdem eine Umfrage ergeben hatte, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem in seiner Reinform in Deutschland abgelehnt wurde und soziale Sicherungen und Wohlfahrtspolitik ein positives Image haben. Die INSM startete daraufhin eine intensive Medienpropaganda, deren Ziel es in gängiger neoliberaler Diktion war und ist, die Vorteile und Erfolge des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu loben und die politischen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Freiheiten zu verbessern. Der 2013 vom ehemaligen Wirtschafts-Chefredakteur der »Presse« Franz Schellhorn gegründete Think Tank Agenda Austria ist ideologisch ähnlich verortet und bietet ebenfalls einen guten Andockpunkt für ökonomisch Mächtige, die ihre Besitzverhältnisse gesichert haben wollen.

Ökonomische Macht = Politische Macht = Ökonomische Macht?

Betrachtet man also all diese Beispiele, scheint der Weg von ökonomischer zu politischer Macht in vielen Bereichen ein kurzer zu sein und ökonomisches Kapital selektiv auf den Zugang zu politischer Macht zu wirken. Ohne den jeweiligen Einfluss neoliberaler oder marktfreundlicher Think Tanks zu überschätzen, leisten sie zumindest einen wichtigen Beitrag zur neoliberalen Diskurshegemonie in kapitalistischen Staaten. Man könnte freilich einwenden, dass all diese Formen der direkten oder indirekten politischen Intervention in politische Prozesse, massive Wahlkampffinanzierung für Parteien oder mediale Einflussstrategien marktradikaler Think Tanks ja nichts gemein hätten mit dem Idealbild der Demokratie an sich; sie gleichsam nur Zerrbilder eines ansonsten doch sehr egalitären Systems wären.

Abstrahiert man aber selbst von all den beschriebenen Einflussstrategien ökonomisch Mächtiger, die auf realen Beispielen basieren und Charakteristika real existierender kapitalistischer Demokratien sind, und betrachtet rein demokratische Partizipationsprozesse, ergibt sich folgendes Bild, das durch die Arbeit des deutschen Po-

litologen Armin Schäfer fundiert wird: Dieser hat sich mit den sozialen Verzerrungen politischer Teilhabe beschäftigt und kommt zu dem Schluss, dass in allen untersuchten Bereichen politischer Partizipation Menschen mit hohem Einkommen überrepräsentiert sind. Dabei zeigt sich überdies, dass bei aktuell diskutierten direktdemokratischen Formen politischen Handelns, wie der Teilnahme an politischen Versammlungen oder Unterschriftensammlungen, dem direkten Kontakt zu PolitikerInnen, bei kritischem Konsum oder bei Demonstrationen die soziale Verzerrung noch höher ist als bei Wahlen, der klassischen Form der politischen Beteiligung. Es zeigt sich also, dass ökonomischer Reichtum die politische Beteiligung und die politischen Einflussmöglichkeiten in kapitalistischen Demokratien in vielen Bereichen erhöht und besonders ökonomisch Mächtigen auch in demokratischen Systemen eine Reihe von Möglichkeiten geboten wird, ihre Interessen durchzusetzen. Vor allem in Krisenzeiten scheinen ökonomisch Mächtige besonders »krisenresistent« zu sein, was sich in einer starken Zunahme der Anzahl und des Vermögens von MillionärInnen in Österreich in den letzten Jahren zeigt (siehe Mythos 12), wie kürzlich auch in einer Studie der (genereller Kapitalismuskritik wohl unverdächtigen) Liechtensteiner Valluga AG dargelegt wurde.

Auf einen Blick

- Im Zuge der Krise wendet sich die Wirtschaftspolitik offensiv gegen den Sozialstaat, der der breiten Bevölkerung nützt – während die Reichen geschont werden. Rechtsakte wie der Fiskalpakt schränken demokratische Mitbestimmungsrechte auf nationaler wie auch auf EU-Ebene ein und stärken die EU-Kommission, die besonders unter dem Einfluss wirtschaftlicher Lobbying-Gruppen steht.
- Politische Macht wird – direkt oder indirekt – in ökonomische Macht umgesetzt, indem sich PolitikerInnen für ihre Entscheidungen bezahlen lassen oder später in die Privatwirtschaft wechseln.

Literatur

- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a.M.
- Hartmann, Michael (2004): Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a.M.
- Klein, Heidi/Höntzsch, Tillmann (2007): Fliegende Wechsel – die Dreh-tür kreist. Zwei Jahre danach – Was macht die Ex-Regierung Schröder II heute? Kurzstudie von Lobbycontrol; <https://www.lobbycontrol.de/download/drehtuer-studie.pdf>.
- Kohler, Ulrich (2006): Die soziale Ungleichheit der Wahlabstinz in Europa. In: Jens Alber/Wolfgang Merkel (Hrsg.): Europas Osterweiterung: Das Ende der Vertiefung? WZB-Jahrbuch 2005, Berlin: 159-179.
- Kondilis, Elias/Stathis, Giannakopoulos/Gavana, Magda/Ierodiakou, Ioanna/Waitzkin, Howard/Benos, Alexis (2013): Economic Crisis, Restrictive Policies, and the Population's Health and Health Care: The Greek Case. In: American Journal of Public Health 103 (6): 973-979.
- Korom, Philipp (2013): Die Wirtschaftseliten Österreichs. Verflechtungen von Großunternehmen, Parteinähe und Adel, München.
- Kraske, Marion: Die Amigos von Austria, in: Die Zeit vom 28.11.2012; www.zeit.de/politik/ausland/2011-09/oesterreich-regierung-korruption-schuessel.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4 (1): 131-156.
- Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit, München.
- Valluga (2010): D.A.CH-Vermögensreport 2010, Vaduz, www.valluga.li/txt/DACH%20Report%202010.pdf

Warum eine aktive Verteilungspolitik notwendig ist

In die Verhinderung einer Verteilungsdebatte werden derzeit viele Anstrengungen investiert. Sie bestehen vor allem im Versuch, die Intransparenz in Bezug auf Daten und Fakten aufrechtzuerhalten. Das ist im Bereich der Verteilung von Vermögensbeständen, -einkommen und -übertragungen besonders offensichtlich: Der automatische Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden in Bezug auf Kapitalerträge wird hintertrieben, das Bankgeheimnis gegenüber dem Finanzamt verteidigt, an der unzeitgemäßen Bewertung von Immobilien festgehalten und ein besonderes Augenmerk auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der ganz Reichen – etwa im *Household Finance and Consumption Survey* der Europäischen Zentralbank – verhindert. Diese Strategie ist zielgerichtet, denn Transparenz wäre die wichtigste Voraussetzung für eine Diskussion auf Faktenbasis. Nur wenn Transparenz fehlt, lassen sich Mythen aufrechterhalten wie jener, dass es sich in unserer Gesellschaft zu viel um Umverteilung des vorhandenen Einkommens drehe, statt Leistung zu belohnen und so die Voraussetzungen für höheren Wohlstand zu schaffen. Tatsächlich gibt es viele Beispiele für eine Umverteilung, allerdings ganz anders, als sich das die HeroldInnen der Reichtumskonzentration vorstellen:

- Umverteilung von Arbeit zu Kapital: Die wachsende Wertschöpfung in den Unternehmen, die durch Arbeitsleistungen unselbständiger und selbständiger Arbeitskräfte geschaffen wird, wird in immer höherem Ausmaß in Form von Dividenden ausgeschüttet, während die Löhne stagnieren. Ein wachsender Teil des Sozialprodukts wird also von Leistungseinkommen zu leistungslosen Einkommen umverteilt. Dies führt auch zu einer Umverteilung zu den obersten Gruppen der Einkommensverteilung, denn nur sie beziehen Kapitaleinkommen in nennenswertem Ausmaß. Während für 95% der Haushalte Kapitaleinkommen aus Dividenden, Zinsen und Mieten in der Größenordnung von 3% des Gesamteinkommens liegen, machen sie im obersten Prozent der Haushalte ein Drittel der Einkommen aus (Humer/Moser/Schnetzer 2014). Dies ist verteilungspolitisch äußerst problematisch, aber auch unter Gesichtspunkten der Leistungsanreize bedenklich.

- Umverteilung von KonsumentInnen zu Unternehmen: Mit der Eröffnungsbilanz des Bundes zum 1. Januar 2013 wurden in Österreich 1,8 Mrd. Euro an Umsatzsteuerforderungen als nicht einbringlich abgeschrieben. Die Unternehmen haben Umsatzsteuer eingehoben, sind anschließend aber in Konkurs gegangen, oft in betrügerischer Absicht. Noch schlimmer sind jene Umsatzsteuerleistungen von KonsumentInnen, die von den Unternehmen zwar kassiert, aber nicht abgeführt werden. Oft existiert neben der realen Buchhaltung, welche die wahre wirtschaftliche Tätigkeit abbildet, eine gefälschte offizielle Buchhaltung, die rein für Steuerzwecke geführt wird. Hier handelt es sich um eine Umverteilung von KonsumentInnen zu steuerhinterziehenden Unternehmen, deren Kollateralschäden der Staatshaushalt und alle BürgerInnen des Landes tragen.
- Umverteilung zu reichen ErbInnen: Erbschaften werden immer größer und fließen in besonderem Ausmaß an BesserverdienerInnen. Bei 50% der Erbschaften liegt der Zufluss an die Begünstigten bei niedrigen fünfstelligen Eurobeträgen. Das oberste Zehntel der Haushalte erbt hingegen im Durchschnitt mehr als 300.000 Euro. Es erben überwiegend Personen mit ohnehin schon hohem Einkommen und Vermögen. Durch die starke Zunahme des Erbvolumens wird Vermögen ohne Leistung nach oben verteilt.
- Umverteilung in ineffiziente Strukturen: Manche Steuermittel, die überwiegend von der arbeitenden Bevölkerung geleistet werden, fließen in unsinnige Mittelverwendungen von Rüstung, Doppelgleisigkeiten in der Bürokratie bis zu Doppelförderungen. Auch hier findet volkswirtschaftlich ineffiziente Umverteilung statt.

Die Umverteilung zugunsten der BesitzerInnen von Vermögen und die Aufrechterhaltung ineffizienter Strukturen hat vielfältige negative Auswirkungen. In reichen Gesellschaften, die über Jahrzehnte Vermögen akkumuliert haben, ist dieses Vermögen immer ungleicher verteilt. Der französische Ökonom Thomas Piketty zeigt, wie unsere Gesellschaft immer mehr jener des 19. Jahrhunderts ähnelt: Das private Vermögen bewegt sich wieder auf das Fünf- bis Sechsfache des jährlichen Volkseinkommens zu. Die Konzentration von Vermögensbesitz und Einkommen nimmt zu. Die wachsende Bedeutung von Erbschaften verstärkt diese Tendenz.

Reichtum wird in unserer Gesellschaft immer weniger erarbeitet und immer mehr ererbt.

So entsteht auf der einen Seite eine Vermögensaristokratie aus reichen ErblInnen, TopmanagerInnen und Menschen, die nicht arbeiten müssen, da ihr Kapital so viel Rendite abwirft. Sie leben in einer abgeschotteten Welt von *goldenen Quartieren*, Luxushotels und Luxusmessen, aus der manchmal Brosamen in Form von Spenden für den Rest der Bevölkerung abfallen (siehe Mythos 6 und 8). Auf der anderen Seite der Gesellschaft stehen DienstbotInnen in unterschiedlichen Erscheinungsformen, die nur über ihre schlecht bezahlten Jobs mit den Reichen in Verbindung treten. Diese Akzentuierung einer Klassengesellschaft findet in der Realität in hohem Maße statt, wird aber oft nicht wahrgenommen: Der überwiegende Teil der Bevölkerung, selbst im reichsten Zehntel der Haushalte, ist durch Einkommen aus Erwerbsarbeit, dazugehörige Lebensstile und Werthaltungen geprägt. Die Vermögen bestehen in Ersparnissen, die für den nächsten Urlaub, die Ausbildung der Kinder oder »fürs Alter« vorgesehen sind, oder bestenfalls in einer Eigentumswohnung, einem Eigenheim und der dazugehörigen Einrichtung. Die Mittelschicht hat vielfach keine Vorstellung davon, welche irrwitzigen Reichtümer die ganz Reichen anhäufen. Ähnlich der Situation im 19. Jahrhundert ist diese Klassengesellschaft relativ stabil, doch zerfällt sie völlig in unterschiedliche Lebenswelten. Heute drohen damit alle emanzipatorischen Hoffnungen auf Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie wieder obsolet zu werden.

Die Konzentration dieses enormen Reichtums hat keine positiven Folgewirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Sie führt vielmehr zu Erstarrung in einzementierten sozialen Strukturen und schwerwiegenden wirtschaftlichen Konsequenzen:

- Erstens führt die Vermögenskonzentration zu falschen Anreizen: Leistungslose Einkommen aus Kapital wachsen rascher als Leistungseinkommen aus Arbeit. Das meritokratische Versprechen *Leistung lohnt sich* hält in der wirtschaftlichen Realität oft nicht. Immer öfter gilt vielmehr das so genannte Matthäus-Prinzip: *Wer hat, dem wird gegeben*. Diese Verschiebung hemmt die wirtschaftliche Innovation und damit auch das Produktivitätswachstum der Wirtschaft. Das droht den Wohlstand und das Beschäftigungsniveau zu schwächen. Auch anderswo werden

falsche Anreize gesetzt: In der Finanzkrise wurden Banken aus volkswirtschaftlichen Überlegungen gerettet, ohne dafür Sorge zu tragen, dass die Begünstigten mittelfristig an den Kosten beteiligt werden, und ohne durch Regulierungen künftige Krisen zu vermeiden.

- Zweitens führt die Vermögenskonzentration zu einem Mittelzufluss in spekulative Vermögensmärkte. Sie ist damit ein wesentlicher Auslöser für finanzielle Instabilitäten – mit schwerwiegenden Auswirkungen auf die reale Wirtschaft und die soziale Lage.
- Drittens führt die zunehmende Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und Einkommen zu einer Dämpfung der Inlandsnachfrage und der Beschäftigung. Denn während ärmere Gruppen zusätzliche Mittel ausgeben, neigen reichere dazu, sie zu sparen.
- Viertens wird durch diese Tendenzen auch die Finanzierung des Staatshaushalts gefährdet. Diese beruht auf Steuern und Beiträgen aus Leistungseinkommen, während aus Vermögensbeständen und -einkommen kaum Steuern fließen. Das führt zur chronischen Unterfinanzierung des Sozialstaates.

Die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der Umverteilung zu den Reichen und der daraus resultierenden extremen Ungleichheit sind enorm. Eine gerechtere Verteilung der erwirtschafteten Einkommen und Vermögen ist die zentrale gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Die historische Erfahrung lehrt, dass dieser Kurswechsel möglich und unter günstigen Kräfteverhältnissen auch umsetzbar ist. Er beinhaltet drei wesentliche Pfeiler:

- Den Ausbau einer materiellen sozialen Grundsicherung durch ein umfassendes System sozialer Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur. Zusätzlich soll eine forcierte Politik der Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitskräfteangebot verknappen.
- Die merkbare Besteuerung von Vermögensbeständen sowie Erbschaften und Schenkungen.
- Diese Umverteilung wird erst durch einen öffentlich diskutierten, demokratischen Prozess und eine Korrektur der Machtverhältnisse möglich.

Ausbau des Sozialen

Der Sozialstaat skandinavischer und kontinentaleuropäischer Prägung stellt eine der größten Errungenschaften der Zivilisation dar. Er bietet der arbeitenden Bevölkerung erstmals einen Teil jener Sicherheit, über die sonst nur die Reichen aufgrund ihrer Vermögensbasis verfügen. Dennoch steht er vor großen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, den veränderten Familienstrukturen und der zunehmenden Ungleichheit der Verteilung der Einkommen. Ihnen ist am wirkungsvollsten mit einem Ausbau sozialer Dienstleistungen zu begegnen. Investitionen zugunsten von Kindern erhöhen ihre späteren Einkommen und erleichtern damit die Finanzierung des Pensionssystems: »The best pension reform begins with babies.« (Esping-Andersen 2009) Der Ausbau kommunaler Kinderbetreuung und Pflege stellt die benötigte Betreuung sicher und trägt zur Korrektur sozialer Ungleichheit stärker bei als der auf dem Versicherungsprinzip aufbauende traditionelle Sozialstaat.

Deshalb besteht ein erster wichtiger Ansatzpunkt einer neuen Verteilungspolitik im konsequenten Ausbau sozialer Dienstleistungen: von der frühkindlichen Betreuung über das Bildungssystem und die Sozialarbeit, das Gesundheits- und Pflegesystem bis zu sozialem Wohnbau und öffentlichem Verkehr. Diese soziale Investitionstrategie unterstützt die Menschen in jenen Lebensphasen, in denen sie auf Unterstützung angewiesen sind, ganz besonders am Anfang und am Ende des Lebens. Sie erhöht auch die Erwerbstätigkeit von Frauen und damit deren eigenständige soziale Absicherung. Damit erhöht eine solche offensive Strategie die Chancengleichheit von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft. Finanziert werden muss sie über Steuern und Beiträge. Daher ist ein höheres Abgabenniveau nötig als in eher rudimentär angelegten Sozialstaaten, etwa im angelsächsischen oder ost-europäischen Raum.

Angesichts des hohen Niveaus an Wohlstand und Arbeitsproduktivität stellt sich die Frage nach seiner Verteilung. Der Anteil der Löhne an der Wertschöpfung sinkt seit Jahrzehnten. Reale Lohnerhöhungen über einen längeren Zeitraum sind überfällig. Gleichzeitig sollte das Produktivitätswachstum auch, wie zuletzt in den 1970er und 80er Jahren, für eine Verkürzung der geleisteten Arbeitszeit genützt werden. Neue Formen der Arbeitszeitpolitik kön-

nen auch einen entscheidenden Anstoß für eine egalitäre Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern geben. Sie ermöglichen eine Umverteilung des Lebensarbeitsvolumens und geben entscheidende Impulse für mehr Lebenszufriedenheit. Nicht zuletzt sind sie für eine erfolgreiche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unverzichtbar.

Besteuerung von Vermögensbeständen und Vermögenseinkommen

Die Ungleichheit der Verteilung von Vermögen und der daraus resultierenden Einkommen rückt derzeit zu Recht in den Mittelpunkt der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Debatte. Dies ist vor allem dem Erfolg von Thomas Pikettys 2014 auch auf Deutsch erschienenem Buch »Das Kapital im 21. Jahrhundert« zu verdanken, das neue, über Jahrhunderte reichende und akribisch dokumentierte Daten zu dieser Fragestellung beinhaltet. Zudem hat der *Household Finance and Consumption Survey* des Europäischen Zentralbankensystems die Datenlage vor allem für jene Länder entscheidend verbessert, für die keine Informationen aus der Besteuerung von Vermögen vorliegen – also auch für Österreich. Mit den verstärkten Anstrengungen der US-Steuerbehörden zur Erfassung von Vermögenseinkommen im Ausland (FATCA) und der Forcierung des automatischen Informationsaustausches zwischen den Steuerbehörden durch OECD- und EU-Regeln haben sich weitere wertvolle Impulse ergeben. Die Transparenz in Bezug auf das Volumen und die Verteilung von Vermögen muss weiter verbessert werden.

Die Besteuerung von Vermögensbeständen, Vermögenseinkommen und Vermögensübertragungen stellt das entscheidende Instrument zu einer Verringerung der Ungleichheit der Vermögen und der Finanzierung von Steuersenkungen auf Arbeitseinkommen einerseits und des Ausbaus sozialer Dienstleistungen und Infrastruktur andererseits dar. Sie bildet den Schlüssel für die Lösung der Verteilungsfrage. Thomas Piketty hat eine merkliche Vermögenssteuer vorgeschlagen, bei der Vermögen bis zu einer Million Euro nicht belastet, Vermögen zwischen einer und fünf Millionen mit 1%, Vermögen von mehr als fünf Millionen mit 2% und Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro mit 5-10% belastet würden. Aus einer derartigen Steuer auf Vermögensbestände wären

hohe Erlöse im Ausmaß von 2-3% des BIP zu erwarten, das wären für Österreich sechs bis neun Milliarden Euro pro Jahr. Für höhere Steuersätze als von Piketty vorgeschlagen spricht das enorme Wachstum der Millionärsvermögen. Schätzungen zufolge wuchsen sie 2013 um 7%. Eine Steuer, die die Ungleichheit tatsächlich reduzieren soll, muss höher sein als diese jährliche Zuwachsrate. Auch eine Erbschaftssteuer würde angesichts der starken Zunahme der Vermögen in Relation zum BIP ein rasch wachsendes Aufkommen generieren. Zudem sollten leistungslose Kapitaleinkommen nicht länger privilegiert werden. Diese Einkommen, etwa aus Dividenden oder Zinsen, kommen in erster Linie den Reichen zugute, werden aber aktuell oft niedriger besteuert als jene aus Arbeit.

Der nationalstaatliche Spielraum all dieser Maßnahmen wäre vor allem für Länder wie Österreich und Deutschland erheblich, in denen die Rolle von vermögensbezogenen Steuern unterentwickelt ist. Für eine starke Besteuerung vor allem des Finanzvermögens wäre aber eine internationale Kooperation notwendig. Zusätzlich zur laufenden Vermögenssteuer ist auch eine einmalige, deutlich höhere Abgabe auf große Vermögen denkbar. Die Reichen haben die aktuelle Krise mitverursacht und sind die HauptprofiteurInnen der bisherigen Krisenpolitik (siehe Mythos 12). Eine progressive Abgabe auf ihre geretteten Vermögen würde diese Schiefelage zumindest teilweise korrigieren und die Krisenkosten gerechter verteilen, als das bisher geschehen ist.

Piketty betont auch die Bedeutung von Vermögenssteuern für die Regulierung des Kapitalismus. Würde weniger Vermögen in den Händen weniger angehäuft, dann wären auch der spekulativen Veranlagung dieses Vermögens Grenzen gesetzt, was ein wirkungsvolles Instrument gegen das Entstehen von Finanzkrisen darstellt.

Intensive öffentliche Debatte und Macht

Für eine intensive Verteilungsdebatte bestehen vielfältige Voraussetzungen: Erstens betont auch Thomas Piketty die enorme Bedeutung der Transparenz und Verfügbarkeit von Daten für einen faktengeleiteten Diskurs. Sein Buch schließt mit dem Satz: »Von den Zahlen nichts wissen zu wollen, dient selten der Sache der Ärmsten.« Das Fehlen von Daten über Höhe und Verteilung des Vermögens nutzt politisch vor allem den Reichen. Sinnvolle Maßnahmen,

um die Transparenz zu erhöhen, sind eine Abschaffung des Bankgeheimnisses gegenüber den Steuerbehörden, ein automatischer Informationsaustausch mit den Steuerbehörden anderer Länder, internationale Regeln zur Offenlegung von Kapitalflüssen in Steueroasen, die bessere Erfassung der Reichen in Erhebungen wie jener des HFCS mittels »Oversampling« und Vermögenssteuern, mit deren Einhebung auch Verteilungsdaten zur Verfügung stehen würden. Der französische Ökonom Gabriel Zucman (2014) sieht in seinem Buch »Steueroasen« ein globales Finanzkataster, den automatischen Informationsaustausch und eine weltweite Besteuerung von Kapital als die zentralen Elemente einer Bekämpfung der endemischen Steuerhinterziehung.

Zweitens muss der gesellschaftliche Diskurs über Verteilungsfragen intensiviert werden. Dies ist angesichts des großen Einflusses der Vermögenden auf Medien und die öffentliche Meinung schwierig. Umso wichtiger ist es, dass sich Intellektuelle, WissenschaftlerInnen, Menschen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, generell alle BürgerInnen, aktiv in die Debatte zu den Formen der Ungleichheit in unserer Gesellschaft und zur Frage der Rechtfertigung von Ungleichheit einbringen.

Die entscheidende Frage für die Durchsetzbarkeit von Umverteilungsmaßnahmen bildet die Machtverteilung in der Gesellschaft. Emanzipatorische Bewegungen und Politik sind in der Lage, diese Machtverteilung zu verschieben:

- durch die Stärkung des Sozialstaates, der allen Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht,
- durch Arbeitszeitverkürzung, die das Arbeitskräfteangebot verknappt und so die Machtverteilung auf dem Arbeitsmarkt ändert,
- durch Substanzsteuern auf Vermögen und Erbschaften, sodass die Vermögenskonzentration verringert wird.

Literatur

- Esping Andersen, Gosta (2009): *The Incomplete Revolution. Adapting to Women's New Roles*, Cambridge.
- Humer, Stefan/Moser, Mathias/Schnitzer, Matthias/Ertl, Michael/Kilic, Atila (2013): Über die Bedeutung von Kapitaleinkommen für die Einkommensverteilung Österreichs. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* 39(4): 571-586.

Humer, Stefan, Moser, Mathias, Schnetzer, Matthias (2014): Sozio-ökonomische Charakteristika des obersten Prozents der Vermögensverteilung in Österreich, Wien.

Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

Zucman, Gabriel (2014): Steueroasen. Wie der Wohlstand der Nationen versteckt wird, Frankfurt a.M.

Nachwort: Unglaublich, aber unwahr.

von Elfriede Jelinek

Herrschaft ist der Menge enthoben, manchmal tritt sie als »die Herrschaften«, also ihre eigene Parodie auf, aber ihr Wesen wandelt sich. Bis sie aus dem Schatten derer, die man nicht sieht, wieder hervorkommt und ganz neu aussieht, aber nicht neu ist, als Maß für alles, wieder parodiert in den »Maßgeblichen«. Aber Parodie kann man das auch wieder nicht nennen, denn sie geben ja wirklich das Maß vor, nur sind sie es nicht, und das Maß ist auch immer das falsche. Was sich für maßgeblich hält, ist es nicht, was maßgeblich ist, das kennt kein Maß und kann es auch nicht sein. Es gibt sehr viel, es ist sehr viel vorhanden, aber nur wenige maßgebliche Meßbecher für Reichtum, der da ist, aber gleichzeitig fort, denn man sieht ihn nur selten. Was sich ereignet, sehen wir nicht, und was wir sehen, ist kein Ereignis. Oder nur eins für uns, eines, das andere uns vorgeben; doch das sind nur diejenigen, die den Takt vorgeben, etwas veranstalten, bloß die dazugehörige Anstalt, in der man dazugehört, die sieht man nicht. Die Musik spielt immer woanders, auch wenn sie hier ununterbrochen alles beschallt, sogar die Lifte im Kaufhaus. Was aus der Geschichte als Wahrheit herausdestilliert wird, ist nicht wahr, weil nichts wahr ist, wenn nur wenige die Wahrheit kennen, und man kennt sie nicht, und zwar nicht deshalb nicht, weil die etwas wissen, das wir nicht wissen können, sondern weil sie sie gemacht haben. Den Reichtum, welcher, strahlend von Sonne übergossen, auf irgendwelchen Bergspitzen zu ruhen scheint, bis wir im Alter dort die Lawinen hoher Pensionen erlösen (auslösen?) dürfen, den werden wir später genießen dürfen, später, irgendwann, denn der Genuß-Schein hat es für die meisten an sich, daß er immer erst später eingelöst werden kann. Später als man je zu spät kommen kann. Man nennt das dann Sozialvermögen, doch das Soziale vermag nichts, es

vermag nichts für uns zu tun, es mag einfach nicht!, während andre jetzt schon genießen, solche, die überhaupt nichts tun müssen, denn ihr Vermögen vermag alles allein. Es arbeitet für sie. Einer muß es ja tun. Geld muß arbeiten, der Mensch auch.

Es ist alles eins, man erkennt nichts, die Machenschaften der Herrschenden sind nicht einmal Macht, denn es ist ihnen egal, ob sie diese Macht überhaupt haben, Hauptsache, sie haben sie. Und nur deswegen haben sie sie auch. Eine Tautologie, vielleicht die einzige überhaupt. Der Herr hat nicht, er herrscht vielmehr über die Macht, die er uns hinschmeißt wie Talmi in den kleinen Läden, meist in U-Bahn-Stationen, wo Schülerinnen und Azubis sich etwas Glitzerndes anstecken können. Der Herr hat nicht die Macht, er ist über ihr, weil er sie nicht nötig hat und nicht braucht. Es ist nicht einmal Diktatur, nicht einmal Meinungsdictatur, es geht auch nicht um das Diktat der Mode, die etwas nachschreibt, das sie selbst nicht versteht (sie kennt es ja meist nur aus zweiter Hand) und uns fast immer nur als Imitation zur Verfügung steht, die ihr eigenes Original eben nicht kennt. So wie der Mensch, der in einer Illustrierten oder im Netz als Original beschrieben wird, keiner ist, denn ein Original braucht man nicht zu beschreiben, man wird ihm ja eh nie begegnen, nicht einmal, wenn es volksnah auftritt. Das Mißempfinden derer im Abseits, derer, die immer zu spät kommen, weil sie gar nicht kommen müssen, nichts und niemand wartet ja auf sie, nein, auch kein Job, die Eitelkeit derer, die gar nicht wissen, daß es ein Dreck ist, worauf sie so stolz sind, der Lärm der um jeden Preis (den sie auch nicht kennen) Dazugehörigen, gefälschte Kleidung, gefälschte Accessoires, gefälschte Menschen, die alle etwas imitieren, das sie nie kennengelernt haben, das sie nie gesehen haben, das ihnen für immer entzogen ist, das alles ist ein einziger Engelssturz Unschuldiger, die nicht wissen, warum sie gestürzt werden, bevor sie auferstehen, oder auch nur aufstehen durften (diejenigen, die einst Aufstände gemacht haben, sind jetzt fast alle tot), die keine Ahnung haben, was sie erwartet, weil sie von niemandem erwartet werden und aus dem Nichts kommen und

nichts tun als fallen. Wie soll man da stürzen, aus dem Nichts ins Unbekannte, es hält einen ja auch nichts?, während die Jachten auslaufen (wie sagte Heidi Horten, die Kaufhausmilliardärs-Witwe, so schön, als sie die Mühen des Auslaufens ihrer Jacht beschrieben hatte, die Mühen der Ebene also, denn das Wasser ist immer eben, ich meine waagrecht, auch wenn es noch so große Wellen macht, und dazu ein kurzer Seitenblick auf das, was die Sonne sonst ab-, nicht aufblendet, man soll es ja nicht sehen, sie sprach: Ich muß vorher hier das Fleisch einkaufen. Ich kann doch in Griechenland kein Fleisch kaufen!), während andre herumlaufen, während alles rennt, ja, während alles rennt, bleibe ich stehen und habe Lust, mich hinzusetzen, auf einen Treppenabsatz. Der hat genauso viel Platz wie ich brauche. Ich brauche dafür keinen Absatz, der Absatz ist mir egal, vielleicht ist er abgebrochen?, ich brauche die Treppe, aber für niemanden, auch für mich nicht, ist die der Anfang von etwas, das vielleicht noch kommt, von etwas, über das man wohin kommt. Es ist immer schon vorbei. Bevor es aufwärtsgeht, wird man schon wieder hingeschmissen, geworfen, schon als erster Entwurf verworfen, an irgendwelche Machenschaften gefesselt, und man darf seiner Freiheit (nicht nur der, zu wählen) die Schuhbänder binden. Falls man nicht einfach so hineinrutscht, was einfacher und bequemer ist. Bestenfalls.

Mehr zum Thema Reichtum & Ungleichheit

... in Österreich

www.verteilung.at

www.diekriseverstehen.net

<http://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/index.html>

www.allesueberarmut.at

www.binichreich.at

http://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/vermoegen/Reichtum_in_Oesterreich.html

... in Deutschland

www.boeckler.de/wsi_47204.htm

<http://nationalemarmutskonferenz.de/>

www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-datensammlung.html

<https://www.diw.de/deutsch> (& Suchbegriff »Vermögen«)

... in der Welt

<http://verteilungsfrage.org/>

www.inequality.is

www.chartbookofeconomicinequality.com/

[/www.oecd.org/inequality.htm](http://www.oecd.org/inequality.htm)

www.inequalitywatch.eu/?lang=en

<http://stateofworkingamerica.org/>

www.equalitytrust.org.uk/

Glossar zu Reichtum & Ungleichheit:

www.reichtumsmythen.at/glossar

VSA: Analysen statt Mythen



BEIGEWUM

Mythen des Sparens

Antizyklische Alternativen
zur Schuldenbremse

Herausgegeben vom Beirat für
gesellschafts-, wirtschafts- und
umweltpolitische Alternativen

144 Seiten | € 11.80

ISBN 978-3-89965-555-1

Dieses Buch wendet sich an alle, die den
Behauptungen der SparwutbürgerInnen
fundierte Argumente entgegensetzen
wollen, ohne dafür ein Ökonomiestudium
absolvieren zu müssen.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-10

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de



Oliver Prausmüller/Alice Wagner (Hrsg.)

Reclaim Public Services

Bilanz und Alternativen zur neoliberalen
Privatisierungspolitik

264 Seiten | € 22.80

ISBN 978-3-89965-602-2

Aktuelle EU-Projekte zeigen: Die Weichen
werden weiter in Richtung Verschärfung
der Marktintegration gestellt. Welche
Perspektiven lassen sich dennoch für den
(Wieder)Ausbau öffentlicher Dienstleis-
tungen und des Sozialstaats ausmachen?

Steffen Lehndorff (Hrsg.)

Spaltende Integration

Der Triumph gescheiterter Ideen
in Europa – revisited

Zehn Länderstudien

350 Seiten | € 24.80

ISBN 978-3-89965-574-2

www.vsa-verlag.de

VSA

Reiche
schaffen
Arbeitsplätze.

Stimmt nicht. Reichtum in der
Hand von wenigen gefährdet
sie sogar. Mehr Infos:
www.reichtumsmymthen.at

